

Streik in  
Nordirland

13

Kapitalistischer  
Sport

22

Ärztlicher Ethos

C21734 E

# Arbeiterkampf

Jahrg. 4 Nr. 45 11. Juni 74

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

50 Pf.

## Die italienische Arbeiterklasse kämpft gegen den Faschismus



Am 28. Mai gegen 10.15 Uhr explodierte in Brescia (Norditalien) während einer antifaschistischen Gewerkschaftkundgebung eine von Faschisten platzierte Bombe. Die Bombe war mit mörderischer Bestialität an einer Stelle gelegt, wo die Menschen sich vor dem an diesem Tag über Brescia in Strömen niederfallenden Regen in einer Loggia zusammengedrängt hatten. Sechs Menschen wurden auf der Stelle getötet, wurden von der Bombe zerrissen. Mehr als 80 Menschen wurden bei der Explosion verletzt, davon einige lebensgefährlich. Mindestens einer davon ist inzwischen ebenfalls gestorben. Unter den Toten sind die Genossen Giulietta Bazzi von der kommunistischen Organisation „Avanguardia Operaia“, eine Genossin der PCI, ein Funktionär der CGIL-Lehrergewerkschaft und seine Frau.

In kürzester Zeit hatte sich in den Fabriken die Nachricht von dem faschistischen Blutbad verbreitet – vielfach durch das Eingreifen von Organisationen der revolutionären Linken, die mit der Nachricht in die Betriebe gingen. In vielen Betrieben wurde die Arbeit eingestellt, um Versammlungen und Demonstrationen durchzuführen. In vielen Städten kam es noch am Abend des Anschlags zu weiteren spontanen Demonstrationen. Erstmals war die beherrschende Parole dieser Tage zu hören: „MSI fuorilegge, no alle DC che lo protegge!“ – Verbot der MSI (neofaschistische Partei), kein zur DC (Christdemokratische Partei), die sie schützt!

Für den folgenden Tag, 29. Mai, hatten die Gewerkschaften zu einem vierstündigen Generalkrieg und zu Protestdemonstrationen aufgerufen. Der Streik wurde fast 100%ig befolgt – auch dort, wo sich sonst bisweilen noch Angestellte als Streikbrecher betätigt hatten. Der antifaschistische Aufmarsch des italienischen Proletariats übertraf fast überall die vergleichbaren Zahlen der letzten Jahre. Eine unzählbare Menge – die bürgerliche Presse spricht von 300.000 Menschen – auf der Kundgebung in Rom, 250.000 in Mailand, 200.000 in Neapel, 100.000

Fortsetzung Seite 8

## Die Lage bei VW AUTOMOBILKONZERNE BEREITEN MASSENENTLASSUNGEN VOR

Kurzarbeit bei VW im Februar, April und Mai. Kurzarbeit bei Ford von Januar bis März. Kurzarbeit bei Opel im März und Mai. Kurzarbeit bei Audi-NSU. Kurzarbeit bei BMW. Kurzarbeit bei Hanomag-Henschel. Kurzarbeit auch bei einer Reihe von Zulieferbetrieben der Automobilindustrie (jüngst hat die Tere-Bremserfertigung für 2000 Beschäftigte Kurzarbeit angekündigt).

In der Automobilindustrie kündigt's. Der jahrelange Abwärtskurs hat ein Ende. Die zunehmende Verschlechterung der Lage der Werktätigen hat – notwendigerweise – auch den Automobilkonzern gezwungen, immer weniger Menschen können sich ein neues Auto leisten.

Für die großen Konzerne bedeutet das vorübergehende Profitrückgang. Doch schon ist man dabei, diese

aufzufangen. Die Kurzarbeit ist ein Mittel dazu. Freierhöhungen wie bei VW ein anderes. Anders wesentlich wirksamere Waffen werden gerade geschärft: Rationalisierungen und im Gefolge Massenentlassungen, verstärkter Kapitalexport mit demselben Effekt.

Das Ziel der Kapitalisten ist auch hier eindeutig die Profitmaximierung auf Kosten und zu Lasten der Arbeiter.

### Kurzarbeitswelle bei VW

Zum zweiten Mal in diesem Jahr mußten die Volkswagenarbeiter Kurzarbeit. Das erste Mal vom 28. Januar bis 8. Februar 15.000 Arbeiter; das zweite Mal 45.000 Arbeiter vom 22. April bis 3. Mai. Dazu kommen

Fortsetzung Seite 2

## DRUPA-Hamburg: Gewerkschafts-Führer leiten Massenausschluß ein!

Jetzt haben auch die Hamburger DRUPA-Führer die erste größere Massenausschluß-Aktion dieser Gewerkschaft eingeleitet. Am Wochenende vor Erscheinen dieser Ausgabe sollen 12 Ausschluß-Anträge als definitiv angesehen werden. Daß es sich dabei nur um den Anfang handelt, ist mehr als wahrscheinlich.

Das Schreiben, in dem die Gewerkschaftsführer den Kollegen ihre Absichten mitteilen, hat in der Regel folgenden Wortlaut: „Werter Kollege ... der Vorstand des Ortsvereins Hamburg hat gemäß § 14, Ziff. 1 a) der Satzung gegen Dich Antrag auf Ausschluß aus der Gewerkschaft gestellt. Der Ausschlußantrag wird mit laufender Zahl der Gewerkschaftsmitglieder und dem Abgrenzungsbezug des Hauptvorstandes der IG Druck und Papier vom 9. März 1973 begründet.“

Der Landesbestandsrat wird den Ausschlußantrag auf seiner Sitzung am 11. Juni 1974 behandeln. Gemäß § 11, Ziff. 1 der Satzung ist Dir als Betroffenen Gelegenheit zur Verteidigung zu geben.

Gelegenheit zum rechtlichen Gehör wird Dir durch den Landesbestandsrat am Dienstag, 11. Juni 1974, um ... gegeben.

Mit freundlichen Grüßen  
gez. Heinz Wolf

Zusammen mit dem Betriebsrat W. von Auerdruck, Hamburg (siehe AK Nr. 44) haben die DRUPA-Führer in Hamburg somit derzeit 13 Ausschlußverfahren in „Arbeit“.

Ebenso wie bei den anderen in Hamburg bisher erfolgten politischen Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüssen (HSW, HDW, Reichhold etc.) handelt es sich bei den vom DRUPA-Ausschluß bedrohten Gewerkschaftlern um diejenigen, die in den Betrieben und in der Gewerkschaft beim Kampf für die Interessen der Arbeiter in der vordersten Reihe stehen. Viele von ihnen befinden sich derzeit in Arbeitsgerichtsverfahren, in denen es um die – schon erfolgten – Kündi-

Portugal:

„Junta zur Rettung des Kapitalismus“

## Revisionistische „KP“ im Interesse der Bourgeoisie gegen die Arbeiter

In unserem Artikel in AK 44 „Machtwechsel in Portugal“ hatten wir dargestellt, daß es beim Sturz des faschistischen Caetano-Regimes durch den Putsch demokratischer Soldaten und Offiziere (am 25.4.74) zunächst einmal um einen „Taktikwechsel“ der portugiesischen Bourgeoisie geht.

Angesichts eines militärisch aus-

sichtlosen Krieges in den portugiesischen Kolonien Angola, Guinea-Bissau und Mozambique, der für Portugal auch wirtschaftlich immer untragbarer wurde, angesichts einer weitgehend „demoralisierten“ Armee und einer relativ starken Opposition aller Schattierungen gegen den Krieg

Fortsetzung Seite 10



Streikende Werftarbeiter in Lissabon: Noch heißt es auf den Plakaten „Viva Spínola“ („Es lebe Spínola“) – nicht mehr lange.

Gegenwärtig erleben wir eine Konzentrations- und Rationalisierungswelle in der Druckindustrie, die in ihren Auswirkungen nur allzu deutlich auf die Massenentlassungen bei Auer-Druck, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Laut der jüngsten Ausgabe des West-Berliner „Extra-Dienst“ ist noch in diesem Jahr mit der Stilllegung der „Morgenpost“ (Hamburg, AK-Red.) zu rechnen.

Wir haben beschlossen, dieser Dokumentation eine weitere Folge zu lassen, die sich mit den Rationalisierungen in der Druckindustrie befassen soll.

Die Genossen weisen in ihrer Broschüre auf die Notwendigkeit einer breiten demokratischen Auseinandersetzung in den Gewerkschaften hin und bekunden ihre feste Absicht, diese Auseinandersetzung einzuleiten auch in der Gewähr, daß die Gewerkschaftsführung mit allen Mitteln des Drucks, der Verleumdung und des Ausschlußversuchs versuchen wird, dies zu verhindern!

Die jetzt eingeleiteten Ausschüsse sind eine – alles prompt – Bestätigung für die Richtigkeit dieser Einschätzung der Aktionslinie der Hamburger DRUPA-Linken.

Erneut haben die Gewerkschaftsführer gezeigt, daß sie es sind, die die Gewerkschaften zu einseitig sozialdemokratischen Richtungs-gewerkschaften machen wollen und sich dabei nicht scheuen, die Spaltung unter Zukünftigen vom Massenentschlüssen aktiv zu befeuern.

Was uns – den KOMMUNISTISCHEN BUND – angeht, so werden wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um es durch unsere Propagandaarbeit, um es durch unsere Genossen zu schaffen, den Kampf der Auseinandersetzung um demokratische Auseinandersetzung in den Gewerkschaften und um ihre Wiederaufnahme in die Gewerkschaft zu unterstützen. ●

Druck-Komitee, KB/Gruppe Hamburg



# Kampf der kapitalistischen Rationalisierung!

## AUTOMOBILKONZERNE BEREITEN MASSENENTLASSUNGEN VOR

### Forts. Massenentlassungen

nach ca. 20.000 Kurzarbeiter aus der VW-Tochter Audi/NSU. Diese Kurzarbeit ist allem Anschein nach nicht die letzte gewesen, VW hat bereits für den 24. Mai bis 31. Mai erneut Kurzarbeit für ca. 29.000 Arbeiter angemeldet.

Die materiellen Einbußen für die betroffenen Arbeiter sind mit ca. 150,- DM - 200,- DM in zehn Tagen beträchtlich; hinzukommt der ungesunde Druck - beispielsweise sank

dies, um eine bestimmte Profitrate (die durch eine bestimmte Stückzahl erreicht wird) zu halten. Bei VW sieht dies beispielsweise so aus, daß der Absatz von ca. 2,3 Mio. Fahrzeugen 1971 auf ca. 1,6 Mio. 1973 sank - fast exakt um 1/2 Mio., soviel wie jetzt auf Halde stehen - was die geplante Überproduktion deutlich macht. Jetzt, nachdem die „Miserie“ perfekt ist, vernichtet der VW-Vorstand (der übrigens mehrheitlich von SPD-Mitgliedern besetzt ist) (IGM-Chef Loderer ist Aufsichtsrats-

Verbundproduktion ab. Bald werden wir nicht mehr wissen, ob in den in Wolfsburg gefertigten Wagen Aggregate aus Brasilien oder Mexiko eingebaut sind.“ („Handelsblatt“, 15.5.1973)

Zwei Schwerpunkte also - Straffung und Rationalisierung der Produktion insgesamt und verstärkter Kapitalexport.

In der Praxis sieht dies so aus: In absehbarer Zeit werden die traditionellen VW-Modelle eingestellt bzw. weitgehend eingeschränkt wer-

den. Eine gemeinsame Planungs-gesellschaft und eine gemeinsame Produktion in Spanien - MEVO SA, MADRID.) Der gemeinsame Transportertyp soll nun nach der Planung in erster Linie im Bremer Hanomag-Werk produziert werden - was wesentliche Produktions-einschränkungen bei VW zur Folge haben muß.

Der Kapitalexport wird vom VW-Konzern bereits intensiv be-trieben, in 16 Ländern stehen be-reits Produktionswerke. Länder wie Spanien, Brasilien, bei denen durch die faschistische Unterdrückung nied-rige Löhne und „hohe Arbeitsmoral“ gesichert sind. Als Clou soll ein eige-nes Werk in den USA dazukommen, damit die hohen Transportkosten und Importbeschränkungen umgan-gen werden. Es liegt auf der Hand, daß eine Verlagerung der Produktion ins Ausland zu Stilllegungen im In-land führen muß.

Diese Entwicklung ist nun nicht

allein auf VW beschränkt - „Da der deutsche Export immer schwieriger werde, hält es Ford durchaus für möglich, daß in den nächsten zehn bis zwölf Jahren noch mehr KEE-Produktionen von deutschen Firmen ins Ausland verlagert werden.“ („HB“, 7.6.73)

Angesichts der Tatsache, daß in der BRD 3,6 Mio. (ca. 15 %) Werk-tätige direkt oder indirekt in der Automobilbranche arbeiten, kommt hier eine Entwicklung heran, die der Arbeiterklasse Massenentlassungen, Produktionsstilllegungen in großem Stil beschert. Hiergegen alle einhei-liche Kampffront aufzubauen, muß das Ziel der klassenbewußten Arbei-ter sein.

DIE KRISE DARF NICHT WIEDER AUF DIE ARBEITERKLASSE AB-GEWALZT WERDEN.

Betriebliche Hanomag/Henschel KB/Gruppe Hamburg



VW hängt in der Luft - In Wolfsburg stehen neun Tage lang die Bänder still

der Krankenstand in der letzten Zeit bei VW von 7 auf 3 %. (Sicherlich nicht deswegen, weil die Kollegen weniger krank sind.) Gleichzeitig wird ein Einstellungstop verhängt, der bereits zu einer Reduzierung der Belegschaft um 1.300 Mann führte. Was ist los im größten Konzern der BRD - schon seit langem ge-stört durch die bürgerliche Presse - „Kostenexplosion und Absatzkrise, VW führt in die roten Zahlen“ („Welt“, 19.4.). „Bei VW drohen 1974 Verluste“ („HB“, 5.4.) usw.

Tatsache ist, daß VW in „Absatz-schwierigkeiten“ steckt. Laut Werks-angaben ist der Verkauf im 1. Quar-tal gegenüber dem gleichen Vor-jahreszeitraum um 24 % gesunken, in den USA sogar um 31,5 % (in den USA werden gut 1/3 aller VW-Produkte abgesetzt). Die Beschleide hat sich sogar um 40 % auf 472.000 (!) Fahrzeuge erhöht, die Auftragsein-gänge sanken zeitweilig um bis zu 50 %. Dies alles liegt angeblich - wie sollte es auch anders sein - an der „Ökonomie“, der „autofeindlichen“ Regierungspolitik und last not least an den Lohnerhöhungen.

„Die Gründe für den Absatzrückgang sind nach den Worten des VW-Chefs auf allen Märkten etwa gleich: Die allgemeine konjunkturelle Verunsicherung, die Auswirkungen der Benzinpreiserhöhungen und die enormen Inflationsraten, die voll auf das Auto durchschlägen, so etwa bei den Preisen, den Versicherungspremien, den Reparaturkosten oder den Benzinpreisen. Hinzu kommt eine Vielzahl von Versuchen, die Nutzung des Autos einzuschränken oder gar zu verhindern.“ („Welt“, 19.4.74) und noch zynischer heißt es in der „Süd-deutschen Zeitung“ vom 23.4.: „VW arbeitet bereits mit Verlust. Es kann nicht, wie der öffentliche Dienst, den Steuerzahler schröpfen. Es muß sich vielmehr sein Geld auf dem Markt verdienen. Zwar wollte es in der hektik vergangener Tarif-runden niemand wahrhaben, daß in bestimmten konjunkturellen Si-tuationen mit Lohnexpansion (!!!) Arbeitslosigkeit produziert wird.“ Hier wird leiten Endes die von OTV-Chef Klüncker gemachte Zeche fäl-lig. Die von ihm erwungene Lohn-erhöhung ist in vielen Privatbetrie-ben einfach nicht hineinzuwirtschaften. Doch vor dem werte, wie der Bundeswirtschaftsminister Friede-rieh, tief Gefahr, zu einer Art (?) Unternehmenskrisen getrieben zu werden.“

### Überproduktion führte zur Krise

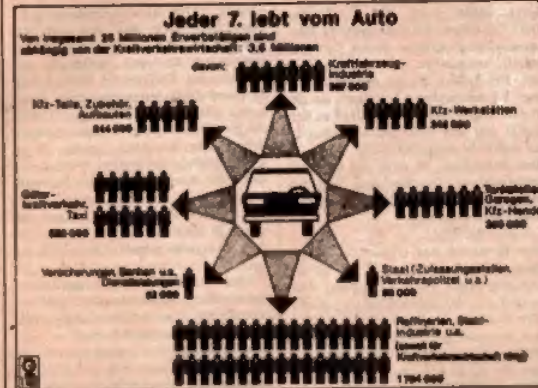
Tatsächlich liegt die Ursache für den Absatzrückgang in einer wahr-witzig betriebenen Überproduktion in den vergangenen Jahren. Diese Ent-wicklung beschränkt sich nicht auf VW, sondern findet ihren Niederschlag in allen internationalen Auto-konzernen. Trotz sinkenden Absatzes wurde weiter produziert wie bisher -

milglied), die Schwierigkeiten über Kurzarbeit voll auf die Belegschaft abzuwälzen. Die befristete Ent-lassung von 45.000 Arbeitern bringt den VW-Konzern wieder näher an die Profitlinie - zum einen steht die Produktion für eine bestimmte Zeit, zum anderen werden die Kosten, der Lohnausfall ausschließlich von den Arbeitern selbst getragen - der Be-trieb zahlt keinen Pfennig. Das Kurz-arbeitergeld wiederum wird aus Steuer-ern gezahlt - indirekt also auch vor der Arbeiterklasse getragen.

Zynischerweise wird die Kurzar-beit als „Mittel zur Umgehung von Entlassungen“ dargestellt. Zum einen ist durch Kurzarbeit noch nie eine drohende Entlassungswelle vermei-den, sondern lediglich verschoben worden. Zum anderen wird mit der-

den. Die Typenreihe wird sich auf im wesentlichen drei Modelle (Golf, Passat, Scirocco) beschränken. Dies hat durch die veränderte Bauweise einschneidende Folgen - beispie-lsweise ist vollkommen offen, was mit dem ausschließlich auf Heckmotoren ausgerichteten Hanomag-Werk ge-schehen soll (die neue Baureihe wird mit Frontmotoren ausgerüstet sein). Durch die Baukastenbauweise (Golf-ches Modell - verschiedene Mo-toren) wird es sicherlich zu Einschrän-kungen in der Einzeilerfertigung kommen. Zusätzlich sollen bei Audi/NSU alle die Modelle eingestellt wer-den, die in Konkurrenz zu VW-Model-len stehen (beispielsweise Audi 80 -

len stehen (beispielsweise Audi 80 - VW-Passat). Konzentrieren soll sich das Audi-Werk dagegen auf die Pro-duktion der „Volks-Mercedes“ wie



artigen Thesen versucht, die Belegschaft vor die scheinbare Alternative Kurzarbeit oder Entlassungen zu stellen, daß die Belegschaft sich also suchen „darf“, wie sie die Auswirkungen der Absatzkrise tragen will. Tatsache ist jedoch, daß die Arbeiter absolut keinen Grund haben, auch nur einen Teil von Krisenauflösungs-versuchen zu tragen, sondern daß sie sich im Gegenteil mit allen Mitteln gegen derartige Versuche wehren müssen.

Daß bei VW längerfristig noch ganz andere Sachen als Kurzarbeit anstehen, wird deutlich an der bereits vor längerer Zeit eingeleiteten Rationalisierungswelle:

### Großangelegte Rationalisierungswelle bei VW

„VW-Chef Rudolf Leiding nahm das Lenkrod fast in die Hand, straffte die Investitionen, verordnete energische Sparmaßnahmen, rationalisierte die Fertigung und konzipierte eine neue weltweite Modellreihe nach dem Baukastenprinzip... Die von Leiding konzipierte Konzernpolitik stellt neben den neuen Modellreihen auch auf eine internationale

Audi 100, RO 80. Diese Umstrukturierung hat logischerweise auch ihre Auswirkungen bei den zahlreichen Zulieferwerken, die natürlich viele spezielle Teile für viele Modelle weg-fallen.

Für den Transportertyp ist eine gemeinsame Produktion mit Deutz-Benz konzipiert, um eine Konkurrenz in diesem Bereich auszuschließen. (Dies wird zwar immer wieder dementiert - es besteht aber

### Kurzarbeit in der Auto-Industrie

	3.12.-7.12.1973
Porsche	17.12.-3.1.
Opel	14.1.-18.1.
	4.7.-15.7.
	11.3.-22.3.
	2.4.-13.4.
	22.4.-17.4.
	28.1.-2.2.
VW (Transporter)	22.4.-3.5.
	24.4.-3.5.
	23.5.-1.3.
	18.3.-22.3.
	6.4.-11.4.
	2.5.-3.5.
	4.2.-15.2.
	17.12.-7.1.
	21.1.-27.1.
	8.3.-21.3.

### VW erhöht schon wieder die Preise

Bereits 1973 hatten die VW-Bosse ihre Preise um fast 10 % erhöht. Während der Metalltarifrunde dieses Jahres zog VW-Chef Leiding seine große Schau ab: zweistellige Lohnerhöhungen seien „der Ruin“. Gleich nach der 11-prozentigen Lohnerhöhung wurden die Preise um durchschnittlich 6,35 % erhöht. Angebliche Ursache: natürlich die Lohnerhöhungen. Zwei Monate später erhöhen die VW-Bosse erneut um ca. 6 % („Handelsblatt“, 13.5.74) - „Grund“ sind wieder die alten Lohnerhöhungen. Da bringen es diese Bosse tatsächlich fertig, ihre Preise um über 12 % in drei Monaten zu erhöhen und dafür lächerliche 11 % mehr Lohn der Arbeiter verantwortlich zu machen (bei einem Lohnkostenanteil von 30 % würde ein VW für 6.000,- DM durch die 11%ige Lohner-

höhung um 200,- DM teurer; bestenfalls ließe sich damit eine Preiserhöhung um 3,5 % begründen.

Das hält allerdings die Schreibleitung der bürgerlichen Presse nicht ab, diesen Schmus zu verbreiten. So schreibt beispielsweise ein Kommentator der „Süddeutschen Zeitung“ am 13.5.:

„Hier kann „sich auf recht anschauliche Weise bestätigen, daß in dieser Lage Lohnerhöhungen von einem gewissen Ausmaß an in Arbeitslosigkeit münden, ein Zusammenhang, auf den die Bundesregierung zum Ärger der Gewerkschaften frühzeitig aufmerksam gemacht hat. OTV und IG Metall haben also Arbeitsplätze gefährdet. Doch eine Behörde, die gegen solche Lohnpolitik angeht, die gibt es nicht.“

### Dortmund: Jucho ist pleite

Der Dortmunder Brücken- und Stahlbaubetrieb hat vorsorglich den Vergleich angemeldet. Für 1200 Arbeiter und Angestellte bedeutet das Arbeitslosigkeit, falls die Übernahme-Verhandlungen mit drei großen „Interessenten“ scheitern. Selbst wenn diese zum Erfolg führen, wird ein Teil der Belegschaft gehen müssen; man denke nur an die Rationalisierungspraxis eines der Interessenten, Thyssen!

Der seit 97 Jahren bestehende Familienbetrieb besitzt zwar noch Aufträge für drei Monate (ca. 25 Millionen DM), ist aber ganz offensichtlich nicht in der Lage, der großen Konkurrenz der Konzerne standzuhalten.

In der Belegschaft wird eine „gar nicht so schlimm“-Stimmung verbreitet und die Hoffnung geweckt, es handle sich nur um eine vorübergehende Krise. Schon einmal, in der Krise von 1968 ließ man die Belegschaft die Karre für die Unternehmer aus dem Dreck ziehen. Nach einem vom Betriebsrat (!) ausgehenden Plan mußten die Beschäftigten ein Jahr lang auf 20 % ihres Lohns verzichten und dieses als Kredit an die Firma geben. Auf die Art und Weise wurde das Unternehmen saniert. Ähnliche Pläne werden jetzt wieder vor allem von Seiten des Betriebsrats geschmiedet. Viele der Arbeiter setzen auch jetzt wieder ihre Hoffnung auf den Erhalt des Arbeitsplatzes in eine solche Möglichkeit. 1/3 der Beschäftigten ist schon über 45 Jahre alt, und 470 gehören dem Betrieb mindestens 20 Jahre an.

### Dortmund: Jucho ist pleite

„Diese Stimmung der Belegschaft benutzt die Geschäftsleitung nun, um in aller Ruhe sowohl alle Vorräte für einen Konkurs zu treffen als auch mögliche Übernahme-Verhandlungen zu führen, ohne dabei von „aufmüpfigen“ Arbeitern gestört zu werden.“

### Frankfurt: Philipp Roth KG mecht dicht

Der Frankfurter Zulieferbetrieb für die Auto-Industrie hat Pleite gemacht. 440 Arbeiter (darunter 200 Frauen und 190 Ausländer) sind arbeitslos. Der Lohn für den letzten Monat wurde nicht ausbezahlt!

### Wagner Computer: 160 Arbeiter entlassen

Die Eisenbahn-Gewerkschaft entläßt zum 30.6. 160 der 400 Arbeiter, vor allem im Karlsruhe-Werk und in Westerbien. Durch diese „Gesundungsmaßnahme“ soll das Karlsruhe-Werk - in dem schon seit Mitte letzten Jahres 150 Entlassungen vorgenommen wurden - nur auf den Vertrieb ausgerichtet werden.

Gegenüber der bürgerlichen Presse gab die Firmenleitung eine besonders blöde „Erklärung“ für die Entlassungen ab: „Die Entlassungen seien notwendig geworden, weil nach einer im Februar dieses Jahres erfolgten Hausdurchsuchung der Firmenrat gestützt sei, so daß sich die Arbeitsmöglich-keiten verschlechtert hätten.“ („Süddeutsche Zeitung“, 6.5.1974)



## Grüber, Lüdenscheid: Über Nacht saßen 550 Arbeiter auf der Straße

Die Firma August Grüber in Lüdenscheid ist die größte Zulieferer für die Installationsindustrie in der BRD. Fast 550 Arbeiter und Angestellte sind mit der Herstellung und dem Vertrieb von Preß- und Formdrehteilen für Armaturen beschäftigt. Die Firma hat Auftragsbestände für fast ein halbes Jahr (über 20 Millionen DM) – schon seit Wochen wird in Doppelschichten gearbeitet.

Es schien also alles bestens, bis überraschend Mitte Mai die Pleite bekannt gegeben wurde: die Firma ist mit 30-40 Millionen DM verschuldet, die Firmeneinhaber haben immer kräftig für den privaten Verbrauch aus der Firma rausgeholt, was zu holen war. Die gute Auftragslage war für die Pleite kein Hindernis – 550 Arbeiter liegen plötzlich auf der Straße.

Damit sind etwa 200 ausländische Arbeiter, die schwer einen neuen Arbeitsplatz finden werden; und die älteren Arbeiter, die bis zu 40 Jahren in der Firma arbeiteten, werden keinen Arbeitsplatz finden. Für die Lehrlinge besteht kaum eine Möglichkeit, ihre Lehre fortzusetzen. In Lüdenscheid gab es zu der Zeit schon etwa 2000 Arbeitslose, und nach vorsichtigen Schätzungen des Arbeitsamtes lassen sich in der nächsten Zeit für nur etwa 150 der Beschäftigten neue Arbeitsplätze finden.

Hinzu kommt: der April-Lohn wurde zwar noch ausbezahlt, die 14 Tage im Mai blieben den Kapitalisten schuldig.

Für etwa 100 Bewohner von Werkwohnungen werden die Mietten ansteigen.

In dieser Situation suchten die Arbeiter nach einem Ausweg. Sie wollten die Firma in eigener Regie weiterführen und 140 Arbeiter legten in kurzer Zeit

die Firmeneinhaber hatten rechtzeitig für „Rücklagen“ gesorgt, die Banken waren sofort zur Stelle (der ganze Maschinenpark war an die Dresdner Bank verpfändet worden), die Gläubiger räumten blitzschnell Hallen und Lagerräume.



Unentschlossene Grüber-Arbeiter müssen die Räumung ihres Betriebes durch die Absperr-Gläubiger mit ansehen. Polizei (links im Bild) schützt die Räumung.

260.000 DM aus Ersparnissen, Bausparverträgen, „vermögenswirksamen Leistungen“ etc. zusammen. Damit war allerdings dem hohen Schuldenbetrag von fast 40 Millionen DM nicht beizukommen. Die Banken und das Land weigerten sich, Kredite bzw. Bürgschaften hierfür zu geben.

Während die Arbeiter bei der Stilllegung hart getroffen waren, sind die Kapitalisten fein raus:

Schon als der April-Lohn ausbezahlt wurde, hatten die Kapitalisten vorsorglich 80 Polizisten aus Lüdenscheid und Umgebung vor dem Betrieb auffahren lassen („80 Polizisten sagen die Kerl auf, weil Ausweisungen befürchtet wurden“, „Handelsblatt“ vom 20.5.74).

Als die Gläubigerversammlung stattfand, demonstrierten die Arbeiter mit „Aussager“-Rufen vor das Versammlungsgebäude.

## Hamburg: Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen Vertrauensmann von Hanomag-Henschel

Am Montag, dem 27.5., fand im DGB-Haus das Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen einen Vertrauensmann von Hanomag-Henschel in Hamburg statt. Dieses Verfahren nach § 36.1 der IG Metall-Satzung (Ausschluß mit Verfahren) war der Auftakt zu einer Reihe von Gewerkschaftsausschlüssen, mit denen Hamburg IG Metall-Führer versuchen, die „kommunistische Gefahr“ auszuschalten. Der Vertrauensmann hatte Ende letzten Jahres nach einem Warnstreik aktiv eine Unterschriftensammlung in der Belegschaft für die Durchsetzung einer außerordentlichen Betriebsversammlung unterstützt. Daraus sollte ihm ein Strick gedreht werden: die Ortsverwaltung entzog ihm auf Antrag der VK-Leitung seine Funktion – und mußte dieses Unterfangen aufgrund eines Gerichtsbeschlusses wieder zurücknehmen. Daraufhin wurde gegen den Kollegen über einen Strohmännchen ein Ausschlußverfahren eröffnet, weil der Kollege angeblich formal einen Beschluß des VK's mißachtet hätte.

Im Laufe der ganzen Zeit bis zum Verfahren kam es zu schweren Versuchen, die Arbeit des Kollegen zu behindern. Der jüngste Gipfel war der Versuch, zu verhindern, daß er sich für einen körperbehinderten Kollegen einsetzt, der eine ihn unzumutbare Arbeit machen mußte.

Dieser Anschlag auf eine Konsequenz, an den Interessen der Kollegen orientierte Vertrauensleutearbeit sollte mit dem Ausschluß des Kollegen seinen „krönenden“ Abschluß finden.

Die Zusammensetzung der „Untersuchungskommission“ selbst ist bereits auf vollkommen willkürliche Entscheidungen ausgerichtet: fünf stimmberechtigte Mitglieder, davon zwei vom Antragsteller und einer von der IG Metall-Führung – die Mehrheitsverhältnisse sind gesichert. Vollkommen-willkürlich und als Farce

lieft entsprechend die „Untersuchung“ der Vorfälle – per Mehrheitsbeschluß wurde die Forderung abgelehnt, alle Begleitumstände, die zu diesem Verfahren führten, zu berücksichtigen: der erste Versuch mit dem Funktionsentzug, die ganze Frage des Streiks und der Unterschriftensammlung, die beispiellose Diffamierungskampagne im VK, der offene Boykott der VK-Arbeit durch rechte Vertrauensleute.

All dies wurde unter den Tisch gekehrt, untersucht wurde lediglich, ob der Kollege einen Beschluß des VK's formal mißachtet hat. Nun, selbst dies war nicht zu klären. Nach der tatsächlichen Fassung des Beschlusses hat der Kollege den Beschluß formal nämlich voll und ganz beachtet – nur war merkwürdigerweise das Protokoll der VK-Sitzung, in dem der Beschluß festgehalten ist, „abhanden gekommen“. „Ebenso verhielt es sich mit einem weiteren Protokoll von einer wesentlichen VK-Sitzung. In der Tat – ein Hauch von Watergate!

Die von dem Kollegen mitgebrachten Zeugen, die allesamt die Vorwürfe widerlegen könnten – wurden nicht angehört – „weil sie zur Sache nichts mehr hätten sagen können“!

Trotzdem beschloß die Untersuchungskommission mit 3:2, daß die Vorwürfe voll und ganz berechtigt seien und „empfehl“ dem Vorstand, einen sechsmonatigen Funktionsentzug auszusprechen. Allerdings kann der Vorstand auch jede andere Maßnahme (Ausschluß) in eigener Regie durchführen.

Es offenbart sich hier, daß die Verfahren zur Feststellung von „gewerkschaftsschädigendem Verhalten“ tatsächlich nichts anderes als eine Farce sind: vollkommen willkürlich wird ein Teil der Vorwürfe inkompetent von einem Vorwurfsrat ausgearbeitet, der dem gesamten Verlauf der Ereignisse „untersucht“.

Betriebsrat Hanomag-Henschel KB/Gruppe Hamburg

## Opel plant Massenentlassungen

Seit Eintritt der sogenannten „Ölkrisis“ Ende letzten Jahres führen die Opel-Kapitalisten systematisch Maßnahmen durch, um bei veränderter Absatzlage im In- und Ausland dennoch weiterhin Höchstprofite zu erzielen. Das kann nur auf dem Rücken der Belegschaft geschehen. Kurzarbeit, Entlassungen und gesteigerte Arbeitshetze sind die Mittel hierzu. Gleichzeitig versuchen die Opel-Kapitalisten, durch gezielte Entlassungen den Widerstand der Kollegen zu brechen. Mehrfach wurde in den Opel-

Stolz gelobte Senkung des Krankenstands.

Seit einigen Monaten werden in den drei BRD-Werken monatlich 49 Mann entlassen (die Grenze für meldepflichtige Massenentlassungen liegt bei 50) und die sogenannten „natürlichen Abgänge“ werden nicht ersetzt. Auf diese Weise sank die Beschäftigtenzahl in Bochum seit dem letzten Oktober um 1200, in Rüsselsheim ist sie gar im letzten halben Jahr vom 36.000 auf 32.000 zurückgegangen.

Hauptkriterium für die Entlassungen: Fehlzeiten, die in den

port der BRD-Werke übernehmen soll.

Während die Opel-Kapitalisten alle Meldungen über Entlassungen abzuschwächen versuchen – das „Zuviel“ an Arbeit sollte durch Kurzarbeit „ausgeglichen“ werden etc. – gab der Rüsselsheimer Betriebsratsvorsitzende und Aufsichtsratsmitglied Lorenz vor Vertrauensleuten zu, daß es eine Illusion sei zu glauben, es gehe jetzt noch ohne Massenentlassungen ab.

Den deutschen Arbeitern wird als „Trost“ versprochen: erstmal sind die Ausländer dran, den ausländischen Kollegen empfiehlt man, ruhig ihren Urlaub durch ein paar unbezahlte Tage zu verlängern. Auf diese Art sollen gemeinsame solidarische Aktionen verhindert werden.

Doch noch auf andere Weise sorgen die Opel-Kapitalisten vor: gezielt versuchen sie aktive Gewerkschafter rauszuschubsen (Angaben für Bochum):

- 2 Betriebsräte wurden im letzten Jahr gekündigt,
- 2 Vertrauensleute und
- 4 ausländische Arbeiter wurden nach dem August-Streik 1973 entlassen,
- und im Mai dieses Jahres:
- 1 spanischer Vertrauensmann,
- 1 deutscher Vertrauensmann-Kandidat,
- 1 Syrer, Mitglied der VK-Leitung und Sprecher der ausländischen Arbeiter.

Gerade die letzte Entlassung ist im Hinblick auf Massenentlassungen bedeutungsvoll, da der Syrer großen Einfluß unter den ausländischen Arbeitern hatte.

Für die Opel-Arbeiter heißt es in nächster Zeit: aufgepaßt und solidarisch – deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsam – den Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalisten aufzunehmen. (Daten- und Zahlenangaben nach „Extra-Dienst“ vom 28.5. und Informationen des Büros für Betriebsfragen vom 18.5.).

Memil-Komitee  
KB/Gruppe Hamburg

## Klöckner-Hütte Bremen: Arbeitshetze fordert sechs Menschenleben

Die Klöckner-Hütte Bremen ist schon bekannt für die hohe Zahl von Betriebsunfällen. Bereits bei der Einstellung bekommt man zu hören, daß sich auf der Hütte pro Jahr ca. 800 meldepflichtige (!!) Unfälle ereignen. Meldepflichtig sind alle Unfälle, die eine Arbeitsunfähigkeit von mehr als drei Tagen zur Folge haben. So weist die Statistik der Monate Januar bis März, also von einem Vierteljahr, schon 234 solcher Unfälle auf, auf ein volles Jahr wären dies ca. 940, bei einer Belegschaftsstärke von rund 5.200 Mann. Dazu kommen noch ca. 100 Unfälle pro Jahr, die auf dem Weg zur Arbeit passieren. Es ist also im Grunde nur eine Frage der Zeit und des Zufalls, wann „man“ dran ist. Ein Grund für die starke Fluktuation der Belegschaft liegt in der großen Unfallgefahr. Im ersten Quartal 74 waren es rund 500 Abgänge, in einigen Abteilungen (z.B. Hochöfen) ist die Fluktuation sogar so groß, daß praktisch jedes Jahr einmal eine neue Besetzung dran ist.

In den letzten Monaten passierten nun mehrere sehr schwere Unfälle auf der Hütte:

- am 16.3. fiel ein Kollege am Hochöfen in kochenden Stahl, als er eine Abstreichrinne überspringen wollte und dabei ausrutschte. Der Kollege starb infolge der schweren Verletzungen.
- am 26.3. wurde ein türkischer Kollege im Warmwasserkessel von einem abreißen Stahlband getroffen und in die acht Meter tiefe Fundamentgrube gerissen. Er starb sofort.
- am 13.4. passierte der schwerste Unfall in dieser Serie. Im LD-Werk waren vier Kollegen einer Reinigungs-firma damit beschäftigt, einen Kessel TÜV-fertig zu machen. In dem Dreck mußten sie einen falschen Anschluß erwischen haben, so daß ihre Schleifmaschinen statt mit Pressluft mit Sauerstoff liefen. Das so entstehende hochexplosive Gemisch von Öl, Sauerstoff usw. verpuffte blitzartig. Zwei Kollegen starben auf der Stelle, zwei weitere später im Krankenhaus.

Im selben Zeitraum passierten noch weitere schwere Unfälle, so eine Verpuffung am Hochöfen, bei der mehrere Kollegen schwer verletzt wurden.

## Todesursache – „Menschliches Versagen“???

Wenn das kapitalistische Gewerbeaufsichtamt oder die Berufsgenossenschaft solche Betriebsunfälle untersucht, kann man das Ergebnis in fast allen Fällen voraussagen – der Kollege hätte „nicht aufgepaßt“ oder er hätte die „Sicherheitsvorschriften nicht beachtet“ heißt es dann. Auch bei dem Kollegen, der in kochenden Stahl fiel, hieß es ganz lapidar: „Die Sicherheitsbestimmungen schreiben vor, daß die Abstreichrinnen umgangen werden müssen“ („Bremer Nachrichten“ 18.3.). Nun, wer weiß, wie lang Abstreichrinnen sind, wird verstehen, warum der Kollege darüber gesprungen ist. Es galt für ihn, Zeit zu sparen, das mörderische Arbeitstempo trieb ihn zur Nichtbeachtung der Sicherheitsvorschriften. „Menschliches Versagen“ ist nicht die Ursache dieser Unfälle – die Ursache liegt in der wahnwitzigen Akkordhete, die den Mord am Arbeitsplatz zur Selbstverständlichkeit macht.

So soll die Produktion in Bremen auf 240.000 t bis Ende 74 und auf 280.000 t bis Ende 75 pro Monat gesteigert werden. Der Umsatz soll entsprechend auf 1,25 Mrd. DM wachsen (im Vorjahr 0,988 Mrd. DM). Mit anderen Worten, man will durch Rationalisierungen und verstärkte Arbeitshetze noch höhere Profite aus den Klöckner-Arbeitern herauspressen. Diesen Louren reicht es noch nicht, daß sich die erzeugte Rohstahlmenge pro Arbeiter und Stunde in den letzten 10 Jahren verdoppelt hat!!! Und da wird eben ein Arbeitsunfall, bei dem ein Kollege sein Leben lassen muß, zum „Betriebsunfall“, genauso wie eine Maschine mit einem Defekt hat oder aussetzt. Ob dabei eine Arbeiterfamilie ins Elend gestürzt wird, interessiert nicht.

Diese Arbeitsunfälle offenbaren die ganze Unmenschlichkeit des kapitalistischen Systems, sie entlarven die Lügen vom „Sozialstaat“ und von der „sozialen Verpflichtung des Eigentums“. Und so werden diese übelsten Erscheinungen des Kapitalismus auch erst dann verschwinden, wenn dieses ganze System verschwindet!

KB-Sympathisantengruppe Bremen



Kurzarbeit in Rüsselsheim

Werken Bochum, Rüsselsheim und Kaiserslautern sowie im Antwerpener-Werk (Belgien) kurz gearbeitet. Zuletzt vom 12.-19. Mai in Rüsselsheim und Kaiserslautern (21.000 Arbeiter) und vom 4.-12. Juni (36.000) in allen Werken. Dadurch spart der Opel-Konzern eine ganze Menge Lohngelei, benutzt aber gleichzeitig die Angst um den Arbeitsplatz, um die Arbeitshetze zu verschärfen – allein im Bochumer Werk ist trotz Kurzarbeit die Produktivität um etwa 10% gestiegen – nur durch Forcierung des Arbeitstempes, und die voll

Begründungen seit 1972 vorge-rechnet werden und gezielte politische Entlassungen.

Vor kurzem ist nun folgendes bekannt geworden: Opel will die Belegschaft um 10.000 Mann verringern, davon 6.500 in der BRD, die übrigen in Belgien. Begründung: „Entsprechend der Marktlage im EG-Bereich soll für 1974 nur mit einer 60-prozentigen Kapazitätsauslastung zu rechnen.“ Zur gleichen Zeit kaufte General Motors ein britisches Automobilwerk in Spanien auf, das nach den Plänen der Konzern-Herren den bisherigen En-



Betriebsversammlung bei Jungheinrich (Hamburg)

## Ein Lehrstück kapitalistischer Betriebspolitik

Die Firma Jungheinrich mit etwa 2.000 Beschäftigten in Hamburg ist nicht Mitglied im Unternehmensverband und bemüht, eine gewerkschaftliche Organisation der Kollegen durch übliche Spaltung und verschleierte Partnerschaftsideologie so gering wie möglich zu halten.

So ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad mit 10% IGM-Mitgliedern extrem niedrig. Die Fluktuation der Belegschaft ist sehr groß – Jungheinrich hat nämlich offene Akkorde, d.h. man kann etwa 200% vom Ecklohn erhalten, zehn Arbeitsstunden pro Tag sind üblich. Viele Kollegen kommen für einige Jahre, um ein bisschen Geld zu machen und wechseln dann in einen anderen Betrieb. Dieses System der Spaltung zu überwinden und die gewerkschaftliche Organisation im Sinne einer Interessenvertretung aller Kollegen des Betriebes zu erreichen, ist seit einiger Zeit das Bemühen einer Reihe aktiver Gewerkschafter.

Sie stoßen dabei auf starken Widerstand der Geschäftsleitung und des Betriebsrats sowie auf den Boykott ihrer Arbeit durch den zuständigen IGM Sekretär Siegfried Hahn.

Vor kurzem fanden in den beiden Werken Wandbek und Norderstedt Betriebsversammlungen statt, wo diese Tatsache erneut sehr offensichtlich wurde. Gleichzeitig aber gingen die fortschrittlichen Kollegen gegen das Desorientierung an.

Wir wollen hier den Verlauf der Auseinandersetzung auf den Betriebsversammlungen darstellen und einige der Lehren daraus aufzeigen, die die Kollegen in ihren Kampf einbeziehen müssen.

### Immer die Ruhe bewahren ...

Der Rechenschaftsbericht, der nach Aussage des BR-Vorsitzenden zur „Imagepflege“ des Betriebsrats (BR) dienen soll, ging wiederum fast

völlig an den Problemen der Kollegen vorbei. Kein Wort von der Werkerlagerung von Wandbek nach Norderstedt und den damit verbundenen Freizeit- und Geldverlusten für die Kollegen; die Kritik der Kollegen an dem bestehenden Sozialplan wurde

selbstverständlich noch nie erwähnt. Kein Wort zu den ständigen Akkordkürzungen und der seit einem Jahr versprochenen, aber immer wieder verschobenen HöherEinstufung. Die Umsatzsteigerung von 100% in zwei Jahren (!) wurde natürlich lobend erwähnt, die damit zusammenhängende Arbeitszeit und die Rationalisierungsmaßnahmen und vor allem, was die Kollegen dagegen machen können, fiel unter den Tisch. Ein kritisches Wort zur eigenen Arbeit oder die Offenlegung von verschiedenen Meinungen im BR haben die Kollegen sowie von diesem, durch Rechtsverstöße und Geschäftsleitungsunterstützung „gewählten“ BR noch nie gehört. Alles in allem versuchte er, die zur weiteren Produktionssteigerung nötige „Ruhe und Ordnung“ als bei Jungheinrich üblich und erhaltenswert hinzustellen.

### ... damit alles beim Alten bleibt

Mehr Weitblick offenbarte da die Geschäftsleitung. Da die Kapitalisten wissen, daß die dauernde Verschlechterung der Lebensbedingungen der Werktätigen auf spontanen Protest stoßen wird und dieser durch fortschrittliche Kollegen in eine ihnen unangenehme Richtung gebracht werden kann, begannen die Geschäftsleitung auch hier mit einer ideologischen Offensive. Geschäftsführer Rosenkranz führte aus: „Vergleichen wir unser gesellschaftspolitisches System mit einem Auto, so ist deutlich, wie unab-

dingbar der Unternehmer als dessen Motor ist. Er hat in der Vergangenheit oft genug seinen Mut und seine Kraft bewiesen, nicht zuletzt wenn es darum ging, unser System gegen die Leistungssteigerung und extreme Kräfte zu verteidigen.“

Anschließend forderte er die Kollegen auf: „Seien auch sie ihr eigener Herr, lassen sie sich nicht gewerkschaftspolitisch mißbrauchen entgegen unserer aller Interessen.“ Diese hochpolitische Rede wurde von einer Kollegin unter Beifall empört zurückgewiesen: Sie erinnerte daran, was passieren würde, „wenn (sic) hier dieses System und die Unternehmer ablehnen würde“, und daß es gerade „eine der wichtigsten Erfahrungen der Arbeiterbewegung ist, daß die Kollegen nur etwas erreichen, wenn sie gemeinsam und organisiert vorgehen.“ Wie wichtig diese Lehre gerade für Jungheinrich ist, zeigt die sich verschlechternde Lage und der Zustand ihrer Vertretungsorgane, des BR. Wer nun erwartet hatte, daß Siegfried Hahn (er gilt in der Hamburger IGM Ortsverwaltung als „Linker“) von der IG Metall Rosenkranz' Angriff auf die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit zurückweisen und auf die Probleme der Kollegen eingehen würde, der sah sich erneut getäuscht.

Schon in seiner Ansprache zeigte er, mit wem er es hält: „Lieber Herr Rosenkranz“ begann er. Hier wie im folgenden vergaß er die Kollegen, von denen einige daraufhin gelangweilt oder empört die Versammlung verließen.

Seine Ausführungen waren ein einziger Versuch, die Bedenken des Herrn Rosenkranz gegen die gewerkschaftliche Organisation als unbegründet zu zerstreuen und sich anzubeden. Hahn führte aus, daß „die Gewerkschaft keine Kampforientierung ist, sondern ein Stabilitätsfaktor. Gerade auch mit der Mitbestimmung hat sie bewiesen, daß sie Verbesserung, nicht Zerstörung will. Die Unternehmer sollten uns dies endlich abnehmen.“!!!

### Es geht um die richtige Politik!

Aber auch dieses arbeiterfeindliche Gerede wurde von den Kollegen angegriffen. Ein Kollege der Jugendvertretung sagte: „Es geht hier nicht darum, wie uns der BR unterstellt, ein Hick-Hack um irgendwelche angeblichen Mißverständnisse etc. zu führen. Es geht vielmehr darum, anhand konkreter Erfahrungen zu diskutieren, welche Prinzipien für die Arbeit des BR und der Jugendvertretung maßgebend sind. Das grundlegende ist, daß die Grenzen ausschließlich an den Interessen der Kollegen orientiert arbeiten müssen. Genauso ist die Gewerkschaft nicht da, um Ruhe zu erhalten, sondern um unser Instrument zur Durchsetzung unserer Interessen zu sein.“

Unter anderem in diesem Beitrag

fand das Bemühen des fortschrittlichen Teils der Lehrlinge seinen Ausdruck, gemeinsam mit den älteren Kollegen für die Interessen der Arbeiterklasse zu kämpfen. Diese Auffassung wurde vom gesamten BR sofort unter Beschuß genommen. So warf ein BR den Lehrlingen vor, „daß sie mit ihrem radikalen Gerede das Betriebsklima zerstören.“ Er fuhr fort: „Wenn sie dann ihre Ausbildung abgeschlossen haben, sind sie weg und die älteren Kollegen müssen die Folgen ihrer unverantwortlichen Arbeit tragen. Anstatt mit dem BR zusammenzuarbeiten, fallen sie uns in den Rücken!“ Kein Satz, in dem nicht mindestens etwas verdröht wurde. Normal waren allerdings Lügen und Aufhetzung gegen die jüngeren Kollegen.

Als ein Jugendvertreter diese Vorwürfe zurückweisen wollte, stellte der Diskussionsleiter erst einmal das Mikrophon ab und drohte: „Sie haben hier über die Arbeit des BR gar nichts zu sagen! Laut Betriebsverfassungsgesetz dürfen Sie nur Ergebnisse mittel- und langfristiger Diskussionen durch jemand etwas an!“ Abgeschnitten davon, daß das Gesetz „nur“ bestimmte Teile der Diskussion als gebunden bezeichnet, waren die Kollegen doch sehr erstaunt über diesen Paragraphen. Anhand solcher Punkte wird es in Zukunft verstärkt die Aufgabe der fortschrittlichen Kollegen sein, das Gesetz insgesamt zu entlarven. Der Jugendvertreter führte dann aus, daß es erster Stelle die Zusammenarbeit mit den Kollegen insgesamt und der Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderungen stehe.

„Dabei hält die Jugendvertretung selbstverständlich eine Zusammenarbeit mit dem BR für notwendig. Wenn innerhalb des BR allerdings die Richtschnur des Handelns von anderen Dingen bestimmt wird, dann wird es in bestimmten Punkten eine Zusammenarbeit mit diesem BR nicht geben können.“ Der BR regierte wiederum empört gegen diesen Angriff auf die BR-Kollegen, die ja nur ihrem Gewissen verantwortlich sind. Demagogisch forderte er die jungen Leute auf: „Lassen sie sich einmal mit der Freiheit zu leben, die die anderen beschneiden wollen!“ Abschließend wurde von Geschäftsleitung und BR die „Zerrenheit“ und Polarisierung der Kollegen bedauert, sie mache alle bisherigen Bemühungen zunichte.

Das aktive Zurückweisen der Angriffe der Geschäftsleitung und ihrer Hilfspersonen ist ein Fortschritt in der Arbeit bei Jungheinrich.

Die Basis dieser Arbeit zu vergrößern und zu festigen – mehr als bisher Antworten auf die brennenden Probleme der Kollegen im Betrieb zu geben, das ist der Weg, auf dem weitergeschritten werden muß.

Beschwerde Metall, Kfz/Gruppe Hamburg

## BREMER GEWERKSCHAFTSFÜHRER WOLLEN 'KLAR SCHIFF' MACHEN

### Gewerkschaftsausschlüsse gegen Streikführer eingeleitet

Aus der gemeinsamen Erklärung der vier vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Arbeiter der Bremer Vulkan-Werft

Kolleginnen und Kollegen, am Mittwoch erklärte der IGM-Verwaltungsrat Krimker auf einer Betriebsratsitzung, daß von mehreren Kollegen des Bremer Vulkan gegen uns ein Gewerkschaftsausschlußantrag gestellt worden sei. (...)

Es ist allen Vulkanarbeitern seit langem bekannt, daß wir nicht bereit sind, uns der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu unterwerfen. Wir sind der Meinung, daß die Politik der Gewerkschaftsführung nicht den Interessen der Arbeiter und Angestellten nützt, sondern denen der Kapitalisten und der Regierung. Ein, wenn auch nicht der einzige, Beweis dafür ist der Verkauf des völlig ungenügenden Abschlusses des Streiks während der letzten Tarifrunde, der uns 12,25 % Lohnsteigerung brachte, die Vulkan-Kapitalisten haben dagegen für 1973 einen Gewinn von 34 % eingesackt.

Gegen uns ist der Ausschlußantrag gestellt worden, weil wir unsere Meinung über die Politik von Loderer, vom Steeg und Weinkauff auch

Nachdem die Metalller im Bezirk Unterweser in der zurückliegenden Tarifrunde über zwei Wochen für die Durchsetzung ausreichender Lohnerhöhungen gestreikt hatten, präsentieren ihnen die Führer der IG Metall bekanntlich ein „Schlichtungsergebnis“ zur Urabstimmung, das zu Recht als Provokation empfunden und von der Mehrheit der Arbeiter und Angestellten abgelehnt wurde.

Auf einer nicht-offiziellen Streikversammlung (am Tag der Urabstimmung) verteilten Klassenkämpferische Gewerkschafter vor rund 2.500 Kollegen der Bremer Vulkan-Werft den Abschlus und die sozialdemokratische Lohnpolitik überhaupt – und stellten den Antrag, die Führer der IG Metall Loderer, vom Steeg und Weinkauff wegen Arbeiterverrat aus der Gewerkschaft auszuschließen. Mehr als 1.000 (!) Kollegen der Vulkan-

Mehr als 1.000 (!) Kollegen des Vulkan-Werft unterstützen diesen Antrag durch ihre Unterschrift.

In dieser Zeitung hatten wir bereits seinerzeit eingeschätzt:

„In jedem Fall waren kommunistische und andere klassenbewußte Arbeiter gut beraten, ganz besonders in den nächsten Monaten vor den ‚Kontrollgängen‘ der Gewerkschaftsführer auf der Hut zu sein. Denn für die Gewerkschaftspropaganda – egal ob sie das zugeht oder nicht – das Urabstimmungsergebnis und die Ausschlußanträge ob j e k t i v e Herausforderung. Sie wird auf ihre Weise darauf antworten!“ (AK 42, April '74)

Während das Verfahren gegen die Führer der IG Metall, das vor mehr als zwei Monaten von über 1.000 Kollegen beantragt wurde, immer noch nicht eingeleitet ist, dreht die Gewerkschaftspropaganda jetzt einfach den Spieß um und stellt ihrerseits Ausschlußanträge gegen die Vertrauensleute der Metallarbeiter.

Am 22. Mai '74 teilte der IGM-Bevollmächtigte in Bremen-Nord, Klöpper, auf einer Betriebsratsitzung beim Vulkan mit, daß gegen vier Gewerkschafter (1 Betriebsrat, 2 Jugendvertreter und 1 Vertrauensmann) Ausschlußverfahren eröffnet worden seien und daß die gewerkschaftlichen Rechte und Pflichten der vier ab sofort räumen.

Den vier Kollegen wird „vorgeworfen“, die Politik des KfW bzw. der KPD unterstützten zu haben und auf der „nicht-offiziellen“ Betriebsversammlung am Tag der Urabstimmung (s.o.) für die Belange der Arbeiter eingetreten zu sein.

Da es natürlich unerschöpflich ausgenutzt hätte, wenn beispielsweise die Bremer Ortsverwaltung selbst als Antragsteller aufgetreten wäre, haben die IG-Metall-Führer ihrerseits Unterschriften beim Vulkan gesammelt und auch tatsächlich einige Lumpen

für ihr Vorhaben einspannen können; darunter „ein SPD-Betriebsrat, der nach dem selbständigen Streik im Sommer seine Freistellung vorer und zurück ans Band mußte, der Vorsitzende der SPD-Betriebsgruppe, ein Meister und ein Kalkulator“ („KfW“, 11/74).

Das Vorhaben der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, ausgerechnet diese vier Kollegen aus der IG Metall auszuschließen, muß als Versuch gewertet werden, die den Sozialdemokraten (wenigstens teilweise) aus dem Ruder geratene Bewegung beim Vulkan wieder einzufangen. Das kann ihnen nur gelingen, wenn sie die entscheidendsten Vertreter der Arbeiter, die Kommunisten, ausschalten.

Erfahrungsgemäß wird der Gewerkschaftsausschluß auch vom Kapitalisten als Aufforderung verstanden, nun seinerseits mit Klindungen nachzusetzen, damit wieder Ruhe im Betrieb ist. Das Beispiel der Hamburger Stahlwerke zeigt aber auch, daß die Gewerkschaftsführer sogar selbst die Kündigung oppositioneller Gewerkschafter fordern, um ihre sozialpartnerschaftliche Politik ohne Widerspruch und Widerstand seitens der Arbeiter betreiben können.

Diese Gefahren sollten auch beim Vulkan nicht übersehen werden!

### Einheitliche Kampffront notwendig!

Nach Bekanntwerden der neuesten arbeiterfeindlichen Maßnahmen der Bremer IG Metall Ortsverwaltung haben die vom Ausschluß bedrohten Kollegen Unterschriften für eine außerordentliche Vertrauensleute- und Mitgliederversammlung ge-

sammelt, um vor ihren Kollegen zur Sache Stellung zu nehmen.

Ferner verfassten die vier Gewerkschafter eine gemeinsame Erklärung, in der sie die absurde Anschuldigung, „gewerkschaftsfeindlich“ gehandelt zu haben, zurückweisen und weisen und positiv ihre Auffassungen von konsequenter Klassenpolitik der Gewerkschaften darlegen. (siehe nebenstehender Kasten!)

Bei den Angriffen der Gewerkschaftsführer auf die Positionen der Vulkan-Arbeiter handelt es sich nicht um isolierte Maßnahmen!

„Weitere Ausschlußanträge hat die Ortsverwaltung Bremen bei VFW gegen vier kommunistische Gewerkschafter gerichtet und gegen den Vorsitzenden des IG Metall-Ortsjugend-ausschusses Bremen.“ (KfW, 11/74)

Was den Führern der IG Metall recht ist, ist ihren Kollegen in anderen Vorständen billig!

„Der Amtspräsident der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) des Fernmeldesektors hat am 9. Mai gegen sechs Kollegen Ausschlußanträge gestellt, weil sie an der KfW-Mai-demonstration teilgenommen haben. Die Teilnahme ist gewerkschaftsschädlich.“ (KfW, 11/74)

Man sieht: Die Gewerkschaftsführer sind auf breiter Front angestrengt, um „ihre“ Organisationen von Klassenbewußten und kommunistischen Gewerkschaftern zu säubern und „klar Schiff“ zu machen.

Und das ist erst der Anfang! Die kommunistischen Organisationen müssen versuchen, dagegen eine einheitliche Abwehrfront aufzubauen (und zwar über die Grenzen einzelner Betriebe hinweg!) und Anstrengungen unternehmen, klassenbewußte Arbeiter in diese Kampffront einzubeziehen.

Metall-Komitee, Kfz/Gruppe Hamburg

Holms Scholz Heinz Koldehofer Hartwig Elster Dieter Bachmann



# Hamburger Berufsschule Reaktionäre Entwicklung an der Schule Schlankreys

Mit diesem Artikel wollen wir einen Einblick in das Kräfteverhältnis an unserer Schule geben und darstellen, wie es der Schulkonferenz im Verein mit reaktionären Kräften innerhalb der Schülerschaft noch weitgehend gelingt, die Verbreiterung demokratischer Initiativen der Schüler zu verhindern. Diese Tatsache müssen die fortschrittlichen Kollegen im Auge haben, wenn sie an der Schule aktiv werden. Zugleich haben wir hier ein lebendiges Beispiel dafür, was passiert, wenn die „KPD/ML“ versucht, den Schülern ihre antikerische „Politik“ schmuckhaft zu machen.

Die Schule Schlankreys in Hamburg-Fischbühlte umfasst eine Berufsschule für Industriekaufleute und ein Wirtschaftsgymnasium. Die Atmosphäre an der Schule war, so Schulleiter Haltenberg, immer von einem „liberalen Geist“ erfüllt. Die äußere ist in „vertrauensvoller Zusammenarbeit“ zwischen Schülern, Lehrern und der Schulleitung, in der Beschränkung der Schülerarbeit auf Organisation von Schulfesten usw. In der letzten Zeit drohte dieser „liberale Geist“ jedoch verloren zu gehen. Fortschrittliche Schüler, denen die Darstellungen im Unterricht und in der bürgerlichen Presse über den Faschismus in Griechenland und den israelischen Aggressionskrieg zu einseitig waren, wollten die Schülerschaft mit Hilfe von Wandzeitungen informieren. Sie hängten die Wandzeitungen in der Schule auf und so bildeten sich große Trauben um sie herum.

Für die Schulleitung war dies „eine Agitation und Propaganda“ und im Fall der Griechenland-Wandzeitung wurden ihrer Meinung nach noch „unverschämte Parallelen zur BRD“ gezogen. So erging es mit Androhungen von Disziplinarmaßnahmen. Für solche Fälle hatte die Behörde ja vorgesorgt. Mit dem sozialdemokratischen „Reformwerk“, dem neuen Schulleitungsgesetz (SVG) ist den Schulleitern jede Möglichkeit gegeben worden, gegen demokratische Bestrebungen, wie die Forderung nach freier politischer Betätigung und Meinungsfreiheit, vorzugehen. Die großen Versprechungen, mit denen das Gesetz begleitet wor-

den war (mehr Demokratie in Staat und Gesellschaft), erweisen sich in der Praxis als leeres Gerede.

Das „Mehr-Demokratie“-Gesetz im Rücken, sollte die Schulleitung, Wandzeitungen in der Schule anzuheben, wenn sie nicht vorher von ihr genehmigt wurden. Um dieser Maßnahme einen größeren Nachdruck zu verleihen, berief sie sich, neben dem SVG, noch auf ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, das besagt, „daß dem Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nicht die Befugnis zu entnehmen ist, innerhalb einer Schulgebäude Anschläge nach eigenem Gutdünken aufzuhängen“. Ein Rundschreiben mit diesem Inhalt ging durch alle Klassen.

Dies alles sollte bewirken, daß die Schüler eingeschüchtert werden, sich nicht für ihre demokratischen Rechte einzusetzen – und wenn sie es doch tun, als Gesetzesbrecher abgestempelt werden.

In der Schülerschaft fand die Haltung der Schulleitung leider großen Zuspruch. Die reaktionären Gruppen (Junge Union/rechte SPDler) an beiden Schulzweigen unterstützen tatkräftig die Bestrebungen der Schulleitung. Sie beschworen das „politische Vakuum“, den „politischen Freiraum“ der Schule und meinten, wenn es völlige Meinungsfreiheit gäbe, würde die Schule „ein Tumultfeld für Linkskinder“ sein. Mit Hetzreden gegen Linke versuchten sie, unter den Schülern Stimmung zu machen.

Bei vielen Schülern liefen sie damit offene Türen ein. Zwar sprach sich die Mehrheit im Gesamtschülerrat (bestehend aus dem Berufsschüler und dem WG-Schüler) für freie Meinungsäußerung aus, was jedoch leider nicht die Meinung der Mehrheit der Schülerschaft repräsentiert und zum anderen ein reines Lippenbekenntnis ist. Das zeigte sich, als für einen Kompromiß gestimmt wurde, der ein Gremium von einem WG-Schüler, einem Berufsschüler und dem Schulleiter vorsah (wobei der Schulleiter Votorschalt hat), das die Aufgabe haben soll, Wandzeitungen vorab zu zensurieren.

Die fortschrittlichen Schüler waren eindeutig in der Minderheit. Ihnen ge-

lang es nicht, gegen die Hetzkampagne der Schulleitung und der reaktionären Schüler anzukommen und der Schülerschaft inhaltlich klarzumachen, was freie Meinungsäußerung für die Arbeit des Schülers und für jeden einzelnen Schüler bedeutet, und warum es notwendig ist, dafür gemeinsam zu kämpfen.

Eines Tages hängten mehrere Schüler des Wirtschaftsgymnasiums eine unzensierte Wandzeitung auf, mit der sie gegen die Methode einiger Lehrer protestierten, die in die Zeugnisse von zwei Schülern Kommentare wie: „Ihre Äußerungen im Unterricht sind unordentlich und z.T. unsachlich“ hineingeschrieben hatten. Die beiden Schüler, die der „KPD/ML-Rote-Garde“ nahestanden, waren mitbeteiligt an dieser Aktion. Die Schulleitung nahm dies zum Anlaß, ein Exemplar zu statuieren.

Fünf Tage nach der Aktion beschloß die Klassenkonferenz, die beiden Schüler für zwei Wochen vom Unterricht auszusperrten und der Gesamtkonferenz vorzuschlagen, dem einen Schüler den amtlichen „Rat“ zu erteilen, die Schule zu verlassen. Die beiden hielten sich jedoch nicht an diesen Beschluß und erschienen in der Schule. Daraufhin wurde Strafzettel wegen Hausfriedensbruch gegen einen gestellt, und beide wurden – in einem Fall von den Eltern, in anderen von der Schulkonferenz – abgeschult. Die beiden Schüler, die dies nicht akzeptierten und weiterhin zur Schule kamen, wurden dann durch die vom Schulleiter gerufene Polizei aus der Schule geholt. Insgesamt dauerte dies alles etwa einen Monat.

Der Schulleitung ging es darum, zu zeigen, daß sie der Herr im Haus ist und kein Schüler es wagen sollte, gegen diese Autorität aufzuzucken. Das harte Durchgreifen fand den Beifall der reaktionären Schüler und großer Teile der Schülerschaft. Eine Vollversammlung des Wirtschaftsgymnasiums, die kurz nach der Suspendierung einberufen wurde, sprach sich mit eindeutiger Mehrheit gegen eine Solidarisierung mit den beiden Schülern aus. In einer von zwei Berufsschulklassen einstimmig verabschiedeten Resolution wurde sogar gefordert, daß endlich härter gegen die Kommunisten vorgegangen werden sollte.

Genommen an der Berufsschule Schlankreys, KB/Gruppe Hamburg

(SVG) ist den Schulleitern jede Möglichkeit gegeben worden, gegen demokratische Bestrebungen, wie die Forderung nach freier politischer Betätigung und Meinungsfreiheit, vorzugehen. Die großen Versprechungen, mit denen das Gesetz begleitet wor-

den war (mehr Demokratie in Staat und Gesellschaft), erweisen sich in der Praxis als leeres Gerede.

Die fortschrittlichen Schüler waren eindeutig in der Minderheit. Ihnen ge-

fordert, daß endlich härter gegen die Kommunisten vorgegangen werden sollte.

Genommen an der Berufsschule Schlankreys, KB/Gruppe Hamburg

nicht genannt, die Betroffenen werden also gar nicht, wozu die Stellung nehmen sollen.

b) wurde die Angelegenheit nicht im Ortsvorstand besprochen, dem die Kinder schon durch den „Silberbescheid“ des ev.-luth. Gesamtverbandes Bremerhaven vom 4. März auf die Straße gesetzt wurden (siehe hierzu AK 42). Nachdem die Kirchenleiter ein eindeutiges Verhandlungsangebot mit 2. 1. schon festen Zusicherungen gemacht hatten, gaben die Eltern und Mitarbeiter die Besetzung auf, am den Weg für Verhandlungen frei zu machen; nicht zuletzt, um zu für die Kinder zumutbaren Verhältnisse zu kommen.

Daheer kann man annehmen, daß diese Maßnahme nicht vom Ortsvorstand ausging. Diese Ausschließungsandrohungen sind nach unserer Meinung Schritte ins Leere. Wir haben inzwischen folgende Maßnahmen getroffen:

- a) die betroffenen Kolleginnen und Kollegen antworten auf die Ausschließungsandrohung, bzw. geben ihre Stellungnahme zu dem Vorwurf ab;
- b) die Fachgruppe Buchhandel und Verlage hat auf der Fachgruppenversammlung am 29.5.74 eine Solidaritätsresolution mit den betroffenen Kollegen verabschiedet, die dem Ortsvorstand München und dem Hauptvorstand in Düsseldorf zugeleitet wird;
- c) der Kollegin Dagmar Fries, Fachgruppenvorsitzende der Fachgruppe Buchhandel und Verlage (die erst auf der letzten Fachgruppenversammlung vor ca. 4 Wochen wiedergewählt wurde) wurde auf der gleichen Fachgruppenversammlung erneut das Vertrauen ausgesprochen und es wurde nochmals in ihrem Amt bestätigt;
- d) haben wir eine außerordentliche Ortsvorstandsitzung beantragt. Liebe Kollegen, trägt diese Informationen weiter. Sobald uns weitere Einzelheiten bekannt sind, erhaltet ihr wieder Nachricht.

Mit kollegialen Grüßen

Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der Gewerkschaft HBV, OV München – Fachgruppenvorstand –

L.A. Dreier von Klinkowström

## Texaco, Hamburg/Grasbrook: Kodolitsch feuert wieder linken Vertrauensmann

Nachdem vor einem halben Jahr schon drei linke Vertrauensleute unter massivem antikommunistischem Trommelfeuer der Kodolitsch (Hamburger Gewerkschaftssekretär), Kuch, Kosiedowski & Co. (rechte Betriebsräte) aus dem Vertrauenskörper gefeuert wurden, schlug diese Clique am 29. Mai, (bei der letzten Vertrauensleuteitzung) erneut zu. In geheimer Abstimmung wurde ein Vertrauensmann der Expeditionen, den der arbeiterfeindlichen Kurs des VLK's nicht weiter mitführen wollte, geschäft.

Interessant ist auch in diesem Fall die politische Auseinandersetzung und „Begründung“ der Rechten für den Ausschluss:

Der Vertrauensmann hatte beantragt, daß in der zukünftigen Lohnstafel (Entgeltstafelvertrag) die Kollegen vom Reinigungspersonal zusammen mit dem Küchenpersonal in Lohngruppe 2 hochgestuft werden (bisher galt der Tarif Gruppe 1). – Dazu der rechte Sozialdemokrat und Betriebsrat Langmeyer: „Bitte versteht mich nicht falsch, aber das Reinigungspersonal verrichtet nun mal die niedrigste Arbeit.“ Nach Meinung der rechten SPD-Vögel war somit die niedrigste Lohnstufe ausreichend begründet. Der Kapitalist kann sich die Hände reiben. Als der Vertrauensmann dennoch auf seinem Antrag bestand, michte sich der berichtigte IG-Chemie-Sekretär und Antikommunist Kodolitsch ein, um dieses Problem um eine Lohn-Ausgleichsentscheidung zu einem Problem der „Chaoten“-Jagd zu machen:

„Kollegen, was hier gerade wieder passiert, ist folgendes: Hier wird versucht, einen Artikel für die KB-Politik vorzubereiten, in dem stehen soll, der VK Grasbrook würde sich weigern, die Interessen des Reinigungspersonals zu vertreten.“ Nach diesem Strickmuster läßt sich in der

Tat je dem Engagement für die Interessen der Kollegen absoluten. Die eigentliche Funktion des Antikommunismus wird wieder mal sehr deutlich.

Kodolitsch blieb am Ball. Zum Thema „Betriebsversammlung“ forderte er die versammelten Vertrauensleute auf, mit Psycho-Terror zu verhindern, daß künftig noch linke Kollegen das Wort ergreifen. Durch Zuhören und systematische Zwischenrufe sollen diese eingeschüchtert und zum vorzeitigen Abbruch ihrer Rede gezwungen werden. „Es muß endlich was geschehen, redet mit den Kollegen, daß sie sich Reden von „Chaoten“ nicht mehr bieten lassen!“ (J)

In diesem schon hektischen Klima antikommunistischer Emotionen ging man zum Tagesordnungspunkt „politische Situation“ über. Nach einigen Lobeshymnen auf die SPD-Regierungspolitik wurde gefordert: „Wir müssen hier bei uns äußere Reihen schaffen!“ Den direkten Vorstoß gegen den linken Vertrauensmann P.F. übernahm Betriebsrat Langmeyer: „Willst Du in Zukunft hier positiv (?) mitarbeiten?“ und „Willst Du hier noch einmal so ein albernies Flugblatt verteilen?“ (P.F. verteilte einige Kopien eines Briefes mit Vorschlägen zur Tarifrunde, der von einigen seiner Kollegen ausgearbeitet wurde). Betriebsrat Langmeyer: „Wenn ja, dann stell ich dir Antrag auf Ausschluss aus dem Vertrauenskörper.“ P.F.'s Antwort: „Ich stehe hinter der Sitzung der IG-Chemie und vertritt Arbeitnehmer-Interessen.“

Nach kurzer Pause kam ein neuer Vorstoß von Langmeyer: „Willst Du über diese Diskussion im Betrieb berichten?“ – Antwort: „Selbstverständlich, das ist meine Pflicht als Vertrauensmann!“ – Das war für die Rechten genug. Der Vertrauensmann P.F. war dies die längste Zeit gewesen. Arbeiterdemokratie – selbst in ihren niedersten Elementarformen ist für diese rechte Bande bedeutsam gewerkschaftsschädigend.

Betriebsrat Texaco KB-Gruppe Hamburg

## Bremerhaven: Kinderschule Grünhöfe

Wie wir bereits im letzten ARBEITERKAMPF (Nr. 44) berichteten, stellte der Kirchenvorstand der Petruskirche in Bremerhaven-Grünhöfe das bisher von ihm finanzierte Projekt „Kinderschule Finkenstraße“ endgültig ein. Vorausgegangen war diesem Beschluß eine siebenwöchige Besetzung der KSF-Räume durch Eltern und Mitarbeiter, die hierdurch verhinderten, daß die Kinder schon durch den „Silberbescheid“ des ev.-luth. Gesamtverbandes Bremerhaven vom 4. März auf die Straße gesetzt wurden (siehe hierzu AK 42). Nachdem die Kirchenleiter ein eindeutiges Verhandlungsangebot mit 2. 1. schon festen Zusicherungen gemacht hatten, gaben die Eltern und Mitarbeiter die Besetzung auf, am den Weg für Verhandlungen frei zu machen; nicht zuletzt, um zu für die Kinder zumutbaren Verhältnisse zu kommen.

## Bremerhaven: Kinderschule Grünhöfe

Wie wir bereits im letzten ARBEITERKAMPF (Nr. 44) berichteten, stellte der Kirchenvorstand der Petruskirche in Bremerhaven-Grünhöfe das bisher von ihm finanzierte Projekt „Kinderschule Finkenstraße“ endgültig ein. Vorausgegangen war diesem Beschluß eine siebenwöchige Besetzung der KSF-Räume durch Eltern und Mitarbeiter, die hierdurch verhinderten, daß die Kinder schon durch den „Silberbescheid“ des ev.-luth. Gesamtverbandes Bremerhaven vom 4. März auf die Straße gesetzt wurden (siehe hierzu AK 42). Nachdem die Kirchenleiter ein eindeutiges Verhandlungsangebot mit 2. 1. schon festen Zusicherungen gemacht hatten, gaben die Eltern und Mitarbeiter die Besetzung auf, am den Weg für Verhandlungen frei zu machen; nicht zuletzt, um zu für die Kinder zumutbaren Verhältnisse zu kommen.

Allerdings sollte die Kinderarbeit auch nach der Aufgabe der Besetzung weitergeführt werden. Dies nahm der Kirchenvorstand zum Anlaß, von Nichterfüllung der Voraussetzungen für Verhandlungen zu sprechen und das ganze Projekt einzustellen.

Nachdem in der „Bremerhavener Bürgerzeitung“ („BBZ“, SPD-Zeitung) der SPD-Sozialdemagoge H. J. Rehberg mehrfach öffentlich über „Frankfurter Hausbesitzer“ spekuliert, die die Besetzung der „Kinderschule“ anleiten und unterstützen würden (um so an die bürgerliche Hetzkampagne gegen die Hausbesetzungen anzuknüpfen) müssen wir uns leider die Vermutung aussprechen, daß die Kirchenführer in Grünhöfe von Hausbesitzern aus Frankfurt, Hamburg o. ä. angeleitet werden.

Wie Hausbesitzer in Frankfurt, Hamburg usw. „unrentable“ Häuser abbruchreif machen, so bemühen sich die Kirchenbürokraten, die Kinderschule unbenutzbar zu machen: zu nicht lassen die Strom, Gas etc. abstellen, dann klauen sie das Mobiliar und stellen neuerdings sogar die Tür verriegelt haben. Dies ist wahr-

lich ein gelungenes Finale hinterlistig, aber durchaus typischer bürgerlicher „Sozialpolitik“. Die Kirche entlarvt sich offen als Sachwalterin des Staates, indem sie mit allen Mitteln an der Zerschlagung der fortschrittlichen Initiative KSF arbeitet.

## Bremerhaven: Kinderschule Grünhöfe

Wie wir bereits im letzten ARBEITERKAMPF (Nr. 44) berichteten, stellte der Kirchenvorstand der Petruskirche in Bremerhaven-Grünhöfe das bisher von ihm finanzierte Projekt „Kinderschule Finkenstraße“ endgültig ein. Vorausgegangen war diesem Beschluß eine siebenwöchige Besetzung der KSF-Räume durch Eltern und Mitarbeiter, die hierdurch verhinderten, daß die Kinder schon durch den „Silberbescheid“ des ev.-luth. Gesamtverbandes Bremerhaven vom 4. März auf die Straße gesetzt wurden (siehe hierzu AK 42). Nachdem die Kirchenleiter ein eindeutiges Verhandlungsangebot mit 2. 1. schon festen Zusicherungen gemacht hatten, gaben die Eltern und Mitarbeiter die Besetzung auf, am den Weg für Verhandlungen frei zu machen; nicht zuletzt, um zu für die Kinder zumutbaren Verhältnisse zu kommen.

## Ansätze: DER KAMPF UM DIE KINDERSCHULE – Dokumentation –

Ausgewählte Dokumente geben einen Einblick in den Kampf um die Kinderschule Finkenstraße (KSF) in Bremerhaven. In dem sich Mitarbeiter und Bewohner der Kinderschule und der Stadt versammelten. Die Broschüre zeigt die Besetzungen von Stadt und Kirche, eine fortwährende Initiative zu zerschlagen und unterstützt die Gegenmaßnahmen der betroffenen Bremer und Mitarbeiter. Durch den Kampf, durch die Blockadezeitung in der bürgerlichen Presse wird die Besetzung verdeutlicht. Sie wird von uns weitergegeben, um die Möglichkeit zu schaffen, ein neues Kampf zu führen. Diese Kampfe werden entstehen und werden Geschichte sein in der Unterbrechung der rechten Arbeit der KSF, denn ein Teil des Erlöses wird dem Verein „Kinderschule“ zugeflossen.

40 Seiten Preis DM 1,80 Bestellungen an: Arbeiterbuch 285 Bremerhaven Sonnenstraße 8

## Ein neuer Anfang

Mit der Vertreibung aus den Räumen der KSF ist die Initiative aber noch nicht versiegen. Von den Eltern und Mitarbeitern wurde ein „Verein Kinderschule“ gegründet, der die Grundlage zu einer eigenständigen, unabhängigen Kinderarbeit bilden soll. An eine Kinderarbeit in vernünftigen Bahnen ist momentan allerdings nicht zu denken (ohne Räume, Material usw.). Der Verein soll jetzt sowohl die räumlichen wie die finanziellen Grundlagen hierfür schaffen. Vertriebsorganisation KB/Gruppe Bremerhaven

## Ausschlüsse aus der Gewerkschaft HBV

Die Gewerkschaft HBV (Handel, Banken und Versicherungen) hat sich anfangs bei der DGB-offiziellen Politik der Ausschlüsse unliebsamer, kritischer und linker Kollegen noch etwas Zurückhaltung angedeutet. Diese Zeit ist jetzt endgültig vorbei: Ein Gewerkschaftsausschluß in Hamburg, massive Drohungen in dieser Richtung gegen zahlreiche weitere fortschrittliche Kollegen. In München laufen 3. Zt. Ausschlussverfahren gegen neun aktive Gewerkschafter der HBV. Dann haben die Kollegen der „Fachgruppe Buchhandel und Verlage“ in der HBV ein Schreiben veröffentlicht, das wir hier abdrucken:

Fachgruppe Buchhandel und Verlage in der Gewerkschaft HBV, München

Rundschreiben an alle Fachgruppen Buchhandel und Verlage

31.5.74

Liebe Kollegen,

Nun ist eingetroffen, was seit den „Abgrenzungsbeschlüssen“ zu erwarten war: Hosenjagd auf kritische Gewerkschaftsmitglieder. Insgesamt 9 Kollegen der HBV München – davon allein 6 aus der Fachgruppe Buchhandel und Verlage – haben vom Hauptvorstand aus Düsseldorf eine Ausschlussandrohung erhalten. Der Text lautet wie folgt:

„Von unserer Ortsverwaltung München liegen uns folgende Informationen vor, die den Schluß zulassen, daß Sie einer linksextremen Organisation angehören, deren Mitgliedschaft nicht mit einer Mitgliedschaft in unserer Organisation nach § 11 Ziffer 2 unserer Satzung vereinbar ist.“

Unser Gewerkschaftsausschuss hat auf Grund eines Beschlusses des DGB-Bundesvorstandes vom 3.10.73 festgestellt, daß Mitglieder der KPD, der KPD/ML, der „Revolutionären“ bzw. „Roten Gewerkschaftsopposition“ oder der sogenannten Arbeiter-Basis-Gruppen aus unserer Organisation auszuschließen sind.

Vorausgesetzt, daß unsere Annahme richtig ist, fordern wir Sie hiermit auf Ihre Mitgliedschaft in der links-extremen Organisation umgehend zu kündigen und uns die Durchschrift Ihres Kündigungsscheins zuzusenden. Sollten Sie die Kündigung nicht vornehmen oder auf den heutigen Brief innerhalb von 14 Tagen nicht antworten, so sind wir leider gezwungen, bei unserem Hauptvorstand Antrag auf Ausschluss aus unserer Organisation zu stellen. Als Anlage erhalten Sie unsere Satzung sowie eine Abschrift des Beschlusses des DGB-Bundesvorstandes vom 3.10.73.“

In diesem Schreiben werden also wieder die Informationen genannt, die angeblich der Ortsverwaltung vorliegen, noch ist angegeben, bei welcher von diesen aufgeführten Organisationen eine Zugehörigkeit vermutet wird.

Diese Ausschlussandrohungen gegen 9 Kollegen einer Ortsverwaltung – die alle aktive Gewerkschaftsarbeit leisten (eine Kollegin, Dagmar Fries, ist Vorsitzende der Fachgruppe Buchhandel und Verlage), ist wohl das schwerste Geschick, das seit Bestehen dieser Beschlüsse aufgefunden wurde.

Am meisten bedrückt uns die Vorgehensweise:

a) wurden die der Ortsverwaltung angeblich vorliegenden Informationen



## Krone, Westberlin: UNVERSCHÄMT VORSTOSS DER GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG

Vor kurzem haben die reaktionären Gewerkschaftsfunktionäre bei der Firma Krone (Formelstechnik, ca. 3.000 Beschäftigte) einen erneuten Versuchsausschuss gestartet. BR-Vorsitzender Thimm und VLK-Vorsitzender Kroesen (SEW!) fordern in einem im Betrieb verteilten Pamphlet, daß jedes Gewerkschaftsmitglied eine Erklärung unterschreibt, die besagt, daß er keiner „gegenständlichen Organisation angehört oder für sie tätig sein wird“.

Dies provokatorische Schreiben wurde als Test von rechten Vertrauensleuten an Vertrauensleute und auch an Linke im Betrieb verteilt. Es wurde aber noch nicht gezielt allen Kollegen gegeben und es wurden auch noch keine Unterschriften gefordert. Man muß annehmen, daß die Herren Verfasser im Auftrag der Gewerkschaftsführung erst einmal die Reaktion der Kollegen und speziell der Linken im Betrieb testen wollen.

Dieses Vorgehen stellt eine neue Qualität der Taktik der Gewerkschaftsführung gegen fortschrittliche Kollegen und einen weiteren Schritt zum Abbau der Demokratie in der Gewerkschaft dar. Es reicht der Gewerkschaftsführung nicht mehr, das Mittel der Reverse gegen einzelne fortschrittliche Kollegen anzuwenden, sie wollen eine Loyalitätserklärung aller Gewerkschaftsmitglieder haben. Wer nicht unterschreibt, kann mit dem Ausschuß rechnen. Wir haben immer schon aufgezeigt, daß die Reverse-Politik direkt auf die Spaltung der Gewerkschaft abzielt.

An diesem Vorstoß bei Krone wird dieses Ziel der Gewerkschaftsspaltung noch deutlicher. Aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden sollen nicht nur Kommunisten und Kollegen, die mit den Kommunisten sympathisieren, sondern auch jeder Kollege, der unter bestimmten Umständen zu einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit sein könnte. Wenn man bedenkt, daß die Arbeiterklasse unter der faschistischen Hitler-Diktatur und später nach Ende des zweiten Weltkrieges für die Einheitsfront von kommunistischen und sozialdemokratischen Kollegen und speziell für die Einheitsgewerkschaft gekämpft hat, wird die Unverfrorenheit dieser Politik noch klarer.

In der Begründung für ihr Vorgehen, stellten Thimm und Kroesen diese Reversepolitik in den direkten Zusammenhang zum Gewerkschafts-Tag der IG-Metall, der im Herbst in Hannover stattfinden wird. Wollen diese Arbeiterverräter ihren Kumpeln vom Bundesvorstand die Spaltung der Gewerkschaft bei Krone als Geschenk zum Gewerkschafts-Tag präsentieren?

Diese Politik der Gewerkschaftsführung hat bei Krone eine besondere Tradition. Seit mehreren Jahren versuchen die Kapitalisten systematisch die Linken aus dem Betrieb zu „säubern“. Bei diesen Versuchen der Geschäftsleitung haben die Gewerkschaftsführer bei Krone mehr als nur Handlangerdienste geleistet, und SEW-Mitglied Kroesen immer mit dabei.

Dieses Vorgehen gegen die Linken hat einen besonderen Grund: Es gibt Anzeichen, daß die Firma in Kürze an Siemens, ABG oder SEL verkauft werden soll. Wir wissen, daß mit dem Verkauf einer Firma immer Produktionsverlagerungen, Rationalisierungen und Entlassungen verbunden sind. Davor wollen die Kapitalisten sich möglichst die Linken vom Hals schaffen. Die Kapitalisten haben in Zusammenarbeit mit den reaktionären Gewerkschaftsfunktionären vor zwei Jahren begonnen, den Betrieb zu „säubern“.

1972 wurden aufgrund verschiedener Ereignisse im Betrieb elf fortschrittliche Kollegen in den BR gewählt (also fast die Hälfte der 23 BR-Mitglieder).

„Harte Auseinandersetzungen im BR gab es oft wegen Kündigungen, Entlohnungsfragen und über Art und Umfang der Information der Belegschaft. Gerade in der Frage der Verhinderung von Kündigungen und der Information der Kollegen über die BR-Arbeit hatten die fortschrittlichen Kollegen große Erfolge zu verzeichnen.“ (aus: „Arbeitervorteile in der BRD“, Dokumentation einer Auseinandersetzung um eine außerordentliche BR-Wahl bei Krone Wb, herausgegeben von Gewerkschaften bei Krone).

Der Versuch von acht rechten Betriebsräten im März 73, einen fortschrittlichen Kollegen aus dem BR rauszuwerfen, endete mit einer Ab-

stimmungs-niederlage. Daraufhin traten die acht BR's zurück. Um einer Neuwahl nicht im Wege zu stehen, gaben noch weitere vier Mitglieder ihren Rücktritt bekannt. Mit dem Mittel der Neuwahl hofften die Hüter der reaktionären Linie der Gewerkschaftsführung, die Linken erst einmal auf „elegante“ Art aus dem BR zu feuern. Ihnen kam zu Gute, daß die Linken es handelte sich hierbei wesentlich um eine Betriebsgruppe der ehemaligen FL/PI und die „KPD“ noch nicht lange bei Krone gearbeitet hatten und nicht so bewußt von den Kollegen gewählt worden waren, daß man jetzt unbedingt damit rechnen konnte, daß die Kollegen sie weiter unterstützen würden. So rechnete z.B. die OV damit, daß die Linken nur 1% der Stimmen bekommen würden. Um die Linken zu isolieren und von vornherein vor den Kollegen als Gewerkschaftsfeinde hinzustellen, hatten sie die linken Kandidaten nicht auf die offizielle „IGM-Liste“ aufgenommen, sodaß es zu einer Listenwahl mit einer zweiten, fortschrittlichen Liste kam.

Das offensive Auftreten der 2. Liste und die breite Auseinandersetzung mit der Betriebspolitik der Liste 1, das Aufzeigen ihrer Funktion als Handlanger der Krone-Kapitalisten an verschiedenen konkreten Beispielen, hatte eine hohe Wahlbeteiligung (72% gegenüber 66,4% der Vorjahrs BR-Wahl) zur Folge. 34% der Kollegen wählten die Liste 2. Zwar hatte die Liste 1 die absolute Mehrheit erhalten, aber der Versuch, die fortschrittlichen Kollegen aus dem BR zu werfen, war gescheitert. Aber mehr noch: Unter den Kollegen hatte sich auch einiges getan. Durch die offene Auseinandersetzung war ihnen die Alternative – Liste 1 oder Liste 2 – „sozialpartnerschaftliche“ Zusammenarbeit mit den Kapitalisten oder eingeständliche Klassenpolitik und Klassenkampf – klarer geworden, sodaß sie die Kollegen der Liste 2 viel bewußter gewählt haben als noch vor einem Jahr.

Damit war erst einmal der Höhepunkt der Bewegung bei Krone erreicht. Aber die Kapitalisten hatten schon ihren nächsten massiven Angriff gegen die Belegschaft geplant. Die Belegschaft sollte um 10% verringert werden: 300 Kollegen sollten weg! Um nicht beim Arbeitsamt die Kündigungen anmelden zu müssen (mehr als 49 Kündigungen sind meldepflichtig), hatten die Krone-Kapitalisten viele Tricks drauf:

Ausländische Kollegen reichten nach einer „Unterredung“ mit dem Personalchef „freiwillig“ ihre Kündi-

gungen ein. Viele deutsche Kollegen kündigten auf Grund der Verunsicherung, und dann wurde von den Kapitalisten gekündigt: Sympathisanten der Liste 2, die während der Wahlkampagne aufgefallen waren, ältere Kollegen, besonders Frauen und alle Halbtagskräfte.

Um den Kapitalisten zu helfen, hatten sich der BR-Vorsitzende Thimm (Liste 1) und sein Stellvertreter Heide („altdienster“ BR-Vorsitzender und Intimfreund der Familie Krone) etwas ganz besonderes ausgedacht: Damit die Betriebsräte der Liste 2 keinen Einblick in die Kündigungen erhielten, richteten Thimm und Heide einen sogenannten „Ausschuß für personelle Einzelmaßnahmen“ ein, auf deutsch einen Kündigungsausschuß, der natürlich nur mit Mitgliedern der Liste 1 besetzt war. Bevorstehende Kündigungen wurden von nun an nicht mehr im gesamten Betriebsrat besprochen, sondern dem Ausschuß übergeben, der natürlich der Geschäftsführung ergeben seines Amtes walte und mit Vorliebe Kündigungen gegen Kollegen, die politisch aufgefallen waren, unterschrieb.

(Inzwischen wurde dieser Ausschuß auch vom Berliner Arbeitsgericht für rechtens erklärt. Ein linkes BR-Mitglied hatte gegen seine Einrichtung geklagt.)

Verstärkt wurde die Verunsicherung der Kollegen durch die bürgerliche Kampagne anläßlich der Ölkrise. Um die Gefahren der Energiekrise zu illustrieren, hatte die Geschäftsleitung im Betrieb die Heizungen drosseln lassen.

Auf diesem Hintergrund gelang es der Geschäftsleitung auch, den zusätzlichen „Sozialklimbim“ (Ausdruck der GL) ohne nennenswerten Widerstand der Kollegen zu streichen. Das Weihnachtsgeld wurde gekürzt. Nur der tariflich abgesicherte Mindestbetrag wurde ausbezahlt, die Erfolgsbeteiligung wurde gestrichen und der Werkbus wurde eingesperrt.

Betriebsrat Heide übernahm dann wieder eine besonders schmutzige Rolle in der „konzertierten Aktion“ gegen die Kollegen. Er stellte vor dem Arbeitsgericht Antrag auf Ausschuß der Liste 2 aus dem Betriebsrat. Begründung:

1. Vorsätzliche Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Mehrheit des BR.
2. Veranstaltung von „Volksbefragungen“.
3. Vorsitzliche, z.T. wiederholte, pflichtwidrige Verletzung gesetzlicher Pflichten.
4. Vorsitzlicher, grober Mißbrauch des Betriebsratsamtes zum Schaden des BR.

den des Betriebsrats (!)  
5. Ungerechtfertigte, gehässige Diffamierung von Betriebsratsmitgliedern.

6. Aufruf zu Kampfmassnahmen.  
Ein Antrag von Heide auf eine einstweilige Verfügung, daß alle BR-Mitglieder der Liste 2 bis zum Urteilspruch des Arbeitsgerichts nicht an BR-Sitzungen teilnehmen dürfen und ihre Rechte und Pflichten ruhen, wurde allerdings vom Arbeitsgericht zurückgewiesen.

Die OV der IGM hatte sich nicht lumpen lassen und schon den Gewerkschaftsausschuß gegen alle Kandidaten der 2. Liste beantragt, wegen Kandidatur auf der 2. Liste gegen die offizielle IGM-Liste.

In der Zwischenzeit sind die Gewerkschaftsausschüsse verfahren gelassen. Ein großer Teil der Betriebsräte wurde ausgeschlossen, bei einem vierteil sich heraus, daß er überhaupt nicht der Gewerkschaft angehört, einige andere, die sich in der letzten Zeit den Angriffen der Kapitalisten und der Gewerkschaftsführung gebogen hatten, blieben – sozusagen auf weitere „Bewährung“ – in der Gewerkschaft.

Aber auch mit diesen Maßnahmen hatte die „konzertierte Aktion“ die Kollegen nicht zum Schweigen gebracht und nicht alle fortschrittlichen Kollegen zum Kündigen aufgeperspirt. Das zeigte sich auf der Betriebsversammlung im Februar, wo Geschäftsführung und Betriebsrat (Liste 1) heftig von den Kollegen angegriffen wurden.

Allerdings zeigte sich hier auch, daß GL und reaktionäre BR's mit ihrer Spalterpolitik auch einen nicht zu unterschätzenden Erfolg gehabt hatten. Ein BR-Mitglied der Liste 2 hielt eine Rede, mit der sich sogar der BR-Vorsitzende einverstanden erklärte, und viele Kollegen verließen die Versammlung resigniert.

Der Versuchsausschuß des SEW-Mitglieds Kroesen, Reversen für jedes Gewerkschaftsmitglied verbindlich zu machen, ist das nächste Glied in der Kette von Versuchen, die Fa. Krone zu säubern.

Nicht zufällig rief die Gewerkschaftsführung zur 1. Mai-Demonstration mit der Parole „Überlassen wir die Straße nicht den Feinden der Demokratie“ auf. Im Klartext heißt das: „Überlassen wir die Betriebe und den Staat nicht den Feinden der Kapitalisten“. Das ist die „Kampfpapole“ der Gewerkschaftsführung. Dem müssen wir die geschlossene Kampffront der Arbeiter gegen die Kapitalisten und alle ihre Handlanger in der Arbeiterbewegung entgegenzusetzen.

Genossen des KB/Gruppe Westberlin

## IG-Chemie Hamburg: EIN BISSCHEN DEMOKRATIE IST SCHON ZUVIEL Linke Kollegin aus Tarifkommission gefeuert

Auf dem letzten Gewerkschaftstag der IG-Chemie (im September 72) kam gegen den Willen des Hauptvorstandes ein fortschrittlicher Beschluß – der einzige – zustande, der eine stärkere Beteiligung der gewerkschaftlichen Vertrauensleute bei Tarifrunden beinhaltete: während bisher die Mitglieder der Tarifkommissionen von den örtlichen Verwaltungsräten vorgeschlagen wurden und die Vertrauenskörper diese nur bestätigen konnten, konnten die Vertrauensleute jetzt ihre Tarifkommissionsmitglieder selbst wählen. Allerdings galt die Einschränkung, daß sie der örtliche Vorstand bestätigen muß – oder auch nicht.

Von diesem Beschluß wurde von interessierter Seite sehr viel Aufhebens und Wirbel gemacht (vor allem von links-sozialdemokratischer Seite, aber auch von Seiten verschiedener Berufsoptimisten wie den damaligen Führern des NKF, heute KBW-Führer) und – da nunmal beschlossen – versucht auch die Gewerkschaftsführer diese einzigartige demokratische Errungenschaft der IG-Chemie ins rechte Licht zu rücken.

In der Praxis allerdings bemühten sich die Gewerkschaftsführer, die Wahl fortschrittlicher TK-Mitglieder zu verhindern und – wo dies nicht gelang – sie in den Tarifkommissionen selbst „unschuldig“ zu machen, indem sie diese Kollegen durch konzentrierte Angriffe und Diffamierungen völlig isolierten und in die Rolle

der „Dauer-Querulanten“ drängten. Der Rauschmiß eines fortschrittlichen Kollegen aus der Hamburger Tarifkommission während der zweiten Verhandlung mit den Kapitalistenvertretern (am 27.5.) hat nochmal deutlich gemacht, daß dieses neue „demokratische“ Recht durchs kein Schritt auf dem Weg zu der vielgepriesenen „kontinuierlichen Demokratisierung der Gewerkschaften“ ist, wie es z.B. die Strategien des linkssozialdemokratischen „Sozialistischen Büros“ damals der interessierten Arbeiterschaft weismachen wollten. Bei Bedarf wird dieses Recht mit Füssen getreten und „Ruhe und Ordnung“ wieder hergestellt: Wer die Macht hat, hat das Recht.

Übrigens: Falls es tatsächlich einmal zu der – sehr unwahrscheinlichen – Situation kommen sollte, daß irgendeine Tarifkommission einen Beschluß faßt, der nicht auf der Linie des Hauptvorstandes liegt, hat sich dieser per „Tarifrichtlinien“ das Recht gesichert, einzugreifen und der Verhandlungsführer kann den Beschluß so lange „aussetzen“, bis die Sache zur Zufriedenheit der Gewerkschaftsführer „geklärt“ ist.

Völlig unnäsig wäre es auch, anzunehmen, daß sich durch die direkte Wahl der Tarifkommissionsmitglieder irgend etwas am Charakter der Tarifverhandlungen geändert hätte. Die „Empfehlungen“ des Hauptvorstandes bezüglich der aufzustellenden Forderungen werden weiterhin nach Kräften in den Tarifkommissio-

nen bzw. schon in den Vertrauenskörpern durchgesetzt. Die Loh- und Gehaltsabschlüsse werden nicht im Kampf und brutaler Mobilisierung der Kollegen erreicht, sondern per „konzertierter Aktion“ und anderer Maschelebens zwischen Kapitalisten und Gewerkschaftsführung im Vorhinein festgelegt.

Was danach als „harter Kampf um Prozente“ ausgegeben wird, dient nur noch der Irreführung der Kollegen und dem Zur-Schau-Stellen „freier, unabhängiger“ Verhandlungen zwischen den Tarifpartnern.

Die gefeuerte Kollegin – Vertreterin der Fa. Promonta – hatte diese unehrliche Schau, die auch den Tarifkommissionsmitgliedern vorgeplant wurde, in einem ironischen Schreiben, das sie in der Tarifkommission verteilte, angegriffen. Doch Engelmoir (Bezirksleiter), Walter Holst (Vorsitzender der Hamburger Verwaltungsstelle) und andere füllten sich so sehr auf ihre Arbeitnehmervertreterzehen getreten, daß sie die Kollegin sofort rauswarfen.

Dies ist das Schreiben:

„An die Kollegen der Hamburger Tarifkommission“

Kolleginnen, Kollegen, wenn ich in der Tarifkommission oft mal Kritik an verschiedenen Kollegen und ihrem Vorgehen geäußert habe, so müßt ihr mir das verzeihen.

Die letzte Sitzung, auf der mit den Unternehmern verhandelt wurde, hat mich überzeugt, daß ich die Dinge bisher völlig falsch gesehen habe. Solch eine Einigkeit (mit Edgar Engelmoir), solch einen Kampfeifer, solch eine Unnachgiebigkeit hatte ich bisher noch nicht erlebt. Und wenn unsere kleine Verhandlungskommission dann vom Schlachtfeld (so darf ich es wohl mal nennen) zurückkehrte, dann habe ich die Kollegen vom Bezirks- und Verwaltung-

stellenvorstand gar nicht wiedererkannt. Abgekämpft waren sie, aber nicht müde und nicht kleinzufragen. Edgar hatte häufig noch ein paar Schweißperlen auf der Stirn, aber er war frohen Mutes und zu neuen Taten entschlossen. Ja, ohne Edgar wären wir alle aufgeschmissen. So wie er kann es den Arbeitgeber geben. Wie er die s.B. dazu gewinnen hat, uns das Abendessen in den Sitzungsraum zu schicken – war anders hätte so viel Mut gehabt?

Ich dachte zwar manchmal, wer ist diese kleine Tarifkommission eigentlich – wenn jetzt ein paar tausend Kollegen vorm Tor stehen würden oder zehntausend streiken, dann hätten wir wenigstens was im Rücken. Aber schließlich bin ich auch von diesem Gedanken abgekommen, denn die Arbeitgeber verwickeln sich immer mehr in Widersprüche und ihr Widerstand wurde je auch so immer schwächer. Die haben ja sowieso nur zwei schlechte Köpfe, wie Edgar sagte, die anderen sind alle Schafe. Und mit denen sollen wir es nicht aufnehmen können?

Zwischendurch habe ich auch mal gedacht, eigentlich würde ich ja mal gern wissen, was die kleine Verhandlungskommission da mit dem Arbeitgeber fünfmal zwei Stunden lang redet. Aber das war ja völlig überflüssig, weil Edgar hinterher immer einen Bericht machte, der so anschaulich war, daß wir manchmal Tränen lachen mußten, wie die Arbeitgeber wieder abgegrüßt worden waren.

Denn habe ich auch mal gedacht, wieso wird die ganze Verhandlung denn bis in die Nacht in die Länge gezogen. Was soll denn bei den ganzen Pausen, die zwischendurch eingelegt wurden, an neuen Standpunkten entwickelt werden. Aber da hatte ich die Verhandlungstaktik unserer führenden Tarifkommissionsmitglieder noch

nicht durchschaut. Denn die gehen mit psychologischer Kriegsführung vor und darauf sind die Arbeitgeber offenbar nicht gefaßt gewesen. Das scheint ihr schwacher Punkt zu sein. Und deshalb bin ich auch diesmal gerne bereit, bis in die Nacht durchzuhalten und ruhig in meine Skatkarten zu schauen, wenn so ein Unternehmernacht vorbeigeht, als wenn mich das alles gar nicht kümmert. Das macht sie offenbar sehr unsicher. Und wenn es der Sache dient, bitte.

Ich habe noch etwas viel Schlimmeres gedacht. Ich müßt mir auch das vorstellen. Ich habe zu Anfang gedacht, was soll bei dieser Verhandlung schon Neues herauskommen. Andere Tarifbestriebe haben schon abgeschlossen, das steht doch sowieso schon alles fest – Lohnleitlinien und so. Aber wie sehr man sich täuschen kann. Wenn alles schon feststehen würde, dann brauchte man ja nicht so lange zu verhandeln. Das ist doch logisch.

Ich glaube jetzt ganz fest, daß wir die Unternehmer klein kriegen und wenn wir uns noch ein paar Nächte um die Ohren schlagen müssen. Das muß man schon auf sich nehmen, wenn man ein so schwieriges Amt übernimmt. Schließlich ist die Unternehmer ja auch nur Menschen und brauchen auch ihren Schlaf. Wenn wir abends nur lange genug durchhalten, dann unterschreiben sie vielleicht wichtigste unsere Forderungen.

Aber die Unternehmer wollen es uns in Hamburg offenbar zeigen. Da wird es schon ein Erfolg, wenn wir den Abschied wie in den anderen Betrieben hinkriegen, oder?

Wenn wir so weiter machen, werden die Kollegen im Betrieb sicher sehr zufrieden mit uns sein.

Ganz in diesem Sinne  
R.H.\*



# DAS 'GEWERKSCHAFTSKABINETT'

„Die SPD hat nun in der Regierung ihre große Aufgabe... Die engen Verbindungen zwischen SPD und den Gewerkschaften, die bisher als Einfluß der Gewerkschaften auf die Sozialpolitik der SPD in Erscheinung traten, müssen jetzt umgekehrt die Einflußnahme der SPD auf die Gewerkschaften ermöglichen.“ („IndustrieKurier“, bereits 24.1.67!)

Ein „Bonner Gewerkschaftskabinett“, „Schmidt's Labour-Kabinett“, so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse nach der Bildung der neuen Bundesregierung. Besonders hervor tat sich hierbei der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der seine seit längerem verbreitete Schreckenspropaganda von der „gewerkschaftlichen Machtergreifung“ und dem „Gewerkschaftsputsch“ angeblich bewiesen sieht.

Anlaß zu solchen Kommentaren ist das Heranziehen weiterer antierischer oder ehemaliger Gewerkschaftsführer in die neue Regierung: Matthöfer und Ruhnau von der IG Metall, Gscheide von der Postgewerkschaft (er war Kandidat für den DGB-Vorstand) und den Gewerkschaftsspezialisten der SPD, Helmut Rohde, der Vorsitzende der SPD-Arbeitnehmergemeinschaft für Arbeitnehmerfragen ist.

Sie gemessen sich zu zwei schon seit Jahren antierenden Ministern aus den Reihen der Gewerkschaftsführung: Verteidigungsminister Leber (IG Bau) – ein unter Rechten angesehener und geschätzter Staatschützer – und Arbeitsminister Arendt (IG Bergbau). Beide hielt Helmut Schmidt für geeignet, seinen schärferen Regierungskurs in ihren Wirkungsbereichen weiter zu vertreten.

## Hetze gegen die Gewerkschaften als Klassenorganisation der Arbeiter

Wenn heute die Kapitalisten, die reaktionäre Presse sowie die CSU, CDU die drohende „gewerkschaftliche Machtergreifung“ in „Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ (BDA-Präsident Schleyer) beschwören, dann nicht etwa, weil sie eine derartige Gefahr wirklich sehen. Sie zielen mit derartigen Schreckensvisionen ganz bewußt auf Vorurteile und Ängste des Kleinbürgertums, das ebenfalls bedroht von kapitalistischer Konzen-

tration und Monopolisierung, die Ursachen für seine Existenznot in den maßlosen Forderungen „der Arbeiterklasse und der „Mächtigen“ der Führer ihrer Gewerkschaften finden soll.

Im Sinne einer faschistischen Formierung von Teilen des Volkes soll eine anti-gewerkschaftliche, feindliche Stimmung gegenüber der Arbeiterklasse und ihren berechtigten Forderungen geschaffen werden.

So verfuhr die Bourgeoisie bereits während des Fluglotsenstreiks, so verfuhr sie besonders auch während des Streiks im Öffentlichen Dienst. Ihre Kampagnen verband sie mit Forderungen nach Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte (Streikrecht) bis hin zur Abschaffung der Gewerkschaften. Doch auch in den Reihen der Werktätigen selber werden anti-gewerkschaftliche Einbrüche versucht. Die Stimmenverluste des DGB bei den „Sozialwahlen“ (vgl. Artikel in diesem ARBEITERKAMPF) sind der Bourgeoisie und ihrer Presse willkommen. Anlaß, ihre Kampagne fortzusetzen. Unter der Überschrift „Abfuhr für den DGB“ schreibt dazu die „Welt“ vom 5. Juni: „Das Ergebnis der Sozialwahlen muß bei der Beratung des Parlaments über die Mitbestimmung in den Unternehmen berücksichtigt werden. Hier liegt eine demokratische Wahlweisung gegen die Machterweiterung der sozialistischen Einheitsgewerkschaft vor. Die Angestellten haben ihre Rolle als selbständiger Faktor unterstrichen.“

In ähnlichem Sinne äußerten sich CDU-Führer nach dem Regierungswahl. CDU-Führer Kohl erklärte den DGB zur „Hilfsorganisation der SPD“, und der CDU-Vorsitzende von Nordrhein-Westfalen, Köppler, „wenn die gegenwärtigen Führer des DGB in diesem Zusammenhang mit scharfen Worten, sie müßten sich „darüber im Klaren sein, daß es zur Einheitsgewerkschaft Alternativen gibt“. Die Alternative liege in Abstinenz der Mehrheit der Arbeitnehmer gegenüber den Gewerkschaften“, wenn diese sich völlig auf eine Partei festlegten.“ („Süddeutsche Zeitung“ vom 20.5.74).

Unter dem Deckmantel „parteiloser Neutralität“ zielen die CDU-Führer auf eine völlige Enttarnung der Gewerkschaften als Interessenvertretung und Klassenorganisation, und damit letztlich auf eine Abschaffung der Gewerkschaften. Sie machen sich dabei die wachsende Unzufrieden-

heit mit der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zunutze.

## Das „Gewerkschafts-Kabinett“ soll „die Konflikte überspielen“

Während die Bourgeoisie auf der einen Seite ihre anti-gewerkschaftliche, arbeiterfeindliche Hetze verstärkt, weiß sie andererseits die Regierungs-beteiligung von Gewerkschaftsführern sehr wohl zu schätzen. Sie erwartet – und das ist die einzige Chance, die sie der neuen Bundesregierung gibt, bedingungslos Durchsetzung ihrer Interessen. So reagiert denn auch die „Industrie“ teils befriedigt, teils besorgt: „(Handelsblatt“ vom 20.5.) auf die Regierungserklärung. Von den Gewerkschaftsführern erwartet sie, daß diese „die Konflikte überspielen“. Ob diese Taktik des neuen Kanzlers, so weit sie das Kabinett betrifft, erfolgreich sein wird, muß sich zeigen. Zwar könnte das „Gewerkschaftskabinett“ Schmidt bei den Arbeitnehmerorganisationen in jenen Fragen, in denen erfahrungsgemäß mit gewerkschaftlicher Kritik gerechnet werden muß, den Rücken freihalten.“ („Unternehmerbrief des BDI“ vom 23.5.74).

In der Tat: die Regierungs-Gewerkschaftsführer sollen das Ihre tun, um den schärferen Regierungskurs zu Lasten der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften abzusichern und zu erwartenden Widerstand so gering wie möglich zu halten. Hierin muß sich die neue Bundesregierung zunächst noch bewähren, ehe sie die volle Gnade der Kapitalisten finden kann.

So erklärt sich, daß Helmut Schmidt nur einen Tag nach der Regierungserklärung den DGB-Vorsitzenden Vetter und die Vorsitzenden der 16 DGB-Gewerkschaften empfing. Vetter erklärte hinterher offen: „Es habe „keine Differenzen“ gegeben. Der erste Schritt der neuen Regierung in die Öffentlichkeit über den Bundestag hinaus habe „Symbolkraft“, weil darin das Verhältnis der Bundesregierung zur Arbeitnehmerschaft als Ganzes zum Ausdruck gekommen sei.“ („Welt“ vom 20.5.74).

Neben dieser „symbolischen Repräsentanz der Arbeitnehmer“ in der Regierung, wird das unmittelbare Eingreifen der Gewerkschaftsführer in ihren Arbeitsbereichen zur Min-

derung von Widerständen angestrebt. – Gscheide als Postminister hat die Aufgabe, die Bundespost aus den roten Zahlen herauszuführen, zum einen durch weitere Preiserhöhungen, vor allem aber auch durch umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen. Er bietet sich für diese Aufgabe geradezu an. Als ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Postgewerkschaft kennt er die Pläne und Probleme, vor allem aber auch die Widerstände seitens der Postler.

– Rohde als Bildungsminister erhält als Gewerkschaftsbeirat die besondere Aufgabe, energisch (nicht so zaghaft wie Dohnanyi) die „Reform der beruflichen Bildung“ durchzusetzen und die Stufenabschließungspläne der Kapitalisten zu verwirklichen. – Ruhnau schließlich kennt alle Schliche des Betrugs an der Arbeiterklasse: sowohl als Hamburger IGM-Bezirksleiter, als auch als Arbeitsdirektor bei der coop und Polizeisenator hat er dabei reichlich Erfahrungen gesammelt.

## Nicht das Gewerkschaftsbuch – die Politik zählt!

Die Gewerkschaftsführer haben der Regierung ihre bedingungslose Unterstützung zugesagt. Vetter konnte „keine Differenzen“ feststellen und der IGM-Führer Loderer sagte zur Regierungserklärung: „In der Tat decken sich Ziele, Zwischenbilanz und Schwerpunkte der neuen Bundesregierung im Grundsätzlichen weitgehend mit den kurzfristigen gewerkschaftlichen Vorstellungen.“ („Metall“ vom 28.5.74).

Die „Beweisführung“ hierfür tritt das DGB-Organ „Welt der Arbeit“ vom 24.5. an. Dort heißt es unter der Überschrift: „Es gibt gute Gründe, die Regierung zu unterstützen“:

„Helmut Schmidt hat eine Regierung gebildet, in der viele – gewerkschaftlich aktive – Arbeitnehmer (!!) sitzen. Der ausgewählte Kanzler und sein Stellvertreter haben wenige Stunden nach der Regierungserklärung das Gespräch mit der Spitze des DGB gesucht. In beiden Entscheidungen kommt zum Ausdruck, daß dieses Kabinett prononciert eine Politik für Arbeitnehmer machen und dabei den Interessen der großen Mehrheit des Volkes gerecht werden will. Die Gewerkschaften haben Anlaß, diese Absicht mit Beifall und Freude zur Kenntnis zu nehmen.“

So ist das also. Allein die Tatsache, daß ein paar Gewerkschaftsführer in der Regierung sitzen, daß sie mit Schmidt einen ausschauenden, soll Beweise für eine „Arbeitnehmer-Politik“ dieser Regierung sein.

Maßstab hierfür sollten allerdings Pläne und Handlungen dieser Regierung sein, und die sprechen eine andere Sprache. Sie machen deutlich, daß gerade eine schärfere Gangart gegen die Arbeiterklasse den Regierungskurs bestimmt und darüber können auch noch so hoch gehaltene Gewerkschaftsbücher nicht hinwegtäuschen.

Einmal mehr erweisen sich die Gewerkschaftsführer als treue Agenten der Kapitalistenklasse. Ihre Zustimmung zur Regierung Schmidt/Genscher und deren Programm ist die Zustimmung zur Politik der Kapitalistenklasse. Sie ist der Verzicht auf die Durchsetzung von Forderungen der Arbeiterklasse – sie geht sogar soweit, Maßnahmen gegen die Bevölkerung direkt mit zu tragen.

Diese Loyalität der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zur neuen Regierung wird auch die Auseinandersetzung in den Gewerkschaften verschärfen.

Matthöfer  
KB/Gruppe Hamburg



Bundeskanzler, Vizekanzler und DGB-Chef: „In allen Fragen einig...“

Zum besseren Verständnis dieses Schreibens: Die Tarifkommission verhandelt nicht insgesamt mit den Kapitalistenvertretern, sondern „wählt“ eine Verhandlungskommission (4 – 6 Mann), was in der Regel so vor sich geht, daß die „zuverlässigsten“ Leute (hauptsächlich Sekretäre, auch mal Betriebsratsvorsitzende) vorgeschlagen und wegen eindeutiger Mehrheitsverhältnisse zugunsten der Rechten (die auch jederzeit manipulativ hergestellt werden können) auch bestätigt werden.

Während diese Verhandlungskommission nun mit den Kapitalistenvertretern in langatmige Wortgefechte eintritt, sitzen die anderen TK-Mitglieder herum und warten. Diese TK-Mitglieder haben ohnehin nur die Kulisse für das Geschehen abzugeben und sind nichts als Statisten. Der Verlauf der Verhandlungen liegt fest in den Händen der „kleinen Kommission“, der Gewerkschaftsführer.

Die Taktik bei solchen Verhandlungen ist immer dieselbe: Die Kapitalisten-Vertreter schalten zu Anfang auf stur, machen entweder ein ganz niedriges Angebot oder weigern sich, über einen Teil der Forderungen überhaupt zu verhandeln. Daraufhin ist die Tarifkommission erst einmal empört, muß aber „sich einlassen“, daß sie es mit einem harten Gegner zu tun hat und sich auf Kompromisse einlassen muß. Nun beginnt das „Ringens“ um Zugeständnisse der Unternehmervertreter. In Hamburg dauerte der Spuk zweimal 16 bis 18 Stunden. Zum Schluß hat fast jeder den Überblick über die einzelnen Stationen der Verhandlung verloren, ist müde und hofft auf das Ende der Tortur. Zum Schluß erscheint dann ein Endergebnis von 12 %, mindestens 133 Mark, wie es dieses Jahr Bezirk für Bezirk – so auch in Hamburg – abgeschlos-

sen wurde, noch als „Erfolg“.

Wozu dieses Schattenboxen, mag man sich fragen. Einmal dient es natürlich der Glaubhaftigkeit gegenüber den Kollegen. Wenn alles ganz platt über die Bühne gehen würde und nach zehn Minuten – was objektiv durchwegs möglich wäre – das Ergebnis feststehen würde, dann kämen viele Kollegen sehr schnell dahinter, daß ihnen hier nur etwas vorgespielt wird. Zum anderen soll wohl auch jedem einzelnen Sozialdemokraten in der Tarifkommission von Zeit zu Zeit das Gefühl vermittelt werden, daß er kämpft und sei dieser Kampf auch kühnlich herbeigeführt.

Der Tarifkommission kommt insoweit eine besondere Bedeutung innerhalb der gewerkschaftlichen Gremien zu, als sie – in der Regel – das höchste Entscheidungsorgan in Lohn- und Gehaltsfragen ist und den Schein von Demokratie besitzt. Man kann immer sagen: Eure Vertreter haben beschlossen... Die Gewerkschaftsführer sitzen daher alles daran, nur ausgefuchste oder zumindest loyale Sozialdemokraten in dieses Gremium zu bekommen. Nun hat die Hamburger Tarifkommission eine gewisse „Durchlässigkeit“ bezüglich der Information der Kollegen im Betrieb erhalten, dadurch, daß einige wenige fortschrittliche Vertreter von ihren Vertrauensleuten dorthin delegiert wurden. Daß die uneingeschränkte Autorität und Glaubwürdigkeit dieses Gremiums darunter leiden könnte, mißfällt den Gewerkschaftsführern sehr.

## Wahl der TK-Mitglieder durch Vertrauensleute soll wieder abgeschafft werden

In der IG-Chemie-Zeitschrift für Funktionäre, „gewerkschaftliche Umchau“, vom März/April 74, wird in-

unzweideutiger Weise klargemacht, daß die nächste „Bundesarbeitsstagung“ vom 6. – 9. Oktober 74 (außerordentlicher Gewerkschaftstag) sich mit den Erfahrungen, der Wahl der TK-Mitglieder durch die Vertrauensleute als eines ihrer Hauptthemen beschäftigen wird, da „die Tarifarbeit dadurch nicht einfacher (für wen?) wurde, im Gegenteil“. Insbesondere diese Tarifrunde habe gezeigt, wie schwierig es war, zu einer einheitlichen Meinungsbildung in den verschiedenen Tarifkommissionen zu kommen. „Und so werden gelegentlich die Empfehlungen der Vertrauensleute als imperatives Mandat für die Tarifkommissionsmitglieder fehlinterpretiert.“ Wenn sich also ein Tarifkommissionsmitglied an die Forderung hält, die seine Vertrauensleute aufgestellt haben, dann hat er seinen Auftrag angeblich mißverstanden. Man höre nur, für wie blöd die Hegne Gewerkschaftsführer fortschrittliche Kollegen halten: „...wenn jeder Vertrauensleutenkörper seine Tarifkommissionsmitglieder mit gebundenem Mandat entsenden würde, dann können Beschlüsse überhaupt nie zustande.“ Natürlich wäre kein Kollege böse darüber, wenn sein TK-Mitglied einer höheren Forderung zustimmen würde, allerdings dann ja, wenn er sich auf eine wesentlich niedrigere Forderung einließ.

Was den Gewerkschaftsführern in Wirklichkeit nicht schmeckt, das ist, daß es jetzt zum Teil schwieriger ist, den Kollegen niedrige Forderungen der Tarifkommission plausibel zu erklären, weil die Tarifkommission jetzt ein kleines Stück durchschaubarer für die Kollegen geworden ist.

Chemie-Komitee  
KB/Gruppe Hamburg

## KONTAKTADRESSEN

**Bremen:**  
F. Köppl  
2000 Bremen-Hafen 1  
Postleitzahl 00 31 60

**Eutin:**  
H. Lankau  
242 Eutin-Großmehrdorf

**Flensburg:**  
Peter Petersen  
239 Flensburg  
Postleitzahl A 02 25 83

**Frankfurt:**  
K. Scholz  
623 Frankfurt/M 80  
Postfach 80 07 47

**Hamburg:**  
Postadresse:  
J. Roents  
2 Hamburg 13  
Rutschebahn 35

**Kiel:**  
W. D. Schmal  
23 Kiel 1  
Postleitzahl 098 831 A

**Oldenburg:**  
Th. Pieppgras  
29 Oldenburg  
Postfach

## Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

**Göttingen:**  
KAG im Buchladen „Rote Straße“  
34 Göttingen  
Rote Straße 10  
Di. 17 - 19 Uhr

**Hannover:**  
Buchhandlung Ernst-Thälmann  
Glindestraße 13  
Dienstag 16.00 - 18.30 Uhr

**Lübeck:**  
c/o Arbeiterbuch  
24 Lübeck 1  
Hüxter 68

**Westberlin:**  
Florian Geyer  
über Sozialistisches Zentrum  
1 Berlin 21  
Stephanstr. 80

Weitere Vertriebsgruppen:



## Forts. Italien

in Turin und ebenso viele in Bologna, 80.000 in Florenz, 50.000 in Genua, 30.000 in Venedig.

Aber selbst in mittleren und kleinen Städten, weit abseits vom Hauptindustriegebiet Norditaliens, fanden machtvoll antifaschistische Manifestationen statt. So waren es 20.000 Menschen in Turin (Süditalien), 15.000 in Bari (Süditalien), 10.000 in Catania (Sizilien), 15.000 in Aquila (Mittelitalien), 15.000 in Cagliari (Sardinien).

In vielen Fällen gingen die Redner der DC, die sich auf den Kundgebungen mit heuchlerischen „Trauer“-reden als angeblich antifaschistische Partei präsentieren wollte, in wütenden Protestrufen und Pfeifkonzerten der Menge unter. Das verlor die Gewerkschaft der Christdemokraten – die mit Unterstützung der Gewerkschaften und der PCI überhaupt auftreten durften! – war nun wirklich das letzte, was die Werktätigen an diesem Tag hören wollten.

Außer der erwähnten Parole zum Verbot der MSI, die überall im Vordergrund stand, wurden weitere Parolen spontan entwickelt wie etwa „Lotta di classe contro i fascisti, fuori dal governo compagni socialisti“ (Klassenkampf gegen die Faschisten, sozialistische Genossen raus aus der Regierung! – eine wohl Ultraschöne Aufforderung an die Sozialistische Partei) und „Le bombe che Brescia e di piazza Fontana hanno un solo nome, Democrazia cristiana“ (Die Bomben von Brescia und von der piazza Fontana – gemeint ist das faschistische Blutbad in einer Mailänder Bank 1969 – haben einen einzigen Namen, Christdemokratie).

In vielen Städten blieb die Arbeiterklasse nicht bei bloßen Parolen, sondern ging zu ersten praktischen Schritten über: Tausende versammelten sich nach den Kundgebungen vor MSI-Büros und anderen faschistischen Rattenlöchern, wo bereits starke Polizei-Truppen zum Schutz der faschistischen Einrichtungen aufmarschiert waren. Vielfach kam es zu Kämpfen zwischen Polizei

und Schlägertrupps mit der Polizei gab.

Insgesamt wurden am 29. und 30. Mai einige Dutzend faschistische Rattenlöcher ausgeräumt – in einigen Fällen wurden auch Büros der Christdemokratischen Partei angegriffen.

Die Arbeiterklasse hat damit eine erste deutliche Antwort auf das faschistische Massaker gegeben: nicht Vertrauen auf die „Ermittlungen“ und „gesetzlichen Verfahren“ des Staatsapparates – der der direkte Komplize des faschistischen Terrors ist – sondern proletarische Eigeninitiative und Vertrauen auf die eigene Kraft. Die Arbeiterklasse „akutiert“ nicht mit ihren Mördern, sondern sie schlägt sie – auch das wurde deutlich. Und auf Mord, massenhaften Mord, blüht letzten Endes in Italien wie anderswo der Faschismus immer hinaus.

Dies wurde dadurch unterstrichen, daß auch nach dem Massaker von Brescia der faschistische Mordterror andauerte: ein Bombenanschlag am 30. Mai auf das Gebäude der Metallergewerkschaft in Rho (bei Mailand), Bomben am 3. Juni in Trento (Südtirol) und Reggio Calabria (Süditalien). Ein Anschlag auf die Eisenbahnlinie Mailand-Sondrio, ein faschistischer Überfall auf eine Schule in Mailand. Am 31. Mai in Neapel ein Überfall auf einen alten antifaschistischen Genossen in seiner Wohnung: Zuerst bedrohten die Faschisten seine Familie, dann schossen sie auf den Genossen. Er wurde durch einen Kopfschuß lebensgefährlich verletzt.

Zu einer gewaltigen Antwort auf den faschistischen Terror wurde am 31. Mai die Beerdigung von sechs Genossen und Kollegen in Brescia. Wieviel Menschen waren es, die aus ganz Italien zusammengekommen – die Straßen und Plätze der Stadt so füllten, „daß man nicht mehr atmen konnte“, wie die kommunistische Tageszeitung „il manifesto“ vom 1. Juni schreibt. „Lotta Continua“ spricht von mehr als 500.000 Menschen. Regierungschef Rumor von der DC ließ seine vorbereitete „anti-

fascistische“ Rede vorbereiten. derte bewaffnete Faschisten aus ganz Italien nach Mailand, um an einer großangelegten Provokation unter Führung des MSI-Senators Ciccio Franco, berichtigt als Verantwortlicher zahlreicher faschistischer Provokationen in Reggio Calabria (Süditalien), teilzunehmen. Im Verlauf des faschistischen Krawalls wurden Handgranaten gegen eine Gruppe von Polizisten geworfen, wobei ein Polizist getötet wurde. Die Polizei fand bei den Faschisten mehrere Rückstände voller Handgranaten, offensichtlich aus Armee-Beständen. Obwohl es offensichtlich war, daß die faschistische Provokation direkt von der MSI organisiert war, beschränkte die Polizei und Justiz sich auf die Festnahme der unmittelbar ausführenden des Anschlags.

Am 15. Mai 1973 warf ein Faschist in Mailand eine Handgranate in eine Menschenversammlung, die der Einweihung einer Gedenkstätte für den ein Jahr zuvor erschossenen Kommissar der Politischen Polizei, Calabresi, zusahen. Vier Menschen starben. Der Mörder wollte sich als „Anarchist“ ausgeben. Es wurde jedoch bewiesen, daß er Mitglied einer pro-amerikanischen reaktionären Organisation gewesen war, daß er zwei Jahre in einem israelischen Kibbuz gelebt hatte und Israel erst eine Woche vor dem Mordanschlag verlassen hatte, daß er die Nacht vor dem Mordanschlag in der Wohnung eines Funktionärs der faschistischen Pseudo-Gewerkschaft CISNAL verbracht hatte.

Am 28. März dieses Jahres explodierte eine von Faschisten gelegte Bombe auf dem Wochenmarkt in Varese (Norditalien). Es gab einen Toten und einen Verletzten.

Zu diesen von den Faschisten ausgeführten Morden kommen wahrscheinlich noch weitere:

Am 6. Mai 1972 wurde in Mailand der Kommissar der Politischen Polizei, Calabresi, vor seiner Wohnung erschossen. Calabresi hatte sich einen Namen als Anarchist und Kommunistenjäger gemacht; u. a. wurde er verantwortlich gemacht

für den Tod des Anarchisten Pinelli, der 1969 während eines „Verhörs“ aus einem Fenster des Polizeipräsidiums geworfen wurde. So wurde denn auch zunächst die revolutionäre Linke für den Tod Calabresis verantwortlich gemacht. Zeitweise wurde sogar die westdeutsche „RAF“ („Bader-Meinhof-Gruppe“) mit dem Anschlag in Verbindung gebracht. Im September 1972 wurden dann die Faschisten Nardi, Stefano und Kless mit einem Auto voller Sprengstoff an der Schweizer Grenze erwisch. Obwohl es sogleich Anhaltspunkte für eine Verbindung zur Erchiebung Calabresis gab, wurden die Faschisten laufen gelassen. Inzwischen hat sich die Justiz zu einem Haftbefehl wegen Verdacht der Ermordung Calabresis gegen die drei Faschisten entschlossen – die aber sind erst einmal „untergetaucht“.

Am 31. Mai 1972 wurden die Carabinieri zu einem gestohlenen Auto gerufen, das in Peteano (Norditalien) abgestellt war. Das Auto war mit Sprengstoff vollgepackt, als Bombe präpariert. Bei der Explosion wurden drei Polizisten getötet und zwei verletzt. Nachdem Justiz und Polizei auch in diesem Fall zuerst eifrig der „roten Spur“ folgten, sitzen jetzt sechs kleine Kriminelle auf der Anklagebank, denen die Tat offenbar auch nicht nachzuweisen ist. „Lotta Continua“ behauptet, daß der Anschlag von Mitgliedern der faschistischen Terrorgruppe „Ordine nuovo“ („Neue Ordnung“) verübt wurde.

Zu den faschistischen Terrorakten mit tödlichem Ausgang kommen noch zahlreiche Anschläge, bei denen es nur durch Zufälligkeiten nicht zu weiteren Blutbädern kam. So haben die Faschisten z.B. oft Bombenanschläge auf Züge unternommen, die im Falle des „Gelingens“ mit Sicherheit viele Todesopfer gefordert hätten.

So unternahmen die Faschisten in der Nacht vom 8. auf den 9. August 1969, sozusagen als Generalprobe auf das Massaker in der Mailänder Landwirtschaftsbank, Bomben-

anschläge gegen neun Züge. Bei den Explosionen gab es zwölf Verletzte.

Am 22. Oktober 1972 verübten die Faschisten mehrere Bombenanschläge gegen Züge, die Arbeiter aus ganz Italien zu einer zentralen antifaschistischen Manifestation nach Reggio di Calabria brachten. Nur zufällig richtete keiner der Sprengsätze Schaden an.

Im April 1973 explodierte ein Zündsatz in den Händen von Nico Azzi, der sich auf dem WC des Zuges Turin-Rom zurückgezogen hatte, um dort eine Bombe zusammenzubauen. Die Mame des Sprengstoffs explodierte glücklicherweise nicht. Azzi hatte offenbar beabsichtigt, die Bombe mit einem Zeitläufer gerade in einem Tunnel zur Explosion zu bringen, was verheerende Folgen gehabt hätte. Azzi war zum Zeit des Anschlags Mitglied der MSI. Persönliche Kontakte verbanden ihn mit den Terroristen der „SAM“ („Aktionstruppe Mussolini“), einer faschistischen Bombenleger-Bande. Der Bombenanschlag sollte offenbar eine Art „Aufklatz“ für die wenige Tage später (am 12. April 1973) stattfindende faschistische Provokation in Mailand sein, wobei ein Polizist durch eine Handgranate getötet wurde (s.o.).

Am 26. November 1972 wurde auf Grund eines Telefonanrufs eine Bombe im Zug Venedig-Rom entdeckt und konnte unschädlich gemacht werden.

Am 29. Januar 1974 verübten Faschisten einen Bombenanschlag auf die Bahnlinie Mailand-Bari in der Nähe von Pescara. Der Schvinist eines Güterzugs hatte „ein zynisches Objekt“ auf den Schienen geschoben. Wenige Minuten zuvor hatte der Eilzug „Freccia del Sud“ die Strecke passiert. Er hätte die Bombe auslösen sollen; zum Glück war nur der Zünder explodiert, nicht aber der Sprengsatz von 7-8 kg. Einen Tag vor dem Anschlag war in Pescara ein faschistischer Aufmarsch mit MSI-Chef Almirante an der Spitze

## Italien: Entführter Staatsanwalt freigelassen

Wie im AK 43 berichtet, wurde am 18. April der Genueser Staatsanwalt Sossi von Genossen der sogenannten „Roten Brigaden“ entführt. Am 23. Mai wurde Sossi von den „Roten Brigaden“ auf freiem Fuß gesetzt.

Als Student hatte Sossi zweimal auf der Liste der FUAN (Studentenorganisation der neofaschistischen Partei MSI) zu universitären Wahlen kandidiert.

Als Staatsanwalt hatte er 1969 nach der „strage di stato“ (faschistischer Bombenanschlag auf eine Mailänder Bank, bei dem 16 Menschen starben) massenhafte Wohnungsdurchsuchungen bei Genossen der revolutionären Linken veranlaßt und hatte auch Genossen der revisionistischen Partei PCI durchsucht und festgenommen lassen.

Sossi war Staatsanwalt im Prozeß gegen die anarchistische Gruppe „22. Oktober“, gegen deren Mitglieder Strafen von lebenslänglich, 54 Jahre, 43 Jahre, 39 Jahre, 30 Jahre, 25 Jahre u. a. verhängt wurden – insgesamt rund 400 Jahre Gefängnis und einmal lebenslänglich.

Als der bekannte sozialistische Verleger Feltrinelli 1972 bei einer bis heute nicht aufgeklärten Bombenexplosion ums Leben kam, war Sossi besonders bemüht, die Ermittlungen gegen die Linke zu richten und alte Partisanen und Mitglieder der PCI zu belästigen.

Obwohl Sossi sich einen Namen als Feind der italienischen Arbeiterklasse gemacht hat, standen die meisten Organisationen der revolutionären Linken der Entführung durch die „Roten Brigaden“ ablehnend gegenüber. Diese Aktion wurde vor allem mit Blick auf das Referendum zum Scheidungsgesetz am 12. Mai als schädlich für die Linke und die Arbeiterklasse betrachtet.

Nach der Entführung Sossis wurden vor allem in Genua umfangreiche „Suchaktionen“ von der Polizei durchgeführt. Zahlreiche Genossen der revolutionären Linken wurden durchsucht, verhört, festgenommen. In den „roten“ Arbeitsvierteln von Genua durchsuchten 4.000 Polizisten z. T. Haus für Haus, Wohnung für Wohnung.

Sossi forderte daraufhin erstmals in einer Botschaft den Staatsapparat auf, die „unnützen und schädlichen Suchaktionen“ einzustellen, um sein Leben nicht zu gefährden. Scheinbar wurden danach tatsächlich die Suchaktionen unterbrochen, am 29. April jedoch in noch größerem Umfang wieder aufgenommen. Sossi bewachte sich darüber in einer Botschaft vom 2. Mai: „... Jeder muß seine Verantwortung tragen. Ich bin nicht allein für meine Fehler verantwortlich. Jede Untersuchung und Suchaktion ist schädlich...“

Am 5. Mai verlangten die „Roten Brigaden“ die Freilassung von acht Mitgliedern der „Gruppe 22. Oktober“ im Austausch gegen Sossi. Das wurde vom Staatsapparat abgelehnt.

Der Ton von Sossis Botschaften wurde daraufhin noch schärfer. So forderte er am 7. Mai, auf das Angebot der „Roten Brigaden“ einzugehen: „... Der Staat, der mich ohne Schutz ließ, während er mich lange Zeit großen persönlichen Risiken aussetzte, hat jetzt die moralische Pflicht, mich und meine Angehörigen zu schützen und so wenigstens teilweise seine schweren Verurteilungen wieder gut zu machen ... Ich will nicht für fremde Fehler bezahlen...“

Am 15. Mai wandte sich Sossi mit einem Brief an den italienischen Staatspräsidenten Leone: „... May mein Verhalten richtig oder falsch gewesen sein, so ist doch das Amt des Staatsanwalts unperdlich, und jede Handlung der Untergebenen geht von Rechts wegen auf den zurück, der das Amt leitet... Soweit mir bekannt ist, hat keiner der „Unnachgiebigen“ sich bis heute angeboten, mich im Volksgefängnis zu ersetzen...“

Am 20. Mai bewilligte das Genueser Gericht die Freilassung der acht Mitglieder von „22. Oktober“. Dagegen empörte sich vor allem Sossis direkter Vorgesetzter, Generalstaatsanwalt Coco – auf den Sossi oben zitierte Worte vor allem gemünzt waren. Auch Innenminister Taviani erklärte, die „Würde des Staates“ erlaube es nicht, auf die „Erpressung“ einzugehen. In dieselbe Kerbe schlugen die Revisionisten der PCI, die wieder ein-

mal bestrebt waren, sich als „Partei der Ordnung“ zu präsentieren. In ihrer „Unità“ schrieben sie, die Entscheidung der Genueser Richter sei zwar „menschlich verständlich“, aber „im Interesse des Staates“ falsch, denn: „Jede Verbrecherbande könnte, wenn man dieser Linie folgt, versuchen, ein gerechtes (!) Urteil zu Fall zu bringen.“

Indem die Regierung sich weigerte, den acht Mitgliedern von „22. Oktober“ im Fall ihrer Freilassung Pläne für die Ausreise ins Ausland zu geben, wurde die Entscheidung der Genueser Richter blockiert.

Die „Roten Brigaden“ entschieden sich daraufhin dafür, Sossi freizulassen – offenbar in der richtigen Annahme, daß zu diesem Zeitpunkt ein toter Sossi der Bourgeoisie lieber gewesen wäre als ein freier.

Solange Sossi im „Volksgefängnis“ der „Roten Brigaden“ war, behauptete der Staatsapparat einfach, die Botschaften Sossis seien „erzwungen“ worden, seien „gefälscht“ etc.

Sossi jedoch erklärte nach seiner Freilassung abseits, er habe diese Botschaften freiwillig und bewusst geschrieben. Er wiederholte seine Äußerungserklärung aus der UMI (reaktionärer Richterverband), die er schon in einer Botschaft aus dem „Volksgefängnis“ ausgesprochen hatte. In einer weiteren Erklärung dankte er u. a. der „Magistratura Democratica“ (demokratischer Juristenverband), die sich für seine Freilassung eingesetzt hatten, und erklärte zugleich, er könne in seinen Dank diejenigen nicht einschließen, „die es genau vermeiden haben, bestimmte und geschuldete Verantwortlichkeiten zu übernehmen.“

Generalstaatsanwalt Coco behauptete daraufhin, Sossi sei „nicht ganz normal“, „immer noch unter einem Schock“ etc.

Tatsächlich hat hier ein reaktionärer Staatsanwalt eine – wie er selbst nach seiner Freilassung sagte – „für immer nützliche Erfahrung“ gemacht: daß ihn nämlich Bourgeoisie und Staatsapparat gegebenenfalls nicht vor der revolutionären Gewalt schützen können, und daß sie herzlich gern sein Leben der „Staatsautorität“ geopfert hätten. In diesem Sinn hat die Sossi-Entführung anscheinend auch allgemeine gewisse Polarisierung und Widerspruchsentwicklung im italienischen Staatsapparat gefördert. ●

der Jackentasche, und Staatspräsident Leone (auch DC) hastete eilig über den Platz, um schnell seinen Kranz loszuwerden und dann abzuschauen. Aus der Menge hörte man Rufe „Was wollt ihr hier?“, „Haut ab!“, Pfiffe.

Und am 3. Juni waren es noch einmal zehntausende, vielleicht 100.000 die zusammengekommen waren, um das siebente Todesopfer des faschistischen Anschlages zu ehren – Luigi Pinto, 25 Jahre, auch er ein Lehrer wie die Mehrzahl der Todesopfer, Mitglied der „CGIL-scuola“ (Lehrergewerkschaft).

### Fest jeden Tag ein faschistisches Verbrechen

Die Kette faschistischer Mordanschläge ist lang und fast ununterbrochen.

Das größte Blutbad richteten die Faschisten am 12. Dezember 1969 mit einer Bombe in der Mailänder Landwirtschaftsbank an: 16 Menschen starben und über 90 wurden verletzt.

Wir haben mehrfach berichtet, wie der Staatsapparat dieses Verbrechen „den Linken“ anlasten wollte. Mehrere Genossen einer anarchistischen Gruppe mußten deswegen über drei Jahre unschuldig im Gefängnis, bevor der Staatsapparat endlich gezwungen werden konnte, die faschistischen Urheber des Mailänder Blutbads zu verhaften und die anarchistischen Genossen frei zu lassen.

Am 4. Februar 1971 warfen Faschisten in Catanzaro (Süditalien) eine oder mehrere Handgranaten gegen einen antifaschistischen Demonstrationzug. Ein Arbeiter, Mitglied der Sozialistischen Partei, wurde getötet. 12 Menschen wurden verletzt. Die Mörder hatten sich offensichtlich im MSI-Büro befunden, das an der Straße lag, durch die sich die Demonstration bewegte.

Am 25. August 1972 wurde in Parma der kommunistische Genosse Mariano Lupo (Mitglied von „Lotta Continua“) von Faschisten ermordet. Mindestens sechs Faschisten hatten den Genossen überfallen und zu Tode geprügelt. Die meisten der Schläger waren Mitglieder der MSI, einer von ihnen war zur Zeit des Mordes Kommandant der MSI. Am 12. April 1973 kamen hun-

der antifaschistischen Kollegen und Genossen andererseits; in einigen Fällen konnte selbst die Polizei die Faschisten nicht mehr vor der Bestrafung retten.

● In Neapel bewegte sich ein militanter Demonstrationzug durch die Straßen, der gezielt die einzelnen faschistischen Rattenlöcher ansteuerte. Zuerst wurde der Sitz der „Monarchistischen Union“ gestürmt und verwüstet. Danach bewegte sich die Menge zum Sitz der faschistischen Pseudo-Gewerkschaft „CISNAL“. Genossen besetzten das erste Stockwerk und nun flogen der gesamte faschistische Papierkram, Möbel, Schreibmaschinen durch die Fenster auf die Straße, wo bald ein schönes Feuer prasselte. Danach ging es zum Büro der faschistischen Studentenorganisation FUAN, wo erst eine Sperrkette von Gewerkschaftsfunktionären beiseite gedrängt werden mußte, bevor die Antifaschisten auch dort aufmarschieren konnten. Schließlich standen Tausende vor der Zentrale der MSI, die von einem gewaltigen Polizeiaufgebot geschützt wurde. Hier flogen Steine in die Fenster, gab es militante Auseinandersetzungen mit der Polizei. Schließlich schoß die Polizei in die Menge – ein 21jähriger Soldaten-Genosse wurde dabei verletzt.

● In Rom versammelten sich Tausende von Antifaschisten vor dem Büro der MSI, das schon seit den Morgenstunden von starken Polizeitruppen bewacht wurde. Einige Büros der MSI in Arbeiterwohngebieten konnten zerstört werden. Die Polizei setzte Tränengas ein und gab „Warnschüsse“ ab.

● In Mailand gab die Polizei vor der MSI-Zentrale mehrere Schüsse gegen die antifaschistischen Demonstrationen ab, die sich mit Steinen und „Molles“ wehrten.

● In Vercelli (Bedeort an der Westküste) stürmte der Demonstrationzug das Büro der MSI und setzte den Inhalt in Brand.

● In Bergamo wurden die Büros der MSI und der „CISNAL“ verwüstet. ● In Samari (Sardinien) verübten einen Tag später (30. Mai) faschistische Schläger einen Überfall auf Genossen in der Universität. Es formierte sich daraufhin rasch ein antifaschistischer Demonstrationzug, der zuerst das Büro der „CISNAL“ verwüstete und dann zum Büro der MSI







## Forts. Italien

nomen niederstechen, Kinder und Patienten anschießen. Dies ist eine wichtige Erklärung für das beispiellose Attentat, das der faschistische Terror in Italien annehmen konnte. Es ist zugleich ein weiterer Beweis für die Komplizenschaft des Staatsapparats mit dem faschistischen Terror.

Brauchen die Faschisten auch in der Regel Polizei und Justiz nicht zu fürchten, so kann ihnen doch die Abwehrbereitschaft der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Studenten gefährlich werden. Aber auch in diesem Fall arbeitet der Staatsapparat in der Regel mit den Faschisten Hand in Hand.

Als ein Symbol dieser Zusammenarbeit kann der Tod des Genossen Franco Serantini am 5. Mai 1972 in Pisa gelten. Faschisten aus allen Teilen Italiens waren an diesem Tag nach Pisa gekommen, um Provokationen zu begehen. Hunderte von Antifaschisten waren dagegen mobilisiert. Die Polizei ging Seite an Seite mit den faschistischen Schlägertrupps

gegen die Antifaschisten vor, prügelt brutal, verhaftete viele. Bei einem der Knüppelinsätze fiel dem Bullen der antifaschistische Student Franco Serantini, 21-jährig, in die Hände. Sie schlugen ihn brutal zusammen. Das letzte, was man von Franco Serantini hörte, bevor er zusammenbrach, war der Schrei „Faschisten-Schweine“. Die Bullen prügeln weiter auf ihn ein. Schwer verletzt wurde er schließlich ohne ärztliche Behandlung in eine Zelle gesperrt. Erst als der Genosse im Todeskampf lag, wurde ein Arzt bemüht. Franco Serantini starb 36 Stunden nach seiner Einlieferung ins Gefängnis.

Die Polizei schützt aber nicht nur – und oft mit äußerster Brutalität – die „Kundgebungen“ der Faschisten, sondern oft ist sie auch in Windeseile zur Stelle, wenn eine faschistische Provokation, wie etwa ein Überfall auf Kommunisten, für die Faschisten schlecht auszugehen droht.

Wir beschränken uns hier auf einige wenige Beispiele aus dem letzten

Vierteljahr, wobei wir nur am Rande die Tatsache erwähnen, daß „selbstverständlich“ der gesamte „Wahlkampf“ der Rechten und Faschisten zum Scheidungs-Referendum (12. Mai) von brutalen Polizeieinsätzen begleitet war.

Am 25. März sollte in Monza (bei Mailand) ein wiederholt verzögerter und verschobener Prozeß gegen mehrere Faschisten beginnen, die am 29. August 1972 (also vier Tage nach der Ermordung des Genossen Lupo durch faschistische Schläger in Parma) auf Genossen von „Lotta Continua“ geschossen hatten.

Als die erneute Verschiebung des Prozesses bekannt wurde, formierte sich in Monza ein spontaner Demonstrationstrupp. Plötzlich wurde dieser Zug von zwei Seiten her von der Polizei angegriffen, die auch zahlreiche Schüsse abgab. Auch faschistische Schlägertrupps tauchten jetzt auf, die gemeinsam mit der Polizei eine Jagd auf die Genossen unternahmen.

Am 18. April wollte MSI-Chef Almirante in Florenz auftreten. Tau-

sende von Antifaschisten waren zum Zusammenkommen, um diese Provokation zu verhindern. Die Polizei prügelte brutal, dann fielen auch Schüsse. Zwei Genossen wurden durch Schüsse verletzt. Die Polizei nahm viele Antifaschisten fest, die in den Polizeifahrzeugen und dann im Polizeipräsidium nochmals von den faschistisch verhetzten Bullen geprügelt wurden.

Am 7. Mai wurde in Pescara etwa 20 Minuten nach Ende einer MSI-„Kundgebung“ mit Almirante ein Lautsprecherwagen der „PC(mil)“, der Agitation zum Scheidungs-Referendum machte, von faschistischen Provokateuren angegriffen.

Die Polizei griff auch hier prompt zugunsten der Faschisten ein, indem sie zuerst die Einstellung der Agitation forderte und dann brutal auf die Genossen losdrohte, die den Lautsprecherwagen schützen wollten.

Am 8. Mai versuchten in Neapel nach einer MSI-„Kundgebung“ etwa 100 faschistische Schläger, ein Büro der PCI zu stürmen. Die im Büro

anwesenden Genossen konnten den Ansturm der Faschisten zuerst einmal aufhalten, und dann strömten auch schon in kürzester Zeit kampfbereite Arbeiter zur Verteidigung des PCI-Büros herbei. Die Faschisten zogen sich daraufhin, verfolgt von den antifaschistischen Werkstätten der Gegend, eilig in ein Büro der MSI zurück. In bemerkenswerter kurzer Zeit war die Polizei zur Stelle, um die Antifaschisten anzugreifen und den Faschisten einen möglichst unbeschädigten Abzug aus ihrem Rattenloch zu sichern.

Am 13. Mai griffen faschistische Schläger Genossen von „Lotta Continua“ an, die den Sieg über DC und MSI im Scheidungs-Referendum feierten. Die Faschisten wurden ins MSI-Büro zurückgetrieben – und wieder war es die Polizei, die brutal prügelt zur „Befreiung“ der Faschisten eintritt. Ein Genosse von „Lotta Continua“ wurde verhaftet, dem die Justiz außer Widerstand gegen die Staatsgewalt etc. auch noch Diebstahl vorwirft, weil ein Faschist behauptet, ihm seien 2.000 Lire

## Forts. Portugal

in eigenem Land, mußte die portugiesische Bourgeoisie auf eine neue Karte setzen: Vom Mittel der brutalen faschistischen Unterdrückung mehr zu Formen bürgerlich-parlamentarischer Herrschaftsausübung.

Bei der Zulassung bürgerlicher Rechte und Freiheiten (Rede-, Versammlung-, Vereinsfreiheit usw.) bestand und besteht eine enge Zusammenarbeit zwischen der neuen Regierung unter Führung des Generals Spínola und den einflussreichsten kapitalistischen Gruppen Portugals.

Ziel der portugiesischen Industriellen ist eine zügige Industrialisierung dieses rückständigen Landes Westeuropas und enge Zusammenarbeit mit bzw. Integration in die „Europäische Gemeinschaft“ der Großkonzerne. Eine Bedingung dieser Entwick-

lung war die Zurückdrängung der bis dahin politisch sehr einflussreichen Großgrundbesitzerklasse und ihrer Machtstützen wie der faschistischen Geheimpolizei. Dieses Ziel zu erreichen und sich selbst fest in den Sattel zu heben, war die zahlenmäßig kleine Clique von Großindustriellen allein nicht in der Lage. Dazu braucht sie für eine bestimmte Zeit eine breite antifaschistische Massenbewegung des portugiesischen Volkes, gewissermaßen als „Versicherung“ gegen einen neuen Rechts-Putsch. Der „Gefahr“, daß diese Massenbewegung über die

Gruppen unter Führung der MRPP (Bewegung für die Reorganisation der Proletarischen Partei) hatten die Zufahrtsweg zum Militärhospital blockiert, um die Freilassung eines dort festgehaltenen kubanischen Hauptmannes, der 1969 beim Kampf um die Befreiung Guineas-Bissaus gefangen genommen und zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt worden war, zu erzwingen.

Nachdem die Demonstranten sich auf einige scheinheilige Verhandlungsangebote nicht einließen, wurde mit Tränengas, Wasserwerfern, berittener Polizei und Panzerwagen gegen sie vorgegangen.

Nach einer Meldung vom 8.6. wurde der Herausgeber der Zeitung „Volkskampf“ der MRPP (die Zeitung war gerade zum erstenmal erschienen) verhaftet und befindet sich zur Zeit in Militärhaft!

„KP“-Chef und Regierungsmitglied Alvaro Cunhal auf einer Versammlung der „Bewegung der Arbeiterjugend“. Er verurteilt die Aktion und wettete gegen „Ultra-Revolutionäre“ und „pseudo-revolutionäre Parolen“. Diese arbeiteten angeblich auf eine Aufspaltung des Volkes hin und dienten zum Teil wissentlich den Interessen der Reaktion und des Faschismus.

Das ist dieselbe Sprache, mit der General Spínola das Volk ständig mahnt, „Ruhe und Ordnung“ zu wahren, um selbständige Aktionen der Bevölkerung, die dem Regime nicht genehm sind, zu verhindern.

Bei derselben Gelegenheit verteidigte Alvaro Cunhal sogar die Verteidigung der Junta, daß die heimgekehrten „Deserteure“, denen zunächst Straffreiheit versprochen worden war, entweder ihren Militärdienst nachholen oder bis zum 31. Mai wieder aus-

des Mittelstandes kämpfen für Errichtung eines bürgerlich-parlamentarischen Systems, d. h. für eine neue Form der bürgerlichen Diktatur. Klassenziel der Arbeiter und Bauern ist hingegen die „demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern“ (Lenin, Zwei Taktiken ...), d. h. die Erlangung der politischen Herrschaft über wesentliche Teile des Staatsapparats, die Säuberung desselben von Reaktionen, Auflösung des stehenden Heeres, Volksbewaffnung, Räte-demokratie. Welches Ziel endgültig durchgesetzt werden kann – entweder bürgerlich-parlamentarische „Demokratie“ oder „demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern“ – entscheidet das innere Kräfteverhältnis zwischen den bürgerlich-demokratischen Umwälzung tragenden Klassenkräften, also in erster Linie das Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Bour-

geoisie, aber auch die politische Stärke des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft. Die Arbeiterklasse ist an der „demokratischen Diktatur“ vor allem deswegen interessiert, weil sie die optimale Position ist, von der aus sie die sozialistische Revolution vorbereiten kann.

ten, gefordert.

Die revolutionären Gruppen und Organisationen nutzten ihre neue Bewegungsmöglichkeit zu verstärkter kommunistischer Agitation und Propaganda und einigen spektakulären Aktionen, die die Unterstützung der Massen fanden (z. B. die Demonstration auf dem Lissaboner Flughafen gegen den Abtransport portugiesischer Soldaten in die Kolonien, bei der zwölf Soldaten „entführt“ wurden).

Während die Junta der Bewegung zunächst „freien Lauf“ ließ, ist sie jetzt dazu übergegangen, offen gegen das Volk und seine Forderungen aufzutreten.

Die neue Regierung  
liefert die Maske

Während die Arbeiter und Angestellten auf vielen Demonstrationen und Kundgebungen Lohnerhöhungen bis zu 70 % und einen Mindestlohn von 6.000 Escudos (knapp DM 600,-) gefordert hatten, setzte die Regierung diesem „Treiben“ ein Ende, indem sie den Mindestlohn auf 3.300 Escudos (knapp DM 330,- monatlich) festlegte. Das ist für viele Arbeiter zwar mehr als bisher, aber natürlich immer noch ein Hungerlohn, zumal die Inflationsrate 1973 bereits bei 20 % lag. Alle Gehälter über 7.500 Escudos sollen „eingefroren“ werden. Es wurden zwar „strenge Preiskontrollen“ zugesagt, doch mit diesem Teil der Versprechungen hat es eine bürgerliche Regierung bekanntlich noch nie ernst gemeint.

Am 30. Mai wurden in mehreren Staatsbetrieben (u. a. U-Bahn, Post- und Telefongesellschaft) mehrere Manager fristlos entlassen, weil sie den Lohnforderungen der Arbeiter und Angestellten in einem Maße nachgegeben hatten, das angeblich die „wirtschaftliche Balance“ störte. Eine Rücknahme der Lohnerhöhungen durch die Regierung wurde angekündigt.

General Spínola erließ einen „eindringlichen Appell“ an die streikenden Bäcker, Omnibus- und Straßenbahnfahrer, ihren Streik zu beenden, weil das „Unordnung und Anarchie“ führe. Die Bäcker und Omnibusfahrer stellten einen Tag später ihren Streik ein, ohne ihre Forderungen verwirklicht zu haben.

Am Wochenende vom 25./26. Mai kam es zum ersten massiven gewalttätigen Vorgehen der Polizei gegen Demonstranten. Verschiedene Linke



Maidemonstration in Lissabon

Obwohl formell die Regierungsgewalt inzwischen von einer „zivilen Übergangsregierung“ ausgeht, an der alle Parteien beteiligt sind, haben praktisch die Militärs unter Führung des Generals (und Staatspräsidenten) Spínola weiterhin das Sagen. Das Programm der „Bewegung der Streitkräfte“ ist verpflichtende Grundlage der Übergangsregierung. Die Provisorische Regierung kann keine wichtige Gesetzvorlage durchbringen ohne Zustimmung des Conselho de Estado (Staatsrat). Dieser kann hingegen jederzeit ohne Zustimmung des Kabinetts sogar neue Verfassungsbestimmungen beschließen. Dieser Staatsrat besteht aus sieben Mitgliedern der „Bewegung der Streitkräfte“, sieben Vertretern der Junta und sieben Zivilisten, die wiederum von Spínola und der Junta berufen werden. Die „Beteiligung“ der Parteien (auch Sozialisten und „Kommunisten“) an der Regierung hat einzig und allein den Zweck, diese für die Entscheidungen der nächsten Zeit, die sich noch schärfer gegen das Volk richten, mitverantwortlich zu machen, statt die „linken“ Parteien durch Nichtbeteiligung eventuell in eine oppositionelle Ecke zu drängen.

„KP“-Chef distanziert sich  
und pöbelt

Zur gleichen Zeit, wo die Linken das Militärhospital blockierten, sprach

ser Landes gehen müssen.

Der „KP“-Chef schenkte sich auch nicht im geringsten, die „wilden Streiks“ der Postangestellten, der Omnibus- und Straßenbahnfahrer zu beschimpfen. Er behauptete, das seien „Abenteurer der Linken“ und forderte die Bevölkerung auf, die „Demagogen zu demaskieren und ihre Forderungen zurückzuziehen.“ („FR“, 31.5.74)

Der Herr „Minister ohne Geschäftsbereich“ hat sein wichtigstes Geschäft darin gefunden, der neuen bürgerlichen Regierung unter die Arme zu greifen und die Kämpfe der Arbeiter und Angestellten zu verkleinern und nach alter Manier der Revisionisten die revolutionäre Linke zum Hauptfeind und Hauptgefahrpunkt zu erklären.

Wie muß das Verhalten der Revisionisten verstanden werden? Der „portugiesische Prozeß“ ist zu verstehen als eine bürgerlich-demokratische Umwälzung (Revolution), an der sich naturgemäß unterschiedliche Klassenkräfte beteiligen: Teile der Bourgeoisie, des Kleinbürgertums, der Armee, die Bauernschaft und die Arbeiterklasse. Es ist nicht so, daß im Rahmen dieser Umwälzung die verschiedenen daran beteiligten Klassenkräfte dasselbe Ziel haben, sondern objektiv höchst unterschiedliche Ziele verfolgen. Die Bourgeoisie sowie von ihr beeinflusste Teile der Armee, des Staatsapparats, des Kleinbürgertums,

geolise, aber auch die politische Stärke des Bündnisses zwischen Arbeiterklasse und Bauernschaft. Die Arbeiterklasse ist an der „demokratischen Diktatur“ vor allem deswegen interessiert, weil sie die optimale Position ist, von der aus sie die sozialistische Revolution vorbereiten kann.

Nach uns vorliegenden Informationen über das konkrete Kräfteverhältnis der Klassen in Portugal, ist die „demokratische Diktatur“ als unmittelbares Ziel den zur Zeit laufenden „portugiesischen Prozessen“ kaum zu erreichen. Erst ein kleiner Teil der Arbeiterklasse ist auf revolutionärer Grundlage organisiert, der Masseninfluß revolutionärer Organisationen ist beschränkt. Reformistische und revisionistische Illusionen, Hoffnung auf Militär usw. dagegen sind relativ stark verbreitet.

Andererseits ist ein erneuter Rechts-Putsch, die Machtergreifung der „Ultras“, nicht ausgeschlossen und muß als realistische Gefahr in einer revolutionären Taktik berücksichtigt werden. Diese Gefahr ist denn auch Dreh- und Angelpunkt der Politik und Praxis der Revisionisten.

Der faschistische Militärputsch in Chile mit seinen grossen Massen an der revolutionären und reformistischen Linken hat im internationalen revisionistischen Lager eine erneute erhebliche Rechtsverwendung zur Folge gehabt. Allgemein gültige Konsequenzen im revisionistischen Lager

## Bücher und Broschüren

Detektiv  
Informell und Begriffe mit Kampfbild der PLO, Pash, PLO und PLO-Organisation  
120 Seiten DM 8,-

Die deutsche Arbeiterbewegung  
in Deutschland, Geschichte und Gegenwart  
des „Peking Rundschau“ aus dem Jahre 1965 und 1967  
124 Seiten DM 5,-

UNION 1965  
100 Seiten DM 4,00

Die politische Macht kommt aus dem Untergrund  
1. Handbuch zum Texten der Kommunisten aus den Zweigen und Ökologie Jahrbuch vom Thema Politische  
200 Seiten DM 5,50

Gegen die christliche Predigt von Staat und Kirche  
Nachdruck von Artikeln unserer Zeitschrift ARBEITER  
KAMPF zur Frage der christlichen Predigt von Staat und Kirche  
100 Seiten DM 4,00

Kampf des Faschismus  
Nachdruck von Texten der Kommunisten aus den Zweigen und Ökologie Jahrbuch vom Thema Politische  
200 Seiten DM 4,00

Praxis sozialistischer Revolution

## Abonnement

ARBEITERKAMPF

Druck des Kommunistischen Bundes

6 Ausgaben DM 4,00

12 Ausgaben DM 8,00

Freiwiller für 6 Ausgaben DM 10,-

Freiwiller für 12 Ausgaben DM 15,-

Die INTERNATIONALE

Druck des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

6 Ausgaben DM 4,00

12 Ausgaben DM 8,00

Freiwiller für 6 Ausgaben DM 10,-

Freiwiller für 12 Ausgaben DM 15,-

UNION 1965

Ausgabe des Kommunistischen Bundes für die Arbeiterbewegung

6 Ausgaben DM 4,00

12 Ausgaben DM 8,00

Freiwiller für 6 Ausgaben DM 10,-

Freiwiller für 12 Ausgaben DM 15,-

Abonnement

6 Ausgaben DM 4,00

12 Ausgaben DM 8,00

Freiwiller für 6 Ausgaben DM 10,-

Freiwiller für 12 Ausgaben DM 15,-



acht Mark) und ein Paket Zigaretten gestohlen worden.

Dies also nur ein Bruchteil von Fällen der direkten Zusammenarbeit zwischen Faschisten und Polizei.

Hervorzuheben ist dabei, daß die Bullen oft innerhalb weniger Minuten zur Stelle und, um faschistische Schläger vom proletarischen Kleinstadel zu schützen und ihren Rückzug zu sichern. Andererseits brauchte die Polizei z. B. am 4. Mai eine runde Stunde bis zum Eintreffen als Faschisten in Neapel ein Büro von „Lotta Continua“ mit Brandbomben ergriffen. Es ist offensichtlich, daß in vielen Fällen die faschistischen Schlagertrupps in direkter Absprache mit der Polizei vorgehen.

Polizei-Einsätze machen indessen auch nur einen Teil der Unterstützung und Ausnutzung faschistischer Schlagertrupps durch die Bourgeoisie aus.

Daneben muß in erster Linie die Rolle der bürgerlichen Presse genannt werden. Die bürgerliche Presse spricht bei faschistischen Überfällen auf Ge-

nossen als allgemeine „Sprachregelung“ fast stets von „Zusammenstößen zwischen Extremisten, die von der Polizei getrennt werden mußten“. So sind der faschistische Terror obenhin noch dazu, Verbotvorparierungen und Verfolgungen gegen die revolutionäre Linke ideologisch zu „begründen“.

Diese bürgerliche Verdrehung des Sachverhalts wird vielfach auch von den revolutionären PCI mitgetragen, die die Genossen der revolutionären Linken als „Abenteurer“, „Provokateure“ etc. beschimpft, wenn sie militänt gegen die Faschisten auftreten. Nach Meinung der PCI-Führer sollte die Abwehr des Faschismus den Staatsorganen vorbehalten bleiben – also den engsten Komplizen des faschistischen Terrors!

Es vervollständigt das Bild, daß Bourgeoisie und Staatsapparat selbst das Massaker von Brescia noch möglich weitgehend gegen die Linke wenden wollen. So wurden nach dem Massaker auch Genossen der revolutionären Linken und alte Partisanen

durchsucht und festgenommen, als ob diese mit dem faschistischen Massenmord etwas zu tun hätten. Weiterhin wurde eine besondere Abteilung eingerichtet, angeblich um die Aufdeckung des Massakers von Brescia und anderer faschistischer Verbrechen zu beschleunigen – In Wahrheit aber als Schritt zur weiteren Zentralisierung von Polizei und Geheimdienst. An der Spitze dieser Abteilung steht Emilio Santillo, ein persönlicher Freund des reaktionären Innenministers Taviani (DC). Santillo hat u. a. deshalb einen Namen als Feind der Arbeiterklasse, weil er 1964 aus der römischen Polizei-Führung „vertrieben“ werden mußte, er hatte in allzu skandalöser Weise illegale Schlägerbanden in Zivil organisiert, die darauf „spezialisiert“ waren, Demonstrationen der Linken, streikende Arbeiter u. a. anzugreifen.

Weiter benutzt die Bourgeoisie das faschistische Massaker von Brescia als Vorwand zu einem weiteren Ausbau des Staatsapparats, zur Neuaufstellung alter „Vorbeugehaft“-Pläne, zur Propaganda für eine Verschärfung der politischen Gesetzgebung, zur Ausdehnung der Vollmachten der Polizei.

### Faschistische „Lösung“?

Die Faschisierung geht in Italien auf mehreren Ebenen vor sich.

Zunächst einmal ist der Staatsapparat durchsetzt von alten und neuen Faschisten sowie von Vertretern der reaktionären Rechten der Christdemokratie. Diese Elemente – und nicht etwa „gemäßigte“ Vertreter der Sozialdemokratie oder des „progressiven“ Teils der Christdemokratie – beherrschen im Wesentlichen den

testen „Schwarzen Laten“, Einrichtung von KZ's. Am der Spitze des Putschplans stand De Lorenzo, zu jener Zeit Chef des italienischen Geheimdienstes. Der Putschplan wurde dann nicht durchgeführt, und etwa drei Jahre später wurde die Sache „aufgedeckt“. De Lorenzo wurde pensioniert (er trat dann offen in die MSI ein) und der Geheimdienst „umorganisiert“ – angeblich mit dem Ziel, ihn „demokratischer“ und weniger „putschtauglich“ zu machen. Tatsächlich ging es wohl eher darum, den Geheimdienst effektiver zu organisieren und ihn zu einer schlagkräftigeren Waffe der Bourgeoisie zu machen.

1971 wurde eine Verschwörung „aufgedeckt“, die sich 1970 gebildet hatte mit dem Ziel eines faschistischen Staatsstreichs im August 1970. An der Spitze der Verschwörung stand der faschistische Kriminelle Junio Valerio Borghese, Partisanen-Mörder wie MSI-Chef Altamirante, Gründer und Führer einer faschistischen Organisation namens „Fronte Nazionale“. Borghese verfügte über ausgezeichnete Verbindungen zu italienischen, amerikanischen und englischen Industriellen, zu einflussreichen Militärs der italienischen Streitkräfte und der NATO, zu verschiedenen faschistischen Staaten.

Vor einem Haftbefehl, der nach der „Aufdeckung“ der Verschwörung gegen ihn verhängt wurde, floh Borghese nach Spanien. Inzwischen wurde der Haftbefehl aufgehoben, auch die Mitverschwörer Borghese's sind alle auf freiem Fuß. Faschistische Putschpläne behandelt die bürgerliche Justiz allemal als „Kavaliersdelikt“.

Im November 1973 wurde eine faschistische Geheimorganisation „ent-

gungen, Putschplänen, Steigerung des faschistischen Terrors durch die kriminellen Banden ist zu fragen, wie solche Dinge sich in die Gesamtpolitik der Bourgeoisie einordnen. Ob es also „nur“ darum geht, sich die Faschisten vorläufig „warm zu halten“, Verbindungen aufzubauen, Vorbereitungen zu treffen, oder wirklich es unmittelbar schon um eine von der Bourgeoisie beabsichtigte reaktionäre Wendung geht?

Ein Beispiel für eine reaktionäre Wendung ist die Politik der italienischen Bourgeoisie Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre, als es darum ging, durch gesteigerte Repression und zugleich politisch-ideologische Beeinflussung der kleinbürgerlichen Klassen die linke antifaschistische Kampf gewöhnliche Kraft der Arbeiterklasse und ihre Erwartungen auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zu paralysieren.

Ein anderes Beispiel war 1960 der Versuch der reaktionären Regierung Tambroni, eine Koalition von Christdemokraten und MSI. Diesen Versuch gab die Bourgeoisie unter dem Druck politischer Massenstreiks und -Demonstrationen schließlich auf. Der Putschplan von 1964 war ein weiterer Versuch zur reaktionären Wendung, der von bedeutenden Teilen der Bourgeoisie unterstützt wurde, wenn er auch aus Gründen, die wohl bis heute nicht klar sind, nicht zum Versuch der Ausführung gelangte.

Als erster Ausdruck von Putschvorbereitungen sind in diesem Jahr die „Probalarms“ anzusehen, die Ende Januar in den italienischen Kavernen durchgeführt wurden, ohne daß dies bis heute auch nur mit einer

Kammer durchgeführt wurden, ohne daß dies bis heute auch nur mit einer halbwegs plausiblen Ausrede irgendwie begründet worden wäre. Man weiß natürlich, daß im italienischen Offizierskorps nach dem Putsch in Chile die Sektorkräfte kniften, daß die militärische Führung, wie der Staatsapparat insgesamt, von prinzipiellen Befürwortern einer faschistischen „Lösung“ durchsetzt ist.

Wie aber steht es mit den anderen Bedingungen einer reaktionären Wendung, mit der Klassenkampf-Situation?

Die Befürworter der reaktionären Wendung, die ihren „starken Mann“ in Fanfani von der DC haben, haben am 12. Mai mit dem Scheitern des Referendums eine Kraftprobe versucht, die für sie ungünstig ausgefallen ist. Die Absicht war es, an der Scheiternsfrage einen Einbruch zu schaffen aufgrund religiöser Befangenheit, Abergläubigkeit, Einschüchterung durch die Kirche etc. Dieser Einbruch sollte gleichzeitig die Basis für einen insgesamt stärkeren rechtlichen Rückzug bilden. Es kam aber anders: 59 % antworteten mit NEIN, und nur 41 % folgten der DC und MSI bei den Parlamentswahlen 1973 hatten DC und MSI zusammen 47,5 % gehabt (DC 38,8 % und MSI 8,7 %) gegenüber 43,6 % bei den Wahlen 1968 (die MSI hatte von 1968 auf 1973 die Zahl ihrer Stimmen verdoppelt).

In einer Analyse der politischen Situation nach dem Referendum kommt die kommunistische Organisation „Lotta Continua“ zur Einschätzung: „daß der Faschismus heute wilder, aber auch schwächer denn je ist“ („Lotta Continua“, 2. Juni 74).

### Setzt die Bourgeoisie auf den Reformismus?

Die revisionistische Partei, PCI, bietet sich der Bourgeoisie schon seit Jahren als besten geeignete Partei für eine „Stabilisierung“ an.

Wir wollen im nächsten AK etwas ausführlicher auf die PCI, ihre Vorstellungen, auf die Chancen einer „reformistischen Wendung“ der Bourgeoisie und auf die Einschätzung der Situation durch kommunistische Organisationen eingehen.

laufen auf eine noch stärkere Komprobiertsehaft gegenüber den Kapitalisten und Reaktionen hinaus, auf die Versuche einer noch stärkeren Einschmelzung der reaktionären Armeeführung, führen zu noch kleineren Schritten auf dem Gebiet gesellschaftlicher Reformen etc., all das, um – wie es heißt – „die Reaktion nicht zu provozieren“, die Armee zu beschwichtigen, die Kapitalistenklasse zu befriedigen und für den faschistischen Putsch auszureizen.

Die Kehrseite dieser Taktik bedeutet, sich beim bürgerlichen Staatsapparat als Ordnungshüter ersten Ranges anzubieten.

Das, sich beim bürgerlichen Staatsapparat als Ordnungshüter ersten Ranges anzubieten, bedeutet Verschärfung der Hetze und Demagogie gegen die revolutionäre Linke, bedeutet – wie jetzt in Portugal geschehen – die Einbeziehung streikender Arbeiter in diese Hetze.

Zweifellos ist es richtig, daß es nicht Aufgabe der Kommunisten ist, jeden Streik um jeden Preis „anzublenzen“, jede Forderung nach Möglichkeit zu verdröppeln usw. Dies gilt besonders für eine Situation, in der die Gefahr eines Rechts-Putsches ansteht, bzw. noch nicht gebannt ist. Dieser Lage sind sich offenbar die Imperialisten selbst bewußt. So meldete z. B. Radio DDR, daß der derzeitige Putsch-Konzern ITT Löhne und Gehälter in seinen portugiesischen Betrieben astronomisch erhöht hat, mit dem nur schlecht verhältnissen Hintergedanken, diese neue Lohnmarke zum Streckmaß für die übrigen portugiesischen Arbeiterschaft zu machen. Daß eine solche Entwicklung vor allem für die mittleren und kleinen portugiesischen Bourgeoisie ökonomisch zur Zeit nicht zu verkraften ist und erneut die Rechtskräfte auf den Plan rufen soll, ist an den fünf Fingern abzuzählen.

Zweifellos kann es Situationen geben, in denen die Kommunisten auch gegenüber der Arbeiterbewegung „bremsen“ müssen (wie z. B. die kommunistische Partei Rußlands im Sommer 1917), wenn das Kräfteverhältnis es erfordert. In diesem Fall hätten die Kommunisten die Aufgabe, den Arbeitern ausführlich die Situation und die Aufgaben der Arbeiterbewegung zu erklären. Keinesfalls dürfen sich Kommunisten dazu hergeben, gegen streikende und kämpfende Arbeiter mit bürgerlichen Methoden zu hetzen, sie als „Abenteurer“ usw. zu beschimpfen, sie mit Demagogie zu überziehen und was das Schlimmste ist – andere Arbeiter gegen ihre kämpfenden Klassenbrüder aufzuhetzen. Genau aber dies tun zur Zeit die Führer der portugiesischen Revisionisten. Dies ist u. E. auch Ausdruck für eine verwerfliche Stufe revisionistischer Verwilderung, offenbar ist Ergebnis revisionistischer „Analysen“ und Konsequenzen aus ihren international vielfach gezeigten Versuchen einer „friedlichen Übergangs zum Sozialismus“ und insbesondere der Verarbeitung der „chilenischen“ Erfahrung.

Auch wenn – wie schon gesagt – das Ziel einer „demokratischen Diktatur der Arbeiter und Bauern“ in Portugal in absehbarer Zeit wenig wahrscheinlich ist, liegt es doch im Interesse der Arbeiter Bauern und auch anderer Schichten des Volkes im ökonomischen und politischen Kampf ihre Rechte, ihre Kampfmöglichkeiten, ihren Lebensstandard zu verbessern und

Kampf für Inhaftierung faschistischer Geheimdienstler, Ablösung faschistischer Direktoren u. a. m., sondern auch im Kampf gegen all die Kräfte, die den demokratischen Prozeß einschränken wollen, ihn zurückzuerzwingen versuchen auf „pseudo-„demokratische“ Verhältnisse, also gegen solche Kräfte, die eine Massen-Initiative nur so weit gelten lassen wollen, wie dadurch ein erneuter Machtantritt der „Ultras“ gebannt wird. Lenin hat gerade für den Prozeß der bürgerlich-demokratischen Revolution immer wieder darauf hingewiesen, daß das Proletariat nicht nur seinen unmittelbaren

darauf hingewiesen, daß das Proletariat nicht nur seinen unmittelbaren Feind um Vorrat behalten muß, sondern ebenso auf seine zeitweisen Verbündeten nicht geben muß, die er nicht bloß als „schwankend“ (hinsichtlich ihrer Bereitschaft, tatsächlich und ernsthaft für demokratische Verhältnisse einzutreten) und kompromissbereit gegenüber dem Feind kennzeichnet, sondern vor allem davon warnte, daß sich Teile der „demokratischen“ Kräfte (insbesondere aus der Bourgeoisie) mit der Reaktion verbünden, als ein Ergebnis ihrer Angst vor den Forderungen der Arbeiter und Bauern.

„Je vollständiger und entschiedener, je konsequenter die bürgerliche Revolution sein wird, desto gesicherter wird der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie für den Sozialismus sein.“ (Lenin, Zwei Taktiken.)

D. h. der Ausgang, das Ergebnis solcher einer demokratischen Umwälzung, ist für das Proletariat von größtem Interesse hinsichtlich der Positionen, die es erlangen kann als Basis und Ausgangspunkt für eine zukünftige sozialistische Revolution. Dies gilt auch, wenn das Klassenziel des Proletariats in der bürgerlich-demokratischen Revolution (die „demokratische Diktatur“) nicht erreicht werden kann, sondern bloß ein mehr oder weniger gutes parlamentarisch-bürgerliches System dabei herauskommt.

Denn „es gibt bürgerliche Demokratie und bürgerliche Demokratie“ (Lenin). So hat es in der bürgerlichen Demokratie England über Jahrhunderte hinweg z. B. keine Einschränkung der Streikfreiheit und keine Bindung der Gewerkschaften an Tarifverträge gegeben und auch keine polizeiliche Meldepflicht, während diese Freiheiten in der bürgerlichen Demokratie Deutschland bzw. Bundesrepublik nie existiert haben. D. h. die Frage, wieviel Demokratie es unter der Herrschaft der Bourgeoisie für die Arbeiterklasse gibt, hängt vom konsequenten demokratischen Kampf derselben ab.

So ist es für die portugiesische Bourgeoisie heute vorteilhaft, daß die bürgerlich-demokratische Umwälzung nicht völlig konsequent, nicht entschieden und schonungslos ist, daß diese Umgestaltungen die revolutionäre Aktivität, Initiative und Energie des einfachen Volkes, d. h. der Bauernschaft und insbesondere der Arbeiter, möglichst wenig entwickeln, denn sonst wird es den Arbeitern um so leichter fallen, das Gewehr von einer Schulter auf die andere zu legen, wie die Franzosen sagen, d. h. die Waffen, mit denen sie die bürgerliche Revolution ausstieß, die Freiheit, die sie ihnen gibt, und die demokratischen Einrichtungen gegen die Bourgeoisie selbst zu kehren.“ (Lenin, Zwei Taktiken, S. 59).

Spanien-Kommunisten

„Teils der Christdemokratie beherrschen im Wesentlichen den Staatsapparat. Die Duldung und sogar Förderung der Faschisten durch große Teile von Polizei und Justiz ist ein Ausdruck dieser Tatsache.“

Auf dieser Ebene ist auch die schrittweise Faschisierung „von oben“ einzuordnen, wie sie vor sich geht im Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats, Verschärfung der politischen Strafgesetzgebung auf den Streikrecht, Angriffe auf kommunistische Organisationen etc.

Dazu kommt die Faschisierung „von unten“ zunehmender faschistischer Terror, Aufbau und Koordinierung faschistischer Banden, Aufbau einer „Massenbasis“. – Was den letzten Punkt anbelangt, so haben die Faschisten in den letzten Jahren starke Rückschläge hinnehmen müssen. Mit ihren Methoden des Schlagertrupps und der Mordanschläge haben die Faschisten sich bei vielen ihrer Wähler unbeliebt gemacht, die zeitweilig den Parolen von „Recht und Ordnung“, „Schweigende Mehrheit“ usw. auf dem Laum gegangen waren. Der Aufwärtstrend, den die MSI noch vor einigen Jahren bei den Wahlen zu verzeichnen hatte, hat sich umgekehrt. Heute dehnt der organisierte Faschismus und seine Anhängererschaft sich nicht mehr quantitativ aus, sondern „radikalisiert“ sich bei einer eher abnehmenden Zahl von Anhängern, geht zu immer bestialischerem Terror über.

Schließlich gibt es die Verschmelzungen von staatlicher Faschisierung und organisiertem Faschismus, die in Putschversuchen und Putschplänen ihren klarsten Ausdruck finden, also in Versuchen, von der schrittweisen Faschisierung und faschistischem Terror auf dem Boden der bürgerlich-demokratischen Republik zur umfassenden faschistischen Diktatur überzugehen.

So planten 1964 in einer Situation verschärften Klassenkampfes einflussreiche Kräfte des Geheimdienstes, der Polizei-Streitkräfte (Carabinieri) und der Armee einen Staatsstreich. Die Pläne waren im Prinzip dieselben wie die innerhalb der NATO ausgearbeiteten, die 1967 dem faschistischen Putsch in Griechenland zugrunde liegen. „strategisch wichtigen Plätze“ durch „zuverlässige“ Panzer-Einheiten, Massenvorfällen nach lange vorberei-

Im November 1973 wurde eine faschistische Geheimorganisation „entdeckt“, die sich „Rosa dei Venti“ (Windrose) nannte. In den folgenden Wochen und Monaten wurden weitere Einzelheiten bekannt. Die „Rosa dei Venti“ war eine von zahlreichen Schichtstellen zwischen den Gruppen und Gruppen des kriminellen faschistischen „Untergrunds“ einerseits und Militärs, hohen Beamten, Geheimdienst-Vertriebenen und Kapitalisten andererseits. Außer Waffen und Putschplänen wurde eine Liste mit den Namen von 1.617 Menschen gefunden, die am „Tag X“ ermordet werden sollten.

„Verschwörungen“ wie diese mussten recht diätetisch und kaum ernst zu nehmen an. Man muß dabei aber bedenken, daß alle diese Zirkel von Mächtigen-Putschisten, die jeder für sich genommen kaum gefährlich sind, zusammengeknüpft werden durch den italienischen Geheimdienst, der in allen diesen Verschwörerkreisen anwesend ist und der bei fast allen faschistischen Verbrechen der letzten Jahre, angefangen von der „Strage di stato“ 1969, eine Rolle spielte. Der italienische Geheimdienst arbeitet wiederum eng zusammen mit der CIA des US-Imperialismus, der seinerseits das größte Interesse daran hat, in diesem „strategisch wichtigen“ Raum (Mittelmeer, Naher Osten) jede fortschrittliche Wendung zu verhindern.

Es verdient gerade in diesem Zusammenhang Wachsamkeit, wenn der Führer des Rechtskartells, F. J. Strauß, und seine pro-faschistische CSU sich wiederholt bemühen, den faschistischen Kriminellen Altamirante als respektablen Politiker hinzustellen und die These vertreten, eine Partei wie die MSI sei gerade das, was der BRD fehlt (so verschiedentlich u. a. im „Bayernkurier“). Man darf wohl annehmen, daß diese Sympathie nicht bei bloßen Worten stehen bleibt – wenn man die Funktion der CSU und ihres Chefs für den BRD-Imperialismus und den heraldischen Kontakt dieser Partei zu Geheimdienst Kreisen der BRD bedenkt, die gerade erst wieder endlich der „Guillotine-Affäre“ schlichtbar wurden. Man darf wohl vermuten, daß auch der BRD-Imperialismus in der italienischen Innenpolitik mitmischen. Bei faschistischen Verschwörungen

D.C. + M.S.I.

M.S.I.

SI!

NO!!





In AK 44 berichteten wir schon kurz über den Ausgang der Volksabstimmung über das Scheidungsgesetz

Die reaktionärsten Teile der italienischen Bourgeoisie, der Christdemokratischen Partei und der Katholischen Kirche wollten die Volksabstimmung über das vor einigen Jahren beschlossene – nicht einmal besonders liberale – Scheidungsgesetz, um nicht nur das Gesetz rückgängig zu machen, sondern um allgemein Klassenkampfpositionen zurückzugewinnen, die von der Arbeiterklasse in den letzten Jahren erobert worden waren

Dieser Versuch scheiterte. Die italienische Arbeiterklasse vor allem lieferte diesen Sieg in der Nacht nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses (59,1% hatten mit NO, also für die Beibehaltung des Gesetzes gestimmt) stürmisch. 50.000 jubelnde Menschen strömten durch die Straßen Roms (in Rom und Provinz hatten 68,06% mit NO gestimmt); 30.000 waren es in Bologna, 20.000 in Mailand – um nur einige Städte zu nennen. Zu hören waren dabei Parolen wie „NO NO NO. Hanno vinto i NO, contro i proletari vincere non si può“ („Die NEIN haben gewonnen, gegen das Proletariat kann man nicht siegen“). „Dai sud al nord NO a Fanfani, basta coi padroni e i democristiani“ (Von Süd bis Nord NEIN zu Fanfani, Schluss mit Unternehmern und Christdemokraten!)

Fanfani ist der Führer der rechten Kräfte der DC (die DC hat die Mehrheit der Stimmen). „Fanfani, devi una risposta, siamo milioni a darti una batosta“ (Fanfani, du wollest eine Antwort, wir sind Millionen, um dir eine Abreibung zu geben) und vor allem immer wieder die Parole, die nach dem faschistischen Militärputsch in Chile weite Verbreitung fand: „Uniti si ma contro la DC“ (Einig ja, aber gegen die Christdemokratie)

Die Zeitungen der revolutionären Linken erschienen mit triumphierenden Kommentaren. So sprach „il manifesto“ vom „größten Sieg gegen die DC und die Rechte seit Kriegsende“, „Italien hat sich geändert durch die geistige Kraft der Kämpfe dieser Jahre“, „Fanfani in Stücken“... „Der 12. Mai ist mehr als ein Sieg, er ist ein Triumph nach Ausmaß und Qualität...“ („manifesto“, 14. Mai) „Die Abstimmung hat gezeigt, daß die DC heute die Rolle einer Minder-

## Referendum in Italien – eine historische Wende?

heit und Nachhut spielt“ („manifesto“, 15. Mai)

„Lotta Continua“ schrieb „Der große Sieg der NO muß die Straße zur Wiederaufnahme des allgemeinen Kampfes öffnen“. Das Abstimmungsergebnis bedeute eine „historische Wende“, einen großen Sieg, der eine politische Wende im ganzen Land bezeichnet. „Eine Niederlage der DC von diesem Ausmaß ist beispiellos in der Geschichte Italiens“ („Lotta Continua“, 15. Mai)

Man kann die Situation in gewissem Sinn wohl mit der vergleichen, die in der BRD 1972, nach dem Scheitern des Mißtrauensvotums der CDU/CSU bestand. Der entscheidende Unterschied ist aber in der BRD scheiterte 1972 der Versuch der in der Opposition befindlichen CDU/CSU, die SPD/FDP-Regierung zu stürzen. Die italienische DC aber erfüllt diese Niederlage an der Regierung – und so muß versuchen, nach dieser Niederlage weiterzuregieren

Die Niederlage der DC beim Referendum gibt damit vor allem jenen Kräften der Bourgeoisie Auftrieb, die

auf die Karte reformistischer „Zugeständnisse“ setzen, die, anders gesagt, dem von den Revisionisten der PCI angebotenen „historischen Kompromiß“ zuneigen. Möglichkeiten wären eine Koalition zwischen DC und PCI, oder sogar eine Regierung ohne DC, aber unter Einbeziehung der Revisionisten, oder Neuwahlen

Die Taktik des frontalen Klassenzusammenstoßes, der offenen Fackelung, des Spiels mit dem Militärputsch, dürfte in der italienischen Bourgeoisie zunächst einmal an Unterstützung verloren haben. Zumal da der „starke Mann“ für diese Taktik, Fanfani, mit dem Sieg des NO eine ganz persönliche, möglicherweise vernichtende Niederlage erlitten hat (so wie Barzel 1972)

Eine offen reaktionäre Wendung ist jedoch trotzdem nicht ausgeschlossen. Im Gegenteil dürfte der Ausgang des Referendums die brutalsten, reaktionärsten Kräfte der Bourgeoisie und des Staatsapparats noch mehr und rascher als bisher zu faschistischen und putschistischen Abenteuer antreiben. Diese Lösung wird aber gegenwärtig, wie gesagt, von der Mehrheit des bürgerlichen Lagers

in der jetzigen Klassenkampfsituation wohl noch weniger begünstigt als vor dem Referendum

Für den Fall einer reformistischen Wendung (Regierungsbeteiligung der PCI o.ä.) ergäben sich andererseits Probleme, die denen der chilenischen Entwicklung nicht unähnlich sind

Diese Parallele wird auch in einem Artikel von „Lotta Continua“ aufgezeigt, wo es heißt: „Chile kommt einem in den Sinn, in der Periode wo die chilenische Bourgeoisie, obwohl sie immer denselben Plan der „Modernisierung“ und Neustrukturierung des Landes verfolgte, durch die Spaltung der bürgerlichen Parteien und durch einen Wahlzug der Linken – die bei der Frucht eines immer stärkeren Massenkampfes waren – zu einer Ablösung Frei durch Allende gezwungen wurde

Das Programm war das gleiche, aber die Bedingungen seiner Durchführung waren grundlegend verändert. Nicht nur für die Bourgeoisie, sondern vor allem für das Proletariat, das die Gelegenheit zu nutzen verstand, um einen Prozeß des Wachstums der eigenen Kraft und Einheit in Gang zu setzen, der in der Geschichte

des kapitalistischen Westens der Nachkriegszeit beispiellos ist.“ („Lotta Continua“, 15. Mai)

Über aber wie es ausschlagen wird, „richtig spannend“ wird, an der Spitze der Artikel von LC. Auf den weiteren Verlauf und das Ende des Prozesses in Chile wird nicht eingegangen

Die chilenische Erfahrung hat jedenfalls gerade dies gelehrt, daß eine derartige „reformistische Wende“ nicht nur einen Prozeß des Wachstums der Arbeiterbewegung öffnet, sondern daß sich gegenüber der Stützung und Radikalisierung der Arbeiterbewegung auch die Tendenz der Bourgeoisie zu einer putschistischen Beendigung eines solchen Prozesses verstärkt. ●

### Ergebnisse aus den einzelnen Regionen

Die folgende Übersicht zeigt Abstimmungsergebnisse aus verschiedenen italienischen Städten, nach Angaben aus „il manifesto“ vom 14. Mai. (angegeben jeweils Zahl der NEIN Stimmen)

Rom (Stadtgebiet)	76,9 %
Turin	76 %
Bologna	74,4 %
Siena	74,9 %
Florenz	72,8 %
Genau	74,3 %
Triest	73 %
Ferrara	74,2 %
Venedig	59,2 %
Neapel	50,6 %
Siracusa (Sizilien)	55,9 %
Beigamo	50,2 %
Bolzano (Bozen)	53,7 %
Reggio Calabria	45,5 %
Messina (Sizilien)	42,6 %
Benevento (Süditalien)	32,3 %
Trento (Trent)	45,4 %
Padova (Padua)	42,8 %
Verona	37,6 %

Das Gesamtergebnis war 59% NEIN-Stimmen gegen 41% Ja-Stimmen. Eine Mehrheit von Ja-Stimmen ergab sich außer in Süditalien auch in Veneto (Nordostitalien), wo u.a. die Ergebnisse aus Verona und aus Padova (faschistische Hochburg, aus der u.a. die Urheber zahlreicher Bombenanschläge kamen) eine deutliche Sprache reden, auf Sizilien und Sardinien dagegen gab es eine



Siegesfeier in Rom (auf dem großen Transparent der „Studentenbewegung“ mit der Aufschrift „VITTORIA“ Sieg – ist weiter zu lesen: „Die Volksmassen sagen Nein zur DC und den Faschisten“)

## EIN WICHTIGER SCHRITT DER STÄRKUNG DES PROLETARISCHEN INTERNATIONALISMUS

### Irland – Solidaritätsveranstaltungen

Der irische Genosse Sean O'Connell, internationaler Sekretär des Sinn Féin, war auf seiner Rundreise durch verschiedene westeuropäische Länder auch auf mehreren Solidaritätsveranstaltungen von KB-Gruppen anwesend. Er hat Referate gehalten, auf Fragen geantwortet, mit unseren Genossen längere Gespräche geführt und einem Redakteur der INTERNATIONALE ein ausführliches Interview gegeben. Wir werden dies alles in Kürze in einer speziellen Ausgabe der INTERNATIONALE dokumentieren. Hier wollen wir einen Überblick über den politischen Inhalt dieser Veranstaltungsreihe geben.

Wir hatten uns die Aufgabe gestellt, die Veranstaltungen aktiv für unsere politischen Anstrengungen zu nutzen und entsprechend zu gestalten. Die politische Stoßrichtung zielte zum einen auf die Propagierung des proletarischen Internationalismus, zum anderen auf eine intensive Bewältigung mit der Frage des Verhältnisses von Massenarbeit und revolutionärem Gewalt. Dies stand im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion um den antifaschistischen Kampf

### Der Kampf des irischen Volkes ist auch unser Kampf

In den Einleitungsreferaten der örtlichen KB-Gruppen wurde besonders die Wichtigkeit der internationalen Solidarität für unseren Kampf betont

„Der europäische Zusammenstoß der Kapitalisten zu einem neuen imperialistischen Machtkampf führt in allen EG-Ländern zu verstärkten politischen und ökonomischen Angriffen auf die Arbeiterklasse, wobei die politische Unterdrückung der Arbeiterbewegung im Vordergrund steht

In Irland gehören Hausdurchsuchungen, willkürliche Verhaftungen, Folterungen und KZs zum täglichen Leben. In- und ausländische Kapita-

listen beliefern faschistische, meist protestantische Banden großzügig mit Waffen

In der Bundesrepublik sehen wir uns konfrontiert mit zunehmenden Angriffen auf alle demokratischen Rechte. Die Berufsverbote, Einschränkungen des Demonstrationsrechts und Angriffe auf das Streikrecht gehören genauso dazu wie der Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparates und die Herausbildung faschistischer Banden

Für uns heißt das, daß die irischen Arbeiter und wir mehr und mehr die rechte demselben Feind gegenüberstehen. Erfolg und Mißerfolg der Kämpfe der Arbeiter in Irland und der Arbeiter in der Bundesrepublik werden mehr und mehr davon abhängen, wie es gelingt, eine Verbindung im Kampf herzustellen, der gegen den gemeinsamen Feind gerichtet wird

Dies gilt sowohl für einen Streik der in einem multinationalen Konzern schon kaum noch erfolgreich geführt werden kann, wenn nur die Arbeiter des einen Landes oder gar nur eines Betriebes den Kapitalisten gegenüberstehen und nicht zumindest die Unterstützung der Arbeiter in den anderen Werken sowohl im Inland als auch im Ausland haben

In noch stärkerem Maße gilt dies natürlich für den Kampf für den Sozialismus, der bei der zunehmenden

Verflechtung und Verblindung der Reaktion, z. B. in NATO und EG, immer schwerer wird, in nur einem Land erfolgreich zu führen, ohne die aktive Unterstützung der Arbeiter und aller fortschrittlichen Kräfte in den anderen Ländern

In diesem Sinne ist auch die Propagierung der Solidarität mit dem Befreiungskampf des irischen Volkes für uns keine rein moralische Frage, der wir uns durch gelegentliche Geldsammlungen entledigen könnten. Sie ist eine Frage, die auch für uns einen Kampf gegen Ausbeutung und zunehmende Entrechtung der Arbeiter und aller fortschrittlichen Kräfte in unserem Land von großer Bedeutung ist.“ (Aus dem Referat des KB/Gruppe Oldenburg)

Wenn wir die Schaffung internationaler Solidarität vernachlässigen, wenn wir nicht jede Gelegenheit zu Aktionen praktischer internationaler Solidarität nutzen, werden wir nicht etwa nur eine unvollständige Politik machen, wir werden eine falsche Politik machen, wir werden eine Niederlage organisieren. Das gilt auf allen Ebenen, im Betrieb und im Bezirk. Das gilt in Zukunft noch verstärkt wegen der Entwicklung der EG und der Zunahme der Zahl der ausländischen Arbeiter, die der BRD-Imperialismus in der BRD und außerhalb ausbeutet

Die geschichtliche Entwicklung und unsere bewußte Politik führen die unterdrückten Völker und die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder in einen gemeinsamen Kampf front zusammen. Die nationale Befreiung ist, wie Stalin sagt, zu einem Teil der proletarischen Weltrevolution geworden. Der Kampf des irischen



1.800 Menschen besuchten die Solidaritätsveranstaltung in Hamburg

Volkes ist auch unser Kampf.“ (Aus dem Referat des KB/Gruppe Hamburg)

Die Solidaritätsveranstaltungen standen deshalb unter den Parolen: Es lebe der Befreiungskampf des irischen Volkes! Für ein vereinigtes freies sozialistisches Irland!

### Wir wollen ein sozialistisches Irland

Entsprechend dieser politischen Linie waren die Veranstaltungen auf allen Ebenen der Organisation vorbereitet worden. Durch die Lektüre der Artikel, die in unseren Zeitungen ARBEITERKAMPF und DIE INTERNATIONALE über Irland erschienen waren, durch die Diskussion der aufstehenden Fragen und die Vorbereitung von Fragen und Beiträgen für die Veranstaltungen war die Grundlage geschaffen worden für die große Aufmerksamkeit und das Interesse mit dem die Rede des irischen Genossen verfolgt wurde

Der Genosse Sean O'Connell sagte unter anderem: „Diejenigen, die denken, daß politische Mittel allein ausreichend sind für die Wied-

eroberung Irlands, verschließen ihre Augen vor den Lehren der Geschichte, nicht nur Irlands, sondern aller anderen Länder, die für ihre nationale Befreiung kämpfen. Wenn die Freiheit ohne Gewalt errungen werden kann, dann läßt sie uns auf jeden Fall auf diese Weise gewinnen, aber wir sollten nicht zulassen, daß wir der Sieg entziehen wird von denen, die keine Bedenken gegen die Anwendung von Gewalt haben werden, wenn Macht, Reichtum und Privilegien ihren Klassen entgegenfallen. In diesem Zusammenhang brauchen wir auch nur darauf hinzuweisen, was in Griechenland geschah, in Afrika und nun in Chile, mit der Machtübernahme durch rechte Elemente unter Benützung der Armees und mit Unterstützung durch die USA

Die Geschichte beweist, daß nur einem bewaffneten entschlossenen Volk Respekt entgegengebracht wird. Während England das Recht verlangt, für Irland Gesetze zu erlassen, und diesen Anspruch mit bewaffneter Gewalt durchsetzen müssen auch die Iren selbst und vorbereitet sein die dem Anspruch mit bewaffneter Ge-



Forst. Irlandveranstaltung

wollt Widerstand zu leisten. Die IRA der 70er Jahre mit ihrem neuen politischen Bewußtsein, bleibt eine geistig, ausgerüstete und entschlossene Armee. Aber sie ist jetzt eine revolutionäre Armee, eine Armee des Volkes, befähigt, eine revolutionäre Situation zum Wohl des Volkes zu entwickeln und auszunutzen, und weiß, wann sie kämpfen muß und wann sich zurückziehen.

Unser Ziel ist es, eine Massenbewegung gegen Unterdrückung und Ausbeutung zu schaffen, eine Bewegung der Arbeiter und kleinen Bauern, die die verbundenen Kräfte der Unterdrückung und Ausbeutung in Irland vernichtet - den englischen Imperialismus und den Kapitalismus.

Unser Ziel ist es, die Arbeiter in ganz Irland zum Kampf für die Wiedereroberung unseres Landes zu vereinen und sie zu der Einsicht zu führen, daß Fanatismus, Haß und religiöse oder ethnische Spaltung weiter gefördert werden, solange nicht die Macht übergegangen ist in die Hände des Volkes in einer sozialistischen Republik. Es wird keinen Frieden, keine Freiheit und keine Gerechtigkeit geben, bis sich die Arbeiter in Briderlichkeit vereinen, um ihre ureigenen Rechte zu beanspruchen.

Die irischen Menschen erlitten inhaftierungen, Unterdrückung, Brutalität, Folter und Mord aus den Händen der britischen Armee. Die irische Republikanische Bewegung wird fortfahren, sich auf jede mögliche Art den Aktivitäten der britischen Armee zu widersetzen. Wir weisen die Absicht der britischen Regierung zurück,

Festigung der internationalen Solidarität



Der „Sternenflug“, traditionelles Symbol der Republikanischen Bewegung Irlands

Auf den Solidaritätsveranstaltungen

Auf den Solidaritätsveranstaltungen für den Befreiungskampf des irischen Volkes, die von den KB Gruppen in Oldenburg, Flensburg, Hamburg, Göttingen, Hannover, Kiel und Bremerhaven durchgeführt wurden, waren insgesamt über 2600 Menschen anwesend (davon allein in Hamburg etwa 1800), und es wurden Spenden in einer Höhe von DM 4.145,- gesammelt, davon allein DM 400,- auf einer von 100 Menschen besuchten Veranstaltung in Lübeck und DM 2.665,- auf der Hamburger Veranstaltung.

Diese Veranstaltungen waren ein Erfolg sowohl für die Festigung internationaler Solidarität als auch für die Entwicklung unserer Politik. Wir werden auch in Zukunft den proletarischen Internationalismus mit praktischen Aktionen zu verstärken.

Der Genosse Sean O'Connath sagte zur Frage der internationalen Solidarität:

„Die beste Waise, wie für den Kampf für den Sozialismus in Irland unterstützen können, ist die Schaffung einer eigenen sozialistischen Revolution in Westdeutschland.“ Und er schloß sein Referat mit den Worten:

Genossen! Die irische Republikanische Bewegung überbringt ihre warmsten Grüße an das Volk von Westdeutschland und an alle, die unseren Kampf für Frieden, nationale Befreiung und Sozialismus unterstützen. Mit den Worten des großen irischen sozialistischen revolutionären Führers und Gründers der Irish Citizen Army James Connolly:

Der Sozialist eines anderen Landes ist ein Komplizen, während der Kapitalist seines eigenen Landes ein natürlicher Feind ist.“



Genosse Sean O'Connath (links) auf der Veranstaltung in Göttingen

einen irischen Bund innerhalb des imperialistischen wirtschaftlichen Blocks zu schaffen. Unser Ziel ist eine demokratische sozialistische Republik. Wir werden uns davon nicht abbringen lassen.

Wir bitten euch deshalb, uns in den folgenden Forderungen zu unterstützen:

- 1) England soll seine Absicht erklären, sich militärisch und politisch von Irland zu lösen und einen Zeitplan für einen schrittweisen Truppenabzug festlegen
- 2) Sofortiger Abzug der Truppen von den Straßen unserer Städte und ihre Rückkehr in die Kasernen
- 3) Freilassung aller Inhaftierten und Häftlinge und eine Amnestie für alle politischen Gefangenen.
- 4) Beendigung jeder Unterdrückungs- und Zwangsgesetzgebung.

Wir wollen keine Spaltung, keine Furcht, keine Herrschaft der einen korrupten Bande von Kapitalisten oder der anderen. Wir wollen ein sozialistisches Irland.

Sunningdale ist nur noch ein Fetzen Papier

Bei den Fragen, die an den irischen Genossen gestellt wurden, standen im Vordergrund Fragen nach dem Verhältnis zwischen IRA-Official und IRA-Provisional, nach der Rolle des bewaffneten Kampfes in der Politik der IRA - Sinn Fein - Official, nach der Beteiligung der Sinn Fein an Wahlen und - aus der Erfahrung der Genossen in Betneb und Bezuik - nach der gewerkschaftlichen und anderen Massenarbeit der IRA - Sinn Fein - Official.

Großes Interesse bestand auch, von dem irischen Genossen eine Einschätzung der aktuellen Vorgänge in Nordirland, des Streiks der Protestanten gegen das Sunningdale-Abkommen, zu erhalten. Hierzu sagte Sean O'Connath in einem Interview und auf der Hamburger Veranstaltung:

O'Connath in einem Interview und auf der Hamburger Veranstaltung: „Was die britische Regierung für das Volk entscheidet, wer, sagt...“

einen irischen Rat einrichten würden, der die Mittelklassen in Irland repräsentiert und der Arbeiterklasse absolut nichts gibt. Für uns als eine revolutionäre Bewegung ist deshalb Sunningdale wichtig, weil wir es verhindern müssen. Wir müssen die Massen in Irland organisieren und verhindern, daß Sunningdale gelingt.

Alle 50 Jahre ungefähr haben die britischen Regierungen ihre Haltung zu Irland modernisiert.

Das letzte Sunningdale, das wir erlebten, war 1922 und wurde Government of Ireland Act genannt. Es teilte unser Land. Dies ist nur eine Modernisierung davon.

Sunningdale wird eine größere Ausbeutung des irischen Reichums für ausländische Interessen erlauben. Auf keinen Fall wird es den Gemeinden im Norden die grundlegenden Bürgerrechte geben. Sunningdale ist also die britische Antwort an die Gemeinden im Norden, die solche Bürgerrechte gefordert haben. Sunningdale gibt sie nicht.

Dem Streik im Norden Irlands liegt eine Stimmung der Massen in den protestantischen Gemeinden und großen Teilen der katholischen Gemeinden gegen die britischen Absichten in Irland zugrunde.

In Sunningdale hat die britische Regierung die protestantischen Menschen aus der Arbeiterklasse vertrieben, die in den letzten 50 Jahren loyal zu England gewesen sind.

Ich sollte dazu sagen, daß viele der Streikenden aus anderen Gründen und verschiedenen Richtungen streiken. Einige sind absolut gegen eine Machtverteilung zwischen den katholischen Massen und den protestantischen Massen. Dann gibt es welche, die sich am Streik beteiligen, weil sie gegen die britische Ausbeutung Irlands sind.

Eines ist ganz sicher durch diesen Streik: Sunningdale ist...“

Eines ist ganz sicher durch diesen Streik: Sunningdale ist ein Fetzen Papier und England wird seine Haltung zu Irland wieder völlig über-

denken müssen. Und das verdanken wir den Menschen aus der protestantischen Arbeiterklasse Nordirlands.

Alles was die britische Regierung tun wird, wird sein, daß sie den Namen der Suche ändert und die Pille mehr verzerkt.

Die einzige wirkliche Opposition gegen Sunningdale ist die vereinigte Bewegung der Arbeiterklasse, und die ist zur Zeit geteilt. Sie müssen vereint werden und alle Sunningdales bekämpfen, die die britische Regierung ihnen weiterhin hinwerfen wird.

Was wir also in Irland tun müssen, ist die Unterstützung der Ablehnung Sunningdales durch die katholische Arbeiterklasse. Wir müssen versuchen, gemeinsame Ziele zu erreichen, um die protestantischen Arbeiter wegzubringen von jedem faschistischen Einfluß, der im Streik vorhanden ist. (Zu unserer Einschätzung des Streiks vgl. Artikel in diesem AK)

Cathal Goulding führt unsere Bewegung für die Revolution

Viele Fragen wurden ausgelöst durch den Inhalt einer Informationsbroschüre des Westdeutschen IRA - Sinn Fein - Solidaritätskomitees, in der der IRA - Sinn Fein - Official, insbesondere gegenüber einem Interview mit Cathal Goulding, eine reformistische und revisionistische Politik vorgeworfen wurde. Sean O'Connath sagte hierzu:

„Unser Standpunkt, der Cathal Gouldings Standpunkt ist, ist, daß wir an die Notwendigkeit des politischen, ökonomischen und militärischen Kampfes in Irland glauben, um den Imperialismus zu zerstören, und wir benutzen jeden möglichen Weg, um unser Volk für diesen Kampf zu organisieren.“

Ich habe hier ein Interview mit Cathal Goulding, das in unserer internationalen Zeitung „Eolas“ im Oktober 1973 erschienen ist, und ich habe einige Zitate herausgesucht, um zu zeigen, wo Cathal Goulding mit uns steht.

Cathal Goulding sagt: „Unsere Grundzüge für den Kampf ist ganz klar die Ansicht, daß wir nicht am politischen Kampf teilnehmen können, wenn wir den Feinden des Volkes die ununterbrochene Kontrolle politischer Waffen überlassen, die für die Interessen des Volkes in unserem umfassenden Kampf genutzt werden können und müssen.“

Gouldings Interview geht weiter: „Wir sind uns also klar darüber, daß die Grenzen, in die unsere Kandidaten gewählt worden sind oder gewählt werden wollen, weder republikanisch noch sozialistisch oder demokratisch sind, aber wir wissen nicht nur von dem faktischen Wert eines...

kräftig sind, aber wir wissen nicht nur von dem faktischen Wert einer Erweiterung des Kampfes durch die Benutzung jeder politischen Waffe sondern auch von den praktischen Ergebnissen in der Erziehung und Organisation, die eine Beteiligung herbeiführt.“

Das Interview lautet dann: „Wir stellen an die Feinde des irischen Volkes die einzige wirkliche revolutionäre Herausforderung und für das Volk die einzige wirkliche Möglichkeit eines radikalen Wandels.“

Was er wirklich sagt, ist, daß unsere Haltung zum Parlament ist die: die Wahlen zu benutzen, um die Menschen in ihren wählbaren Forderungen zu unterstützen und daß wir das Parlament benutzen, um es von innen zu zerstören, wie wir es sowieso von außen tun.

Unsere allseitige Teilnahme am Kampf des Volkes, die kämpferische Agitation zur Wohnungsforderung, zusammen mit den kleinen Bauern, nach genossenschaftlichem Eigentum, der Kampf in der Gewerkschaftsbewegung, unsere Kampagne der Gewalt gegen die britische Armee im Norden, all dies sind revolutionäre Forderungen und Aktionen und keine reformistischen.

Ich will noch feststellen, daß Cathal Goulding einer der wenigen Menschen in unserer Bewegung gewesen ist, in den frühen 60er Jahren, der die Notwendigkeit der Revolution in Irland erkannte, und die Notwendigkeit, wegzukommen von dem Gedanken an nur eine weitere Kampagne der Gewalt im Norden. Es war unter seinem Einfluß, daß unsere Bewegung sich nach links entwickelte. Und es ist Cathal Goulding der heute unsere Bewegung für die Revolution führt und an nimmt an diesem Kampf selbst teil.“

Streik in Nordirland

Vom 15. - 29. Mai streikten in Nordirland die protestantischen Arbeiter. Organisiert wurde dieser Streik vom „Nordischen Arbeiter“, einer mit der protestantischen paramilitärischen Organisation UDA eng verbundenen Organisation.

Der „Arbeiter“ arbeitete bis vor kurzem nur in der Schiffs- und Maschinenbaubranche, sowie in Elektrizität und Wasserwerken. Dement sprechend lag auf diesen Betrieben auch der Schwerpunkt des Streiks. Von den drei B-Werken Nordirlands arbeitete nur noch eins teilweise, was zum Zusammenbruch der Stromversorgung in einigen Städten, z. B. in Derry, führte.

Der Streik richtete sich gegen das Sunningdale-Abkommen, das nach Meinung der Protestanten ein erster Schritt zur Vereinigung mit der Republik Irland ist, und gegen die vor fünf Monaten von London eingesetzte Regierung Nordirlands. Der „Arbeiter“ forderte eine „den Mehrheitsverhältnissen entsprechende Neuwahl“. Führer des Streiks waren drei Faschisten: der Führer der „Vanguard“-Bewegung W. Craig, der faschistische Pfarrer Ian Paisley und H. West.

In einer sich über mehrere Monate hinziehenden Kampagne wurde der protestantischen Bevölkerung von diesen Leuten einseitig, das Sunningdale-Abkommen sei der erste Schritt zur Vereinigung Nordirlands mit der Republik Irland, das entspricht aber nicht den Tatsachen. Das „Sunningdale-Abkommen“ und die in ihm beschlossene Bildung eines „Gesamtirischen Rates“ sind ein Schritt zur besseren wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur Koordination der „Teroristenbekämpfung“ (siehe hierzu AK 44). Und auch die von den Protestanten bekämpfte „Beteiligung“ der Katholiken an der neuen Regierung im Norden steht nur auf dem Papier. In Wirklichkeit stellen die Protestanten sechs der insgesamt elf Sitze in der neuen Regierung (AK 44).

Die Londoner Regierung griff, obwohl vom Führer der irischen Sozialdemokraten G. Fitt energisch aufgefordert, nicht ein. Man beschloß zwar, die Kraftwerke mit Soldaten zu besetzen, hat diese Entscheidung aber nicht in die Tat umgesetzt. Obwohl in England die Stimmen für einen Rückzug der britischen Truppen aus dem Norden Irlands in der Arbeiterklasse immer stärker werden (so fand z. B. in London eine Demonstration mit 50.000 Menschen für den Abzug der Truppen aus den sechs Grafschaften statt) wurde das Truppenkontingent weiter aufgestockt.

Sogar der britische Gewerkschaftsführer Len Murray schaltete sich ein.

Führer Len Murray schaltete sich ein, um durch einen „back to work“-Marsch, „Arbeitswille“ in die Betriebe zurückzuführen. Sein Marsch zu größten irischen Werft „Harland and Wolff“, zu dem er alle „arbeitswilligen“ Iren aufforderte, auch um ihn zu scharen“ („Welt“ 23.5.74), wurde ein Rieseneinfall. Nur 200 Menschen der über 470.000 irischen Arbeiter „scharen sich“ um Murray. Bei einem zweiten Versuch waren es gar nur 20, die bei ihrem Marsch von Frauen und Kindern mit Eiern und Tomaten beworfen wurden.

Dies zeigt, wie gescheitert die protestantische Bevölkerung Nordirlands auch an diesem Streik beteiligt. Nach 14 Tagen brach der „Arbeiter“ den Streik ab, nachdem die Regierung Faulkner beschloßen hatte, die Einstellung des „Gesamtirischen Rates“ bis nach der Wahl 1978 zu verschieben und nachdem es am 28.5. zurückgetreten war, womit die Regierungsgeschäfte automatisch wieder dem Londoner Parlament übertragen wurden.

Der Streik, angeführt von den Faschisten Craig, Paisley und West, richtete sich zwar gegen das Sunningdale-Abkommen und die neue Regierung, die beide auch von der revolutionären Bewegung bekämpft werden, doch zielte diese Kritik bewußt an falschen Tatsachen an und war orientiert auf die Erhaltung der Privilegien der protestantischen Teile der nordirischen Arbeiter, so daß es nicht nur Überwindung, sondern zur Vergrößerung der Spaltung zwischen Katholiken und Protestanten beitrug.

Sean O'Connath, internationaler Sekretär des offiziellen Sinn Fein, sagte auf seiner Europa-Informationen: „Die Spaltung ist sehr tief, so tief wie sie nur sein kann.“



In Hamburg wurden 2.600 DM Spenden gesammelt



Selt im November vergangenen Jahres in Griechenland Zehntausende gegen die faschistische Diktatur demonstrierten, hat das faschistische Militärregime die Unterdrückung und Verfolgung noch erheblich verstärkt. Allein seit Februar hat das Militärregime die Einkerkung von über 100 Antifaschisten offiziell bekannt gegeben, tatsächlich liegt die Zahl der Verhafteten jedoch weit höher. Unter den namentlich genannten Verhafteten befinden sich Genossen der Revolutionären Kommunistischen Bewegung Griechenlands (EKKE) und der Kommunistischen Partei Griechenlands.

Um nach dem Verbleib und dem Schicksal politisch verfolgter Antifaschisten im Lande der faschistischen Diktatur selbst zu forschen, reiste am 3. Mai 1974 eine dreiköpfige Delegation des Düsseldorfer Initiativkomitees Griechenland - Solidarität nach Athen. Mitglied der Delegation war der Schriftsteller Günter Wallraff, der hierzulande durch Reportagen und Enthüllungen über Missstände in westdeutschen Betrieben bekannt geworden ist.

Die Delegation recherchierte eine Woche lang, „spricht mit Junta-Ver-

## Schriftsteller Wallraff in Athen: „Ich klage an!“

tretern und Oppositionellen, untertauchten Studenten und kaltgestellten Politikern, ehemaligen Jaros-Häftlingen und Verwandten von Gefolterten, Verschleppten, Verurteilten.“ (lt. „DAS DA“, Magazin, das von Wallraff mit herausgegeben wird). Als die Delegation des „Initiativkomitees“ am 10. Mai abreist, bleibt G. Wallraff in Athen zurück und führt eine spektakuläre Aktion durch.

Mit einer Kette an einen Laternenmast gekettet, verteilte der Schriftsteller mitten in Athen Flugblätter, deren Hauptforderungen waren:

**Freiheit für Griechenland  
Freilassung aller politischen  
Gefangenen  
Pressefreiheit  
Freie Wahlen**

Noch bevor Wallraff alle Aufrufe hat verteilen können, wird er von Geheimpolizisten zu Boden geschlagen

und schon an Ort und Stelle das erste Mal schwer mißhandelt.

Er wird verhaftet, in den Kellern der berüchtigten Polizei weiter gefoltert und schließlich am 24. Mai zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt.

In der Verhandlung vor dem faschistischen Tribunal hat Wallraff statt einer Verteidigung Anklage gegen das Militärregime und dessen faschistischen Terror geführt, den er wie alle anderen politischen Gefangenen in Griechenland zu spüren bekam.

Im folgenden geben wir Auszüge aus der Rede Wallraffs im Wort aus wieder, weil seine Enthüllungen anschaulich machen, was das heißt: Faschismus an der Macht.

### Wallraff vor dem faschistischen Militärtribunal in Griechenland

Am 23. Mai hielt Günter Wallraff eine mutige Anklage-Rede (statt seiner Verteidigung) vor dem griechischen Militärtribunal gegen das brutale faschistische System. Zum Schluß sagte Wallraff:

Zu allererst noch – wie es sich für einen geständigen Täter gehört – möchte ich doch noch, aufgrund der gemachten Erfahrungen hier, so etwas wie Reue über meine „Tat“ zum Ausdruck bringen. Diese Aktion war halt meine Art zu protestieren. Ich bin von der Überzeugungskraft des gewaltlosen Widerstandes ausgegangen. Ich stelle mir inzwischen die Frage, ob die Wahl meiner Mittel angebracht, adäquat, richtig war. Denn es gibt eine Stufe der Brutalität, der Barbarei, wo einem ein derartiges Handlungsprinzip als Dummheit und Schwäche ausgelegt werden kann. Es kann sein, daß ich mich in der Wahl der Mittel vergriffen habe, nicht die Sprechenden gefunden habe, die von den Juntavertretern und ihren Helfershelfern verstanden wird.

(Z.B., als ich beim ersten Verhör mit Handschellen gefesselt, dazu noch die Kette an meinem Hals, von dem Vernehmungsspezialisten mit karategeübter Faust eine in die Fresse geschlagen bekam, und ich ihm daraufhin verhöhrend lächelnd zu verstehen gab, auch die andere

Gesichtshälfte nicht zu vergessen, damit ich im Gleichgewicht bliebe, nahm er das zum Anlaß mir mit voller Wucht in die Gesichtsteile zu treten.)

Um sich gegenseitig zu verstehen, muß man die gleiche Sprache sprechen. Das einzige Mittel, sich jemandem verständlich zu machen, der ausschließlich mit dem Panzer und dem Gewehr redet, ist letztlich, befehle ich, die Gegengewalt.

Abschließend, ich würde es mir und Ihnen lieber ersparen, darauf eingehen zu müssen, aber da es tagtägliche Vernehmungspraxis bei Ihnen ist, möchte ich es doch noch erwähnen.

Ich bin bei dem ersten mehrstündigen Verhör gefoltert worden. Man wollte aus mir herausbekommen, mit welchen Griechen ich Kontakt gehabt hätte.

Zwei Spezialisten in ZMD – evenuell Vertreter der „ESA“, die stellten sich mir nicht vor – schlugen meinen Kopf an einer Tischkante und auf dem Fußboden blutig. Außerdem Schläge mit der Kette, die an meinem Hals noch fest war, Schläge in Magen und Miß Schläge mit einem Knüttel und mit Abätzen von Stiefeln auf die Zehen meines linken Fußes. Die Spuren an Kopf und Zehen sind heute noch sichtbar. Ich habe seitdem auch ständig Kopfschmerzen.

Nach diesem Verhör mußte ich den Rest der Nacht auf einem Stuhl bei Beleuchtung sitzen und wurde am Schlafen gehindert. Ab 9 Uhr morgens Fortsetzung des Verhörs.

Ich bin mir darüber im klaren, daß ich als Ausländer und nach Initiative meiner Botschaft noch bevorzugt behandelt wurde. Als Grieche wäre ich der „ESA“ ausgeliefert worden, und womöglich halb oder gleich ganz totgeprügelt, hätte ich nicht mehr die Möglichkeit gehabt, hier vor Ihnen auszusagen.

(Quelle: „Bedürftige Extra-Dienste“)



G. Wallraff an einen Laternenmast gekettet, verteilt im Zentrum von Athen seinen Aufruf



Totschlägern besinnungslos geschlagen: Günter Wallraff nach der Flugblattaktion in Athen

## SÜDAFRIKA – Weitere Verschärfung des faschistischen Kurses

Die Sicherung der faschistischen Mehrheit bei den Parlamentswahlen durch die weiße Minderheit (ca. 17% der Bevölkerung) war mit einem klaren Auftrag versehen: Verschärfung der faschistischen Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung! (Siehe AK 44).

Grund ist der sich verstärkende und organisierende Widerstand gegen die Apartheidspolitik, gegen die Politik der Rassenentrennung, mit der die herrschende weiße Minderheit die Ausbeutung der einheimischen Bevölkerung absichern möchte.

Sie bestehen der Republik Südafrikas und der einheimischen Bevölkerung die elementarsten Rechte, das Recht auf Streik, auf gewerkschaftliche und politische Organisation und das Recht der freien Meinungsäußerung genommen.

Zur Unterdrückung des farbigen Proletariats dienen u.a. folgende Gesetze:

- das „Kommunismusgesetz“ Hier kann können Kritiker der Regierung auf unbestimmte Zeit unter Hausarrest gestellt oder inhaftiert werden.
- das „Gesetz gegen illegale Organisationen“ Es dient dazu, jede Oppositionsgruppe verbieten zu können.
- das „Kriminalgesetz“, das die Prügeleien für „passiven Widerstand“ vorsieht.

- das „Sabotage- und Terrorismusgesetz“, nach dem Oppositionelle bis zu 180 Tagen ohne Haftbefehl und Anklageerhebung in Haft gehalten werden können.

Mit einer solchen Politik hat es die faschistische Regierung bisher geschafft, den ausländischen Unternehmen – allein ca. 300 Konzerne und Firmen aus der BRD investierten bis 1974 1,75 Milliarden DM in Südafrika – riesenprofite zu sichern.

Der Widerstand der einheimischen Bevölkerung konnte dennoch nicht gebrochen werden.

- In Namibia sind heute schon ca. 100.000 Afrikaner in der SWAPO organisiert. Eine revolutionäre Organisation, die den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Ausbeuterregime propagiert.
- In den Grenzgebieten von Mocimbo schließen sich immer mehr Einheimische der Frelimo an.
- In den Betrieben werden illegale gewerkschaftliche Organisationen gebildet. Sie sind das Rückgrat der immer mehr zunehmenden betrieblichen Kämpfe.

### Im Auftrage der Imperialisten...

...eing die neue Regierung auch gleich daran, den staatlichen Unterdrückungsapparat weiter auszubauen.

- „Mit der Bedrohung des Landes durch einen im Ausland organisierten Krieg kommunistischer Guerillas, sowie möglichen internen Terrorismus“ („SZ“, 24.5.74) wurden die Machtbefugnisse des Staatssicherheitsdienstes erheblich erweitert.

- Die neuen „Erweiterungen zum Aufnahmegesetz“ verbieten jede Form der außerparlamentarischen Opposition (Demonstrationen, Versammlungen etc.).
- Der „Affected Organisations Act“ untersagt den politischen Organisationen, Gelder aus dem Ausland zu erhalten.

Hier von sind vornehmlich drei Organisationen betroffen:

- die nationale Studentenorganisation
- das südafrikanische Institut für Rassenbeziehungen
- das christliche Institut von Beyers Naude.

„Diese Organisationen, die anders als die Unternehmungen über die Gehaltsstruktur bei den in Südafrika engagierten europäischen Firmen es stellt hatten“ (lt. „SZ“, 24.5.74) „erhalten alle Zuwendungen aus dem Ausland erhalten.“ („SZ“, 24.5.74).

- Ein neues „Pressegesetz“ ist in Vorbereitung. Mit ihm sollen oppositionelle Zeitungen, „mit Druckverboten von einem Tag bis zu mehreren Wochen belegt werden können.“ („SZ“, 24.5.74).

Mit solcher Politik empfiehlt sich die neue Regierung schon im ersten Monat ihrer Amtszeit als zuverlässige Sachverwalterin der ausländischen Kapitalinteressen.

Aber auch „wenn die Faschisten jetzt verstärkt daran gehen, „das ge-

setzliche Fundament ihrer Politik festzuverankern“ („SZ“, 24.5.74), wird es ihnen langfristig nicht gelingen, den Widerstand der einheimischen Bevölkerung zu brechen! • Betriebsrat HSW, KB/Gruppe Hamburg

Proletariat aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



**die Internationale**

Zeitung des Kommunistischen Bundes für den proletarischen Internationalismus

„Mit ein anschauliches Bild der Klassenkämpfe in der Welt geben und die internationale Solidarität im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus stärken.“

Die INTERNATIONALE erscheint alle 6 Wochen

für 6 Ausgaben DM 4.80  
für 12 Ausgaben DM 9.60

Freiwillige Abonnenten:  
für 6 Ausgaben ab DM 4  
für 12 Ausgaben ab DM 12

Zahlung bitte im voraus auf das Postfachkonto  
Hamburg 1465 95 203

Verlag ARBEITERKAMPF  
3 Reents  
2 Hamburg 11  
Ruthebahn 15

Aus dem Inhalt Nr. 5

**BRASIL**  
Über den revolutionären Kampf in Brasilien (Dink. der PC Br)

**CHILE**  
Frankfurter Chile Konferenz

Verabschiedung der Thesen  
Beitrag des MIR  
Ist es notwendig ein Prozess der Einheit und des Kampfes

**FRANKREICH**  
Der weiße Terror  
LIP: Der Kampf ist nicht verloren

**ITALIEN**  
Die Situation in Italien  
und unsere Aufgaben für  
spezifische Interventionen in  
Italien (cont.)



# Hamburg Türkischer Antifaschist ermordet



Im letzten AK berichteten wir, daß faschistische Schläger auf einer Versammlung des „Türkischen Arbeitervereins“ (ein von den Faschisten betriebener Verein zur Kontrolle und Unterdrückung der türkischen Arbeiter in der BRD) in Hamburg-Norderstedt türkische Antifaschisten brutal zusammenschlugen, die gekommen waren, um eine demokratische Wahl des Vorstands des „Türkischen Arbeitervereins“ und eine neue, an den Arbeiterinteressen ausgerichtete Politik zu fordern.

Die türkischen Faschisten schlugen dabei dem Arbeiter Neset Danus den Schädel ein. Das war am 5. Mai. Am 21. Mai ist Neset Danus an den Folgen dieser Verletzung gestorben. Damit wurde der faschistische Mord bühnenreif.

Die Polizei, die nach der Schlägerei eintraf, weigerte sich, die Faschisten festzunehmen, die ihnen von den türkischen Antifaschisten gezeigt

wurden, sondern nahmen stattdessen mehrere Antifaschisten fest und sorgten für den sicheren Abzug der Teilnehmer.

In der bürgerlichen Presse erschienen zu diesem Vorfalle nur kleine Notizen, in denen zudem die Zusammenhänge auf den Kopf gestellt wurden: die Antifaschisten hätten „die Versammlung sprengen“ wollen, hätten „friedliche Versammlungsteilnehmer angegriffen“ usw. In den folgenden Tagen und Wochen wurde dann jede Information über die Vorfälle unterdrückt. Die türkischen Antifaschisten wurden aus der Haft entlassen mit der ungeheuerlichen Auflage, sie dürften der Presse keine Informationen geben und sich auch sonst nicht zu den Vorfällen äußern.

Schon kurz nach der faschistischen Schlägerei in Norderstedt hatte in Hamburg eine von KBW und „KPD/ML“ geführte Demonstration mit etwa 250 Teilnehmern stattgefunden.

Nach dem Tod von Neset Danus

fand am 1. Juni eine vom KB, der „KPD“, dem KBW, der „KPD/ML“ und mehreren Ausländer-Gruppen unterstützte Demonstration mit etwa 2300 Teilnehmern (davon weit mehr als die Hälfte im Block des KB), darunter mehrere hundert Tür-

Eine makabren Scherz leistete sich der KBW: er sammelte etwa 2000 Unterschriften gegen den Mord an Neset Danus und verkündete großsprecherisch, das sei eine „Volksbewegung“ und „ein Zusammenschluß, der sich sehen lassen kann“; diese Unterschriftensammlung, bei der auch „CDU-Mitglieder, Christen, DKP-Mitglieder usw.“ unterschrieben hätten, sei doch „ganz was anderes“ und „viel besser“ als eine Aktionsinheit „nur“ von kommunistischen Organisationen. „So können wir den nötigen öffentlichen Druck ausüben“ – mit Unterschriftensammlungen. (Zitate aus einem Flugblatt des KBW)

## Faschisten-Treff in Hamburg-Blankenese

Am 27. Mai fand im Gymnasium Wilhelms (im Hamburger Bourgeois-Viertel Blankenese) eine Veranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten“ (NPD) mit dem Titel „Nationale Solidarität“ statt.

Schon am Nachmittag hatte die Polizei Absperungen errichtet und war mit zwei Mannschaftswagen und Wasserwerfern vor der Schule aufmarschiert. Vor der Schule hielten mehrere „Peter-Wagen“, weitere standen in Nebenstraßen wo auch noch zwei weitere Mannschaftswagen und Autos der „Zivilfahndung“ standen.

Im Saal waren 18 NPD-Anhänger anwesend. Der Eingang zur Aula war vom Faschisten Rieger bewacht, der eine Schlägertruppe, ausgerüstet mit Stöcken und Schlagringen, mitgebracht hatte.

Eine Gruppe von etwa 30 Antifaschisten stand mehr oder weniger unschlüssig auf der Straße. Es war unklar, ob und wie man sich in die Veranstaltung einschalten sollte, was jedoch keine linke Organisation aufgerufen hatte.

Eine 3/4 Stunde nach Beginn der Faschisten-Veranstaltung zog sich die Polizei z.T. zurück, da es bei dem „ruhig“ geblieben war.

Dabei fuhr ein Wagen der Zivil-

fahndung provokatorisch fast in eine auf der Straßenseite stehende Gruppe von Antifaschisten hinein. Ein Schüler mußte zur Seite springen, wobei er sich auf den Wagen aufstützte. Ein Bulle sprang daraufhin aus dem Auto und begann, auf den Schüler einzuprügeln, warf ihn in eine Hecke und prügelte dann weiter auf ihn ein. Andere Polizisten sahen einige Zeit zu und nahmen dann zusammen mit dem Schläger den Schüler fest, um die Personalien aufzunehmen. Dem Schüler sollte symbolisch der Vorwurf der „Sachbeschädigung“ gemacht werden (weil er den Polizei-Wagen berührt hatte).

Dieser Vorfall rief bei den anderen antifaschistischen Schülern grobe Empörung hervor. Ein Faschist machte sich an die Schüler heran, um sich bei ihnen anzubedenen. Es war ja „ungeheuerlich“, was die Polizei da gemacht habe. Man müsse aber auch verstehen, wenn die Polizei „servis“ sei, denn die letzten NPD-Veranstaltungen seien durch Kommunisten gestört worden. Der Faschist bot sich sogar als „Zeuge“ für den Vorfall den antifaschistischen Schülern an.

Ein Genosse des SSB (Schüler)

## Polizeifälle gegen Antifaschisten



Am 16. Mai stellte die Polizei in Hamburg den Antifaschisten eine Falle – die allerdings nicht zuschnappen konnte.

Nachdem in den letzten Wochen und Monaten – trotz z.T. sehr massiven Polizeischutzes – eine große Zahl von Faschisten-Versammlungen gesprengt wurde oder auf sonstige Weise be- und verhindert werden konnte, versuchten NPD und Hamburger Bullen diesmal den Hamburger Antifaschisten eine überraschende und empfindliche Niederlage beizubringen. Die geplante Faschisten-Zusammenkunft in Hamburg-Fuhlsbüttel wurde scheinbar nur mit wenigen Bullen in einer Weile „abgeschert“, die die Antifaschisten zu einer Aktion direkt herauslocken sollte. Massives Polizeiaufgebot – zwei Wasserwerfer, vier Mannschaftswagen, Bereitschaftspolizei, viele Streifenwagen lauvten versteckt im Schulhof des nahegelegenen Alsteraltgymnasiums. Die Faschisten selbst organisierten einen „tiefgestaffelten“ Postendienst (mit Sprechfunkgeräten ausgerüstet), der die ganze – ziemlich abgelegene – Gegend überwachte. Ihnen zur Seite gestellt sich eine Reihe von Zivilstreifen der Polizei. Die Antifaschisten waren auf diese Falle schon ein paar Tage vorher vorbereitet. Die von Faschisten und Bullen erwartete (und erwünschte) Aktion unterließ. Stattdessen prangten an den Wänden der Kneipe „Schloß Erdkamp“ – dem Ort der geplanten Faschisten-Zusammenkunft – antifaschistische Parolen, im Treppengang selbst verbrüllte sich der Obbe (Kotz) geruch einer Buttersen-Bombe, sodaß das Hülfein Faschisten – 18 Mann hoch – auch noch umziehen mußte. Der Polizei-Großbesatz in Fuhlsbüttel hatte die Hamburger Steuerzahler wieder einmal tausend Mark gekostet, die aber der SPD-regierte Senat sehr schnell zu bewilligen bereit ist, wenn es darum geht, eine Kleinert-Veranstaltung der Faschisten zu schützen und Knüttel-Organen gegen Antifaschisten vom Zaum zu brechen.

Bezirkszelle Barmbek/Fuhlsbüttel, KB/Gruppe Hamburg

## Antifaschistische Großveranstaltung in Hamburg

Am 7. Juni 74 versammelten sich etwa 1400 bis 1500 Menschen zu einer antifaschistischen Großveranstaltung in Hamburg, zu der KB, SSB und RBJ aufrufen. Anlaß der Veranstaltung war der faschistische Mord an Neset Danus. Der Mord wurde von den Toren Hamburgs, der faschistische Bombenanschlag in Brescia/Italien und der verschleierte faschistische Terror in Griechenland. Zu diesen Themen wurden eine Reihe von Referaten gehalten, sowie griechische und antifaschistische Lieder vorgetragen. Die Mutter eines verhafteten griechischen Genossen – Mitglied der EKKK – trat ans Mikrofon und verlas eine Resolution zum Schicksal ihres Sohnes, die sie schon zuvor der bürgerlichen Presse, sowie Bundespräsident Heinemann zuteilte. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß von dieser Seite dazu keinerlei Reaktion kam. Wir drucken diese Erklärung aus.

Erklärung der Mutter von Christos Blatis

An die fortschrittliche internationale öffentliche Meinung, an den Bundespräsidenten, Herrn Gustav Heinemann, und an alle internationalen Organisationen für die Verteidigung der Menschenrechte.

Unter dem Druck der ergreifenden Mobilisierung der öffentlichen Meinung, der fortschrittlichen Menschen im Ausland und besonders in der BRD, der Veranstaltungen und der Demonstrationen, der Tausende von Unterschriften von Persönlichkeiten wurde die Junta gezwungen, die Namen der verhafteten Griechen, darunter auch des meines Sohnes, Christos Blatis, zu veröffentlichen.

Dies ist ein von uns errungener Sieg, aber doch keine Garantie für das

Leben der Kämpfer und für ihre körperliche und geistige Integrität. Niemand von ihnen hat einen Menschen gesehen, von ihnen Folternern abgesehen.

Die Junta wurde gezwungen, die Namen der verhafteten Kämpfer zu veröffentlichen. In dem Versuch, um ihre politischen Gegner diejenigen zu vernichten, die ihr unermüdlich aktivem Widerstand entgegenstehen, versucht sie, die Fäden durchzutrennen, die diese Volkskämpfer mit den Volksmassen verbinden, sie versucht, deren persönliche und politische Geltung mit Verleumdungen zu vernichten. Die ihre eigene ideologische Nachteil – sie ist faschistisch nicht in der Lage ist, den Ideen entgegenzutreten, für die sie kämpfen. Die Taktik der faschistischen Regimes ist immer die gleiche, die Kommunisten und die konsequenten Volkskämpfer als vom Ausland angestiftete Verbrecher darzustellen, die ist der Versuch, durch antikommunistische Hysterie und Terror die Anerkennung der fortschrittlichen Legitimität gewaltsam von den Volksmassen zu erwürgen.

Mit der Veröffentlichung der Namen verfolgt die Junta außerdem den Zweck, die Solidaritätsbewegung aufzuhalten, aber auch, die Volksmassen in unserem Land und die fortschrittlichen Menschen im Ausland zu terrorisieren, indem sie die Kämpfer als kriminelle Elemente bezeichnet und ihnen Verbrechen anlasten. Diese Organe von Lügen zeigt nichts anderes als die Angst vor der Volkshebung und den Kampfwillen unserer Volkskämpfer. Das einzige, was die Junta nicht erreichen kann, ist, die Volksmassen einzuschüchtern, denn der Kampf, den diese Kommunisten, die Volkskämpfer führen, ist ihr eigener Kampf, der Kampf der Volksmassen. Wenn man sie noch so foltert, man wird sie nicht in die Knie zwin-

gen. Die Junta wird es nie schaffen, dem Kampfwillen des Volkes zu brechen. Auch wenn sie meinen Sohn und die anderen Kämpfer liquidiert. Tausende werden neu an ihre Stelle treten. Ihre Tüchtigkeit drückt nicht nur die Hoffnungen der neuen Generation aus, sondern die Hoffnungen unseres ganzen Volkes.

Das haben die Novemberereignisse gezeigt. Das zeigen die Mütter, die ohne vor dem Druck und allen Bravouren der Junta zurückzuweichen nicht schweigen, die sich mit Mut erheben und sich an alle Mütter der Welt richten für ihre Kinder, von denen sie seit Monaten nicht wissen, ob sie die Panzer zerquetscht haben oder ob sie von den Faschisten in den Gefängnissen gemordet werden.

Die Ausbeuter, die unsere Söhne vor den unmenschlichen Folterungen ihrer Henker zeigen, erhöht auch den Ansporn für uns alle Leute, in den Reihen der griechischen Bewegung für die gleichen Ziele zu kämpfen, für die sie sich seit Jahren aufgeopfert haben. Unser Kampf setzt sich fort. Wir dürfen auf keinen Fall Kämpfer verlorengehen lassen. Jeder Kämpfer ist wertvoll. Die Solidaritätsbewegung muß noch stärker werden. Wir müssen jeden Kämpfer retten, dessen Kampf sich im Rahmen der internationalen Volksbewegung einordnet, die immer stärker wird. Die Völker der ganzen Welt haben gesetzt und zeigen noch immer – trotz des Drucks, den ihre Regierungen auf sie ausüben durch die Kommunikationsmittel wie Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen, aber die sie verfügen, trotz verachteter Bestechung mit den Hilfestellungen an die faschistischen Regimes –, daß sie die Kraft besitzen, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen und sich eine eigene menschliche Ordnung zu geben. Eine Gesellschaft, in der die Menschen nicht mehr wie Hunde auf

den Straßen verrecken, in der sie nicht mehr ihren Schwelz opfern, ohne die Früchte ihrer Bewältigung schmecken zu können, in der sie nicht mehr von den Panzern ihrer Mörder gemetzelt werden.

Ich richte mich daher erneut an die fortschrittlichen Menschen, an die Mütter und Väter, damit wir alle zusammen unsere Ausrichtungen intensiver, das Leben unserer Kämpfer die in Gefahr sind, zu retten.

- Den Verwandten soll der Kontakt zu ihren verhafteten Kindern ermöglicht werden.
- Den Verhafteten muß der Kontakt mit ihren Ärsten und Rechtsanwältinnen gestattet werden.
- Veröffentlichung der Namen aller verhafteten und ermordeten

Kämpfer – Freiheit für alle politischen Gefangenen.

Mit diesem Brief richte ich mich auch an den Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland und fordere ihn auf, – was bestimmt auch im Sinne des deutschen Volkes ist, das die faschistische Gewalt und den Terror selber erfahren hat und seine Solidarität mit dem kämpfenden griechischen Volk zeigt – mit obigen Forderungen dem faschistischen Regime in Athen gegenüber Stellung zu nehmen, um damit die Gerechtigkeit des deutschen Volkes auszudrücken.

Berlin, 18. Mai 1974

(Maria Blatis)



Soll dem Propaganda-Auftritt des NPD-Führers von Thadden am 27. 4. folgen die Nordhorner Faschisten weiter ihre Aktivität und werden von Tag zu Tag frecher ihr Treiben und die damit verbundenen Gefahren für die demokratische Bewegung (vor allem in der Jugend) machen diese Ergänzung unseres Berichts in AK 44 notwendig.

### „DVG“ – Verteidiger des faschistischen Massen- und Völkermordes auf ein neues 33!

Beim Besuch Willy Brandts in Nordhorn Anfang Mai verteilten die Faschisten verschiedene Flugblätter der „Deutsch-Völkischen Gemeinschaft“ (DVG), in denen u.a. die provokatorische Frage gestellt wird: „Wer die nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei NSDAP so gut oder so schlecht, daß sie verboten werden muß?“ Selbstredend antworten diese Vögel darauf, die Nazis wären „zu gut“ gewesen! Schließlich habe Adolf Hitler „Arbeit und Brot geschaffen“, alle Deutschen „auf friedlichem“ (!!!) Wege zum „neuen erstrahlenden Großdeutschland“ zusammengeführt!

Dieser Weg war so „friedlich“, daß Polen, Frankreich, die Benelux-Staaten, die Tschechoslowakei, die Sowjetunion, Dänemark, Norwegen, die Baltischen Länder, die Balkanstaaten u.a. von den Nazi-Truppen überfallen wurden, daß jeder Widerstand in diesen Ländern vom Militär, vor allem aber von SA und SS brutal erstickt und mit tausendfachen Morden an der Bevölkerung „geahndet“ wurde, daß Millionen Juden und zig-Tausende Kommunisten, Sozialdemokraten und oppositionelle Christen in den Hitler-KZ's zu Tode gebracht wurden.

Natürlich taucht in diesen braunen Schmierblättern auch wieder die alte Lüge der Nazis auf, das „weltweite Komplott der internationalen Großkapitalisten, die Kommunisten der jüdisch-marxistisch-leninistischen jüdisch-marxistisch-leninistischen Irrlehren“ hätten Deutschland in den Krieg gebezett – und nicht etwa der Hohn der deutschen Großkapitalisten und seiner faschistischen Statthalter nach Kolonien, Weltmarktherrschaft, verstärkten Arbeitsebenen und imperialistischen Monopolprofilen. In diesem Stil sind alle Flugblätter der DVG verfaßt, die offensichtlich die alten Faschisten ansprechen und wieder aufmühen sollen. Gegen diese Schweinereien, gegen diese offene Verteidigung faschistischen Massen- und Völkermordes leiten die Herren Vertreter der sogenannten „wehrhaften Demokratie“ von der SPD keine Schritte ein, während gegen Linke, die den Charakter dieses Staates enthüllen, vor den Gerichten wegen „Verleumdung“, „Verleumdung“, „Verleumdung“ der BRD usw. vorgegangen wird.

### „Freiheit für Heß“ – Faschistische Propaganda im Jugendzentrum?

Etwas „geschickter“ versuchten die Faschisten in einer anderen Aktion vorzugehen, die die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN, Jugendrotte der NPD) und der „Bund Volkstreuer Jugend“ mit einer eigens dafür gegründeten „Hilfsgemeinschaft Rudolf Heß“ im Nordhorn Jugendzentrum durchzuführen wollten. Hier führten sie als Motiv die „Humanität“ ins Feld, wie es für die seit einiger Zeit auf Hochtour laufenden „Freiheit für Heß“-Bewegung typisch ist.

Sie stellten an den Rat des Jugendzentrums (Verwaltungsorgan des JZ mit einer Mehrheit von gewählten Jugendlichen) den Antrag, eine Veranstaltung für den Kriegsverbrecher Heß durchführen zu dürfen. Im Rat wurde schließlich nach längerer Diskussion der „Kompromiß“ beschlossen, daß die Faschisten zunächst einen Plan zu ihrer Veranstaltung vorzulegen hätten, bevor man über ihren Antrag endgültig abstimmen könnte. Dieser „Kompromiß“ wurde gegen die Stimmen angenommen.

Die beiden Mitglieder der DKP, die gegen diesen Antrag gestimmt hatten, begründeten dies ausschließlich damit, daß die Antragsteller Faschisten waren. Wäre der Plan, eine Veranstaltung für Heß durchzuführen, von anderen bürgerlichen Politikern gekommen hätten sie keine Einwände gehabt? Im weiteren Verlauf stimmte dem Kompromißvorschlag zu.

# RATTENFÄNGER

## Nordhorner Genossen berichten über faschistisches Treiben

zu und „begründete“ dies in einem späteren Gespräch damit, den Faschisten keinen Vorwand zu liefern, nachher sagen zu können, der JZ-Rat sei undemokratisch. Nur die dritte Nein-Stimme von einem KB-Sympathisanten wurde u.a. damit begründet, daß Rudolf Heß, der „Stellvertreter des Führers“, sich auch heute noch zum Faschismus bekennt!

Die Position der beiden DKP-Genossen drückt – einmal gutmütig unterteilt – ihre Blindheit gegenüber dem Faschisierungsprozeß insgesamt aus. Die Heß-Kampagne wird nicht nur von offenen Faschisten, sondern von den Rechten aller bürgerlichen Parteien und der gesamten bürgerlichen Publizistik getragen.

Diese Kampagne muß sich im Zusammenhang gesehen werden mit der Zunahme neofaschistischer Nazi-Propaganda aus der Hitler-Zeit (vgl. dazu Artikel in AK 43).

Die Haltung des SDAJ-Genossen bedeutet, Toleranz gegenüber den Faschisten zu predigen, den „Jugendlichen jeglicher Demokratie!“ Die Versumpfung der Revisionisten in speibürgerlich-demokratischen Vorstellungen ist hier auf den Gipfel gelangt: selbst das Grundgesetz sieht die Möglichkeit vor, Nachfolgeorganisationen der NSDAP zu verbieten.

Die vorhergehenden Folgen solcher Politik der „Toleranz“ und der „Aus-einander-Setzung“ mit den Faschisten nach „demokratischen Spielregeln“, wie sie von den Revisionisten im JZ betrieben wird (auch an der Aktion gegen von Thadden beteiligten sie sich nicht!), kommen u.a. in der Zahl von ca. 15 Jugendlichen zum Ausdruck, die von den „Jungen Nationaldemokraten“ und ihrem Anhängsel „Bund Volkstreuer Jugend“ inzwischengeschaltet werden konnten.

Der Plan der Neo-Nazis, ihren Dreck im JZ unter die Leute zu bringen, scheiterte nach Vorlage ihres Planes im JZ-Rat nur daran, daß sie ein Werbeplakat aufhängen wollten, in dem Heß als „Botschafter des Friedens“ bezeichnet wird. (Heß war 1941 nach England geflohen, um die britischen Imperialisten für einen gemeinsamen Krieg gegen die Sowjetunion zu gewinnen und den deutschen Imperialisten, an der Westfront den Rücken freizumachen!) Außerdem behaupteten sie, Heß sei von den Anklagepunkten „Kriegsverbrechen“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ freigesprochen worden. Lediglich (!!) wegen „Durchführung eines Angriffskrieges“ (!!!) sei er verurteilt worden. Eine Spitzenleistung an frechem Zynismus!

### „Nationalrevolutionäre“ Anbiederungsversuche

Mit anderer, nämlich „linker“, „revolutionärer“ Masche versuchen es die „Nationalrevolutionären Basisgruppen“, ein faschistischer Demagogenhäufchen, das sich vor allem an Jugendliche und Linke wendet. Die NRB versuchen, den braunen Mist mit pseudo-„revolutionären“ Phrasen aufzumähen und so insbesondere naive Jugendliche einzufangen.

Die NRB gehen sich auch einige Mühe, sich bei den Linken anzubiedern. Sie bringen es sogar fertig, Kommunisten „Aktionseinheiten“ gegen die DKP, die Sowjetunion und die USA anzubieten! So geschah im Nordhorn JZ am 22. Mai 74! Dem NRB „Angebot“ richtete sich an einen Sympathisanten des KB, der das aber eindeutig von sich wies. Darauf meinte der NRB-Mann, die Gruppe „KPD“ habe „Seite an Seite“ mit den NRB gegen Brezhnev demonstriert. Diese Behauptung wurde von einem zufällig anwesenden Genossen der „KPD“ als Lüge zurückgewiesen.

Allerdings muß an dieser Stelle etwas zum Opportunismus der Gruppe „KPD“ gerade gegenüber den „linken“ Faschisten gesagt werden. Unserer Auffassung nach kommt es nicht in Frage, den Faschisten auch nur in einer einzigen Frage Konzessionen zu machen. Selbst eine scheinbar linke Kritik ist niemals etwas anderes als ein faschistisches Täuschungs- und Betrugsmittel – und das muß eindeutig aufgedeckt werden, um den Erfolg solcher Betrugs-

manöver zu vereiteln!

Während der Kundgebung gegen von Thadden ließen sich aber etliche Genossen der „KPD“ „nahestehenden“ „Lüge gegen den Imperialismus“ in recht ernsthafte Diskussionen mit Faschisten ein, die sich unter die Kundgebungsteilnehmer gemischt hatten. Da konnte man von jenen Genossen z.B. hören: „Ja, über den Sowjetimperialismus sind wir uns ja einig, und klar ist auch, daß in der DDR natürlich die Arbeiter unterdrückt werden ... aber ...“ – um im Weiteren darüber zu verhandeln, wie wohl die besseren Vorstellungen hätten, wie es man angesichts der Krise der SPD-Regierung weitergehen müsse, usw. So wurde vor den umherstehenden Zuhörern die Show „Kampf der Argumente zwischen Rechts und Links“ dargeboten – und das selbst dann, als ein KB-Genosse sich bemühte, einen „linken“ getarnten Faschisten zu entlarven, die Unterstützung dafür zu gewinnen, diesen Demagogen zu verurteilen. Einigkeit mit den Faschisten über „Sozialimperialismus der Sowjetunion“? Als ob die Faschisten gegen die Sowjetunion hetzen, weil dort die Restauration des Kapitalismus stattfindet! Nein, Genossen, das machen wir nicht mit!

Die Geschichte ist auch reich an Erfahrungen mit faschistischen Provokateuren, die sich in die linke Bewegung eingeschlichen haben, um dort ideologische Zersetzungsarbeit zu betreiben und linke Organisationen zu abenteuerrischen Aktionen zu bewegen, gegebenenfalls solche Provokationen auch selbst durchzuführen.

### Demagogen, Provokateure, Agenten, Terroristen – Faschisten in verschiedenen Gewändern

Es ist falsch zu glauben, die Faschisten wären heutzutage nur ein-

paar alte Opas, die plumpen Rassenmus und plattesten Antikommunismus („jüdisch-bolschewistische Weltverwöhnung“) predigen. Zum Arsenal faschistischer Propaganda gehört immer die soziale Demagogie, das mehr oder weniger geschickte Anknüpfen an die Unzufriedenheit der Menschen mit ihrer sich verschlechternden Lage und mit der herrschenden Politik.

Das galt sogar für die NSDAP, erinnert sei auch daran, daß es auch in der Weimarer Republik Organisationen außerhalb der NSDAP gab, die unter Namen wie „Nationalrevolutionäre“, „Sozialrevolutionäre Nationalisten“ oder gar „Nationalbolschewisten“ u.a. gerade auch auf die verelendeten und teilweise politisch desorientierten Massen einwirkten und Zutrittsdienste für die NSDAP leisteten.

Die Geschichte ist auch reich an Erfahrungen mit faschistischen Provokateuren, die sich in die linke Bewegung eingeschlichen haben, um dort ideologische Zersetzungsarbeit zu betreiben und linke Organisationen zu abenteuerrischen Aktionen zu bewegen, gegebenenfalls solche Provokationen auch selbst durchzuführen.

### Stoppt die Faschisten!

Es ist unnötig festzustellen, daß sich gerade in Nordhorn die Faschis-

ten wieder in zunehmender Zahl und in verschiedenen Gewändern summieren. Offensichtlich durch den weitgehend ungestörten Auftritt von Thadden und die relativ geringe Teilnehmerzahl bei der antifaschistischen Kundgebung auch noch ermutigt. Diese Kundgebung und vor allem die Duldung der Faschisten im Jugendzentrum zeigen die derzeitige Schwäche der demokratischen Kräfte. Bezeichnenderweise finden sich Behörden (Jugendamt, Stadtrat ...) und Revisionisten auch hier wieder zusammen. Eine Bestimmung besagt, daß politische Agitation und Propaganda (Flugblattverteilung, Zeitungsverkauf ...) im JZ nicht erlaubt ist. Während die Faschisten sich darum einen Druck kümmern und auch kaum bebelagt werden, erwiesen sich die DKPler als ohrige Verfechter dieser Bestimmung – gegen die Linken (vor allem KB)! Inzwischen hat auch schon der SPD-Fraktionschef im Stadtrat und stellvertretende Bürgermeister von Nordhorn, Friedel Witte, die Forderung erhoben, man müsse die „Linksextremisten“ aus dem JZ rauschmeißen – nicht etwa die Faschisten!

Aus dieser Situation wird ersichtlich, wie dringend notwendig (um nur eine Aufgabe zu nennen) ein entschlossener und politisch bewusster Kern antifaschistischer Jugendlicher ist, der über den Faschismus, über dessen Jugendfeindlichkeit, dessen demagogische Tricks und Brutalität usw. aufklärt, der das Verbot politischer Betätigung im JZ bekämpft und politisch den Boden dafür bereitet, daß die Faschisten nicht weitere Jugendliche einsacken, und daß sie aus dem JZ verjagt werden können.

Nordhorner KB-Sympathisanten mit Unterstützung der Oldenburger KB-Gruppe

## Demonstration und Kundgebung gegen Thadden in Oldenburg

Am 30. Mai kam der Spitzenkandidat bei den niedersächsischen Landtagswahlen und frühere Bundesvorsitzende der NPD, Adolf v. Thadden, nach Oldenburg. Wir nahmen seinen Auftritt zum Anlaß, zu diskutieren, was gegen die Faschisten zu tun ist. Um ein möglichst breites solidarisches Vorgehen der Demokraten und Kommunisten zu erreichen, boten wir anderen Organisationen eine Aktions-einheit mit dem Ziel einer antifaschistischen Kundgebung an. Am Abend vor dem Auftritt v.

außer uns der KBW, seine Sympathisantenorganisationen, die Spartacusband (Trotzkisten) und die „Werkstatt“, eine demokratische Jugendgruppe. Die DKP zeigte auf unser Angebot zum gemeinsamen Vorgehen überhaupt keine Reaktion. Sie ging sogar soweit, Plakate, die zur Demonstration und Kundgebung aufrufen, zu überkleben und stapelweise antifaschistische Flugblätter des KB die in der Uni ausgelegt waren, wegzurufen.

Am Abend vor dem Auftritt v.

Thadden wurde von den Gruppen der Aktionsgemeinschaft eine Diskussionsveranstaltung zu dem Thema, wie man gegen die Faschisten kämpfen muß durchgeführt. Bei der Diskussion, ob man aufstehen gegen die Faschisten vorgehen sollte, wurde der KBW gezwungen, die Hosen herunterzulassen. Er sprach sich „prinzipiell“ gegen jegliche Militanz aus, weil man nicht an Stelle der Bevölkerung gegen die Faschisten kämpfen dürfe ... aber wenn 5 000 Demonstranten vor der Weser-Ems-Halle (dem Veranstaltungsort) stehen würden, wäre die Halle abgeräumt, ohne daß man die Hände gebrauchten müßte. Lediglich die trotzkistischen Organisationen und wir sprachen sich für eine Abriegelung der Veranstaltung aus, wenn es das Kräfteverhältnis erlauben würde.

An der Kundgebung und Demonstration am folgenden Tag nahmen ca. 200 Menschen teil. Es gelang nicht, etwas gegen die Veranstaltung der Faschisten zu tun. Die Demonstration gingen nach der Abschlussschuldung nach und nach auseinander, die Thadden-Veranstaltung verlief ohne Störung.

Die Hauptmängel der Aktion lagen darin, daß wir nicht in der Lage waren, die Entscheidung der Demokraten zu stärken und ein planmäßiges Vorgehen zu organisieren. Darüber hinaus ist es uns nicht im ausreichenden Maße gelungen, die Agitationsmöglichkeiten auf der Kundgebung und Demonstration unter der Bevölkerung und den Demonstranten zu nutzen. Dies ist u.a. auf organisatorische Fahrlässigkeit bei uns zurückzuführen.

Als positiv ist zu bewerten, daß aus diesem Anlaß in verstärktem Maß mit Genossen und Sympathisanten die Frage diskutiert werden konnte, welche Rolle die Faschisten spielen und wie man gegen sie kämpfen muß. Außerdem führten wir im Anschluß an die Demonstration eine Diskussion mit über 30 Genossen, Sympathisanten und anderen Interessierten durch, in der wir weiter auf diese Frage eingingen.

Auch das eindeutig opportunistische Vorgehen des KBW dürfte für viele neu und lehrreich gewesen sein. Während der verschiedenen Veranstaltungen wurden von uns ca. 130 DM für die bei der antifaschistischen Anschlag in Brescia (Italien) getöteten und verwundeten Antifaschisten und ihre Familien gesammelt.

Genossen der Oldenburger KB-Gruppe



## Klassenjustiz gegen kommunistische Öffentlichkeitsarbeit

Die Propaganda des KOMMUNISTISCHEN BUNDES zum 1. Mai hat seitens der Kapitäne ihrer Handlanger aller Art und der Klassenjustiz ein beachtliches Echo gefunden!

• Bisher vier politische Vorladungen wegen des Verdachts der Sachbeschädigung - offensichtlich wegen „falsch“ geliebter Plakate. Außerdem eine Strafanzeige in der gleichen Sache.

• Zwei politische Vorladungen wegen des „Verdachts gegen § 185 ff StGB“ = Beleidigung und Verleumdung Grund: unsere Mai-Plattform „Internationaler Kampf tag der Arbeiterklasse“.

• Eine Aufforderung der Stadt Altona zur ar Post- und Fernmeldeeinrichtungen angebrachten Plakate innerhalb einer Woche zu entfernen, da die für ein solches Verhalten notwendige „Sondergenehmigung“ nicht vorlag.

• Eine geschlautende Aufforderung der Bundespost in Hamburg, im der außerdem angeordnet wird die Plakate auf Kosten des KB bezuzahlen zu lassen.

• Eine „Verrechnung“ der „Ev. luth. Kirchengemeinde Odorfer Born“, sowie des Herrenratters und Verbandsaus-Kapitalisten Neckermann, in denen dem KB eine „Rechnung“ für die Entfernung der Plakate gemacht und zur sofortigen Bezahlung aufgefodert wird (die Gemeinde will 22.50 DM von uns und Neckermann will 50, DM).

Versuche, mittels der Klassenjustiz die Propagandstätigkeit des KB zu behindern, sind nicht neu. Schon 1971 wurde ein Flugblatt für das „Sozialistische Arbeiter- und Lehrerbundzentrum“ (SALZ) und der Kommunistische Arbeiterbund (KAB) Vorläufer des KB verantwortlich zeichnete, beschlag-

nahmt. Es bezeichnete die Erschießung Petra Schelmis durch die Polizei als politischen Mord. Gegen den Verantwortlichen und seinen Flugblattverleiher wurde ein Ermittlungsverfahren wegen „Staatsverleumdung“ und „Verunglimpfung der Verfassung“ eingeleitet. Auch das zweite Flugblatt, in dem gegen diese Wüterik argumentiert wurde, wurde durch die Polizei eingekassiert, und zwar ohne „Beschlagnahmungsbeleg“. Für die „Versehung“ ihrer Beamten entschuldigte (!) sich das K4 (Politische Polizei) anschließend, nachdem die Verteilung erfolgreich behindert war!

Ebenfalls 1971 ließ sich die „Reichold-Albert-Chemie“ (Hamburger Chemiebetrieb) ihr Firmenzeichen gegen „Mißbrauch“ im Kopf des „CHEMIE ARBEITERS“ (Zeitung des KB) juristisch schützen.

Die „Bauer KG“ ließ dem „DRUCKARBEITER“ die Behauptung verbieten, sie stecke in der Krise.

F.J. Strauß machte einen seiner letzten Versuche, sich justizistisch vom Faschismus reinzuwaschen. Er versuchte, der damals bei Blohm & Voß verteilten „ARBEITERZEITUNG“ des SALZ ein Verfahren wegen Verleumdung anzuhängen, weil er auf deren Titelblatt mit den Emblemen der SS und anderer faschistischen Zeichen dekoriert, abgebildet worden war.

Auch die Mai-Propaganda der Jahre 72/73 fand sehr teure Anteilnahme bei der Polizei. Eine erhebliche Anzahl von Plakateblättern wurde individuell mit politischen Vorladungen bombardiert - wohl in der Hoffnung, den Informationsstand der politischen Polizei über den KB zu heben.

Der diesjährige Einsatz der Kapitäne mit dem Reaktions-Neckermann aus der Spitze und der ganzen Handlanger-Bande im Gefolge - Kirchenbürokratie, Ordnungsamt, Bundes-

post, Polizei und Justiz - hat jedoch eine neue Qualität!

Offensichtlich beabsichtigt die Bourgeoisie, die Propaganda des KB nicht mehr nur mit Ordnungsmitteln - wie auf den letzten Mai-Kundgebungen - zu behindern sondern zu schärferem Kaliber überzugehen, wie Vorladungen und Beleidigungsklagen. Das steht in einer Reihe mit solchen Vorgängen wie z.B. kürzlich in Lübeck. Dort wurde der Verantwortliche der örtlichen KB-Gruppe auf Grund eines antisfaschistischen Flugblatts wegen „Landfriedensbruch“ und „Öffentlichem Aufruf zur Gewalt“, außerdem unter Mithilfe seines Aussageverweigerungsrechts, zur „Erken ausdienstlichen Behandlung“ geschleppt und ihm ein gerichtliches Verfahren anhängt. Ähnliche Vorfälle werden in letzter Zeit auch aus anderen Städten bekannt.

Darüberhinaus hat die faschistische Hetze der Bourgeoisie in den letzten Jahren inzwischen das gesellschaftliche Klima geschaffen, in dem offen die Mentalität der Selbstjustiz wächst. Das führt konsequent zur Entwicklung offener faschistischer Lynchjustiz, wie sie von sog. „Bürgerwehren“ propagiert und bereits verschiedentlich, besonders namentlich dem Schutz des Rechtsstaats Strauß in Bayern mit tödlichem Ausgang praktiziert wurde!

Alle diese Schritte zielen auf die Verhinderung der politischen Diskussion in der Arbeiterklasse ab. Ziel ist, die Entwicklung eigenständiger Klassenziele der Arbeiterschaft im Keim zu ersticken. Besonders die Entwicklung einer Mentalität der Selbstjustiz macht deutlich, worauf es ankommt. Zwar werden wir auch juristische Schritte gegen den Einsatz der Klassenjustiz einleiten. Im Wesentlichen aber kommt es darauf an die Entwicklung einer zunehmenden politischen und juristischen Unterdrückung der Meinungsfreiheit und die Entwicklung einer faschistischen Selbstjustiz-Mentalität zu entlarven und ihr gegebenenfalls eindeutig entgegenzutreten.

**Kommunistische Arbeiterbewegung**  
(Hamburg)

## Faschistischer Anschlag auf politische Buchhandlung in Hamburg

Im Zusammenhang mit einem Ende Mai verübten faschistischen Anschlag auf die politische Buchhandlung „Arbeiterbuch“ in Hamburg haben die Genossen folgende Erklärung an verschiedene Zeitungen und Pressemagazine herausgegeben:

**Presseerklärung des Arbeiterbuchs Hamburg**

Am Samstag, den 25. Mai wurde abends gegen 19 Uhr ein Schaufenster der Arbeiterbuchs durch einen Steinwurf zerstört.

Es ist dies nicht das erste Mal, daß auf linke politische Buchhandlungen rechtsradikale Ausschläge durchgeführt werden. Sie haben sich im Gegenteil, in der letzten Zeit gehäuft. So wurde z.B. im April dieses Jahres auf den Göttinger Buchladen Politbuch ein Brandanschlag ausgeübt. In der Erinnerung zurückzuführen werden muß in diesem Zusammenhang noch einmal die Hetzkampagne von ZDF-Liwenhof gegen die politischen Buchläden insgesamt, die vor zwei Jahren durchgeführt wurde. In anderen Ländern ist die Aktivität faschistischer Organisationen in diesem Zusammenhang schon viel weiter gediehen. Bereits zweimal wurde in Paris ein Buchladen mit politisch-linker Literatur in die Luft gesprengt. Auch gegen den Hamburger Buchladen „Juni“ sind nach den Olympischen Spielen in München rechtsradikale Kreise aktiv geworden, konnten aber verjagt werden.

Die von der Bourgeoisie betriebene Hetze gegen kommunistische und andere fortschrittliche Organisationen, die sich in ihrer Stoßrichtung gegen die gesamte Arbeiterklasse richtet, ist die Grundlage, aus der heraus solche politischen Ausschläge durchgeführt werden. Dabei ist es prinzipiell gleichgültig, ob die Anschläge nur gegen linke Läden, kommunistische Parteien, Gewerkschaftshäuser oder ähnliches durchgeführt werden. Daß die Faschisten

sich dabei auch nicht vor einem Blutbad scheuen, zeigt der neueste Fall in Brescia in Italien. In einer antisfaschistischen Demonstration wurde eine Zeitbombe gelegt, die nach den bisherigen Berichten mindestens neun Menschen tötete. Die Saat geht auf und die Bourgeoisie tut ihr Möglichstes, um diesen Prozeß zu beschleunigen. Es ist daher sehr wichtig, daß die Arbeiterbuchs nicht nur möglich ist, davon auszugehen, der Staat würde sich nun um eine entsprechende Verfolgung der Täter bemühen, oder gar etwas zum Schutz gegen weitere ähnliche Verbrechen unternehmen. So hat es die Polizei in diesem konkreten Fall beim Arbeiterbuch auch nicht für nötig gehalten, sich dem Anschlag im Arbeiterbuch auch nur anzusehen. Für sie ist es eine bloße Sachbeschädigung, die protokolliert aufgenommen wird. Darüberhinausgehende Aktivitäten hat sie nicht für erforderlich gehalten und sich auch nicht zu erörtern.

Der Kampf gegen solche Ausschläge führt der Arbeiterbuch in der Weise, daß es versucht, seinen Teil zur politischen Klarheit über den Hintergrund solcher faschistischer Ausschläge beizutragen. Sie ist eine der Voraussetzungen, um auf die Dauer einen erfolgreichen Kampf gegen die zunehmende Faschisierung führen zu können.

Hamburg, den 29.5.1974

bleibt noch zu erwähnen, daß die bürgerliche Presse es nicht für erforderlich gehalten hat, einer solchen „Lapalme“ große Aufmerksamkeit zu widmen. Etwas anderes ist es allerdings, wenn sie vom „roten Terror“ berichten kann. Tragen jedoch der Antikommunismus und die faschistische Hetze, die die Bourgeoisie tagtäglich produzieren, ihre Früchte, wie in diesem Fall beim Anschlag auf das „Arbeiterbuch“, dann übersteigt die bürgerliche Presse das Gefährliche.

## Etwas seltsame Vorstellungen von Aktionseinheit

Ein Leserbrief aus Westberlin

Wir waren über Pfingsten in Hamburg und besuchten während unseres Aufenthalts auch den Buchladen der

den örtlichen Bedingungen liegt, wenn sie sich dabei in Hamburg anderer Formen bedient als in Westberlin.

## Etwas seltsame Vorstellungen von Aktionseinheit

Ein Leserbrief aus Westberlin

Wir waren über Pfingsten in Hamburg und besuchten während unseres Aufenthalts auch den Buchladen der

den örtlichen Bedingungen liegt, wenn sie sich dabei in Hamburg anderer Formen bedient als in Westberlin.

## Hamburg Lustiger Abend mit der DKP

Am 7. Juni gingen wir nach der antisfaschistischen Veranstaltung des KB in eine Arbeiterkneipe im Luruper Weg in Hamburg-Eimsbüttel. Dort hockte schon ein Haufen von

anscheinlich gegen die DKP richten, während es in der SPD gestattet sei, Postionen der „KPD/ML“, der „KPD“ u.a. zu vertreten. Er behauptete dann, was besonde-

## Hamburg Lustiger Abend mit der DKP

Am 7. Juni gingen wir nach der antisfaschistischen Veranstaltung des KB in eine Arbeiterkneipe im Luruper Weg in Hamburg-Eimsbüttel. Dort hockte schon ein Haufen von

anscheinlich gegen die DKP richten, während es in der SPD gestattet sei, Postionen der „KPD/ML“, der „KPD“ u.a. zu vertreten.

Im Laufe des Abends (bzw. Morgens) setzten sich zwei von den DKP-Vögeln an unseren Tisch. Der eine der beiden war Genosse von uns bekannt, weil er vor einigen Monaten auf einer DKP-Veranstaltung zu Chile sich bei der Schlange gegen unsere Genossen hervorgetan hatte, die dort diskutieren wollten. Der zweite war ein Student. Er führte in erster Linie die Diskussion, während der andere Typ offenbar überhaupt nicht durchblickte.

Die beiden DKPler hielten uns zu erst einmal für Mitglieder der KBW, worauf wir späherischer eingingen. Wir propagierten also z.B. die „Wahl der Lehrer durch das Volk“. Ich sagte, daß auch die Polizisten durch das Volk gewählt werden müßten, dann könnten z.B. solche Schweineereien wie in Frankfurt bei den Fahrpreis-Demonstrationen nicht passieren.

Der Student hielt uns dann einige geistliche Dummetheorien vor, die wir, (d.h. also der KBW, für dessen Mitglieder er uns ja noch hielt) u.a. an der Uni, in der Kampagne zum 25. Jahrestag des Grundgesetzes usw. gemacht hätten. Wir bekamen schnell eine Vorstellung davon, wie schwer es ist, die rechtsopportunistischen Mäntelchen und prinzipienlosen Schweine der KBW selbst gegenüber DKPlern zu verteidigen. Wir gaben uns dann auch als Mitglieder des kommunistischen Bundes zu erkennen.

Im Verlauf der Diskussion sprachen wir vor allem über die These 41 der DKP, die jede Zusammenarbeit mit „Linkskollaborateuren“ verbietet und verglichen diese mit den Münchner Beschlüssen der SPD (das zu Zusammenarbeiten mit Kommunisten). Der DKP-Student behauptete, daß darauf ganz ernsthaft, die Münchner Beschlüsse würden sich

ausgeschlossen gegen die DKP richten, während es in der SPD gestattet sei, Postionen der „KPD/ML“, der „KPD“ u.a. zu vertreten.

Er behauptete dann, was besonders Heiterkeit hervorrief, die DKP wolle nicht mit der SPD zusammenarbeiten, sondern „nur mit einzelnen Sozialdemokraten“. Auch die Verlesung einer Passage aus den DKP „Thesen“ durch uns (ich glaube, es war These 30), wo die DKP förmlich die SPD-Führung um Zusammenarbeit anheißelt (der DKPler hatte sich inzwischen bei seinen Freunden als Nebenbursche der „Thesen“ geholt, offenbar zwecks ideologischer Aufklärung), konnte ihn von seiner zürnen Auffassung nicht abbringen.

Wir kamen dann von These 41 und Münchner Antikommunismus-Beschlüssen auf das ja naheliegende Thema der Gewerkschaftsausgrenzung. Der DKP-Student meinte, er sei dafür, daß Gewerkschaftsmitglieder ausgeschlossen würden. Ich fragte ihn, warum die DKP sich denn dann nicht dafür einsetzt, daß endlich solche führenden Gewerkschaftsführer wie Leber Vetter, Helmut Schmidt u.a. mit der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Der DKPler entwickelte daraufhin eine sehr feine politische Differenzierung. Vetter sei gar kein Gewerkschaftsführer, Helmut Schmidt sei aber einer und bei Willy Brandt war der Kommissarisch nicht ganz klar, ob der nun ein Gewerkschaftsführer sei. Eine Antwort auf meine Frage gab er jedoch nicht.

Das wichtigste Ergebnis war schließlich folgendes: Der DKP-Student erklärte sich bereit, zusammen mit einem Studenten-Genossen von uns eine öffentliche Diskussion zu führen, da das Thema haben soll „Gewerkschaftliche Orientierung der Studenten“ (eine Lieblingsparole der DKP). Wir nagelten ihn gleich darauf fest und legten fest, daß diese Diskussion am 28. Juni um 13.00 Uhr im „Audimax“ der Universität stattfinden soll.

Ein Genosse von der „Deutschen Bundespost“

KB-Genossen im Initiativkomitee Arbeitshilfe (Hamburg)

## KÖLN Türkische Antifaschisten verhaftet

Im Köln wurden am 5. Mai fünf türkische Antifaschisten festgenommen. Vier davon wurden in „Unternehmen 1“ genommen.

Unter den in Köln verhafteten Genossen befand sich auch Ömer Öztürk, der Herausgeber der Zeitschrift „Proleter Devrimci Aydinlik“ und der Zeitung „İzci-Kayla“ (Arbeiter-Bauern) sowie von Publikationen des Verlages Aydinlik, der eine Reihe marxistisch-leninistischer Bücher herausgebracht hat. Er wurde seit über drei Jahren in der Türkei wegen seiner politischen Tätigkeit gefangen. Nun wurde er von der westdeutschen Polizei verhaftet. Seine Festnahme wurde von der Polizei zehn Tage lang verschwiegen.

In den Haft-„Begründungen“ gegen die türkischen Patrioten mit u.a. „Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung“, „Vorbereitung von Sprengstoffverbrechen“ und „Abschlagen auf Luftfahrzeuge“ die Rede.

Mit solchen Lügengeschichten, die wahrscheinlich direkt von den türkischen Faschisten geliefert wurden, soll die Tatsache verdeckt werden, daß die türkischen Antifaschisten wegen ihrer politischen Überzeugung und Tätigkeit gegen den Faschismus, für nationale Unabhängigkeit und Sozialismus verfolgt werden.

Diese Verhaftungen schließen auch an frühere an, über die wir in AK 43 berichtet hatten, und gehören zum Versuch, die Organisation der türkischen Arbeiter in der BRD zu zerschlagen.



# Die Mörder des MEK haben wieder zugeschlagen! :



Polizeioffizier Gunter Jendrian

Nach der öffentlichen Hinrichtung des Bankräubers Gonzales durch das Hamburger MEK (Mobiles Einsatzkommando), lieferte jetzt das bayerische MEK einen neuen Mord. Am 21. Mai, nachts um 3 Uhr, wurde in München der 24-jährige Taxifahrer Günter Jendrian von der Polizei ermordet. Der Polizeibericht meldet:

„Als die Tür nach zunächst erfolglosen, mehrfachen Aufforderungen der Polizei schließlich doch geöffnet wurde und die Beamten versuchten, in die Wohnung zu gelangen, kam es zum Schußwechsel mit dem bewaffneten Günter J., der hierbei getötet wurde.“ (Unterstützung von uns)

Diese Darstellung stellt sich sehr bald als haltlose Lüge heraus. Der wirkliche Vorgang spielte sich folgendermaßen ab:

Im Zusammenhang mit der Fahndung nach Roland Otto, der wegen Beteiligung an einem Banküberfall zu knapp 4 1/2 Jahren Jugendstrafe verurteilt worden war und seit Januar von einem „Urlaub auf Ehrenwort“ nicht zurückgemeldet hatte, hatte die Polizei einen Hinweis erhalten, nach dem Günter Jendrian möglicherweise Kenntnis vom jetzigen Aufenthalts Roland Ottos haben könnte. Günter J. sollte dazu vernommen

nur noch von wenigen Mietern bewohnte, abbruchreife Haus mit vorgehaltenen Maschinenpistolen stürmten dann die MEK-Mörder die Wohnung von Günter J. Geleitet waren diese Typen („Ranger“, „G-Men“) werden zur „Zeugenvernehmung“ umstellten ca. 60 (!) schwerbewaffnete Kripo- und MEK Beamte das – wie Springers „Welt“ diese „heldenhaften“ Mörder gerne nennt) in Jeans, Masken, Schaffstiefeln, Rollkragenpullover und Stahlhelmen. Nachdem ein Mitbewohner, Wolfgang Ghman, in die Wohnung für einen Split öffnete, feuerte ein Bulle aus seiner MP. Die Kugeln schlugen 5-10 cm über den Kopf von Ghman in der Wand ein. Jendrian öffnete in diesem Augenblick seine Zimmertür, während Ghman in sein Zimmer flüchtete. In der linken Hand hielt Jendrian ein Kleinkalibergewehr, das er seit einem Einbruch in seine Wohnung, einige Wochen vorher, immer bereit hielt. Jendrian wurde sofort aus einer MP beschossen, der erste Schuß traf ihn in den Arm, der zweite direkt ins Herz. Günter Jendrian war sofort tot.

Sofort nach dem Mord machten sich Polizei und Staatsanwaltschaft daran, den wirklichen Vorgang zu vertuschen. Aus der Wand wurden zwei Kugeln herausgemißelt, die noch von einem früheren Zielschießen Jendrians stammten, darüberhinaus wurden weitere Löcher blind in die Wand geschlagen. Anschließend versicherte der Mordschütze, Jendrian habe zwei Schüsse auf ihn abgegeben, ungeachtet der Tatsache, daß Jendrian nicht geschossen haben konnte, weil aus seinem Magazin keine Patrone fehlte.

Nachdem man, nach den waffentechnischen Untersuchungen, diese Lüge nicht mehr aufrechterhalten konnte, beanspruchte die Polizei trotzdem noch Notwehr für sich, weil Jendrian ihnen angeblich mit einem Gewehr um Hüfttaschenlag entgegengetreten sei. Die neueste Version zieht aus der Tatsache, daß das Gewehr Jendrians an der Kinnleiste am

Gewehrkolben zertrümmert wurde, den Schluß, daß Jendrian sein Gewehr auf die Polizisten angelegt habe (!) Eine Kugel des Bulen sei vom Korn des Gewehrs abgeprallt und habe Jendrian in der Brust getroffen. Den Bulen ist offensichtlich keine Möglichkeit zu phantastisch, um ihre Hände vom Blut reinzuwaschen. Aus der Tatsache allerdings, daß Jendrian auf dem Rücken liegend, das Gewehr unter ihm, gefunden wurde, folgt eindeutig Jendrian wurde, nachdem ihm das Gewehr aus der Hand geschossen wurde, brutal abgeknallt!

So schilderten Zeugen den Polizeieinsatz. Beamte des Mobiles Einsatzkommandos stürmten die Wohnung im 2. Stock des Hauses Adalbertstraße 10 und schloßen sofort. Als Jendrian seine Zimmertür öffnet, wird er von zwei Schüssen tödlich getroffen.



Angesichts dieser Tatsachen versuchen daher auch Polizeiführung und Staatsanwaltschaft auf andere Art Verständnis für ein derartiges brutales Vorgehen zu erschließen. So versucht der Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft München I, Herbert Fendt, das Verhalten des Mörders „psychologisch“ zu erklären. Man müsse Verständnis für die Situation aufbringen, in der sich die Beamten befanden. „Sie mußten auf Grund vorübergehender Waffenfunde im Zusammenhang mit der Fahndung nach Roland Otto auf Kreise extremistischer Art (!) gefaßt sein“. Und dann die „Behauptung“ von Jendrian: „Man muß diese alte Burg mal gesehen haben.“ (H. Fendt in: „Sozial“ 22/74), in

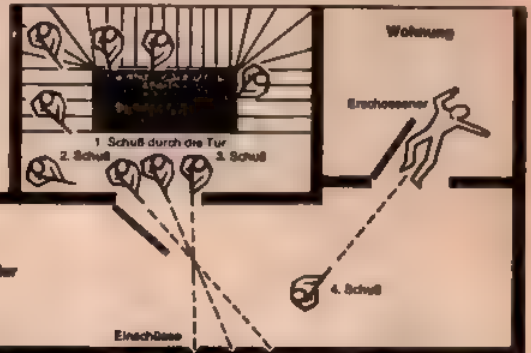
typisch faschistischer Manier recht fertigt Fendt damit den bewaffneten Einsatz gegen „Extremisten“ (gemeint sind damit immer Linke). Dieser Faschist gestand bedenkenlos den bis an die Zähne bewaffneten Bulen das Recht auf Notwehr zu. Die Möglichkeit, daß Jendrian aus Notwehr gegen die wild um sich schießenden Eindringlinge in Jeans die Waffe in die Hand genommen haben könnte, bezeichnet Fendt zynisch als „Spezialfrage des Waffenrechts“.

Solche Aussagen dienen nur dazu, um langwierige Ermittlungen einzuleiten, in deren Verlauf möglichst viele Spuren verwischt werden sollen und die Aussagen des Mörders auf glaub-

lich nicht stimmte), um ihm ein Tötungskommando auf den Hals zu heizen.

Wie in Italien, so beobachtet auch die westdeutsche Bourgeoisie, sich für ein brutales Vorgehen gegen zu erwartende Klassenauseinandersetzungen bereitste Zustimmung aus der Bevölkerung zu schaffen, große Teile des Volkes für den Aufbau und den Einsatz eines starken Polizeiparlaments zu gewinnen und unter den Arbeitern Verständnis für Maßnahmen zu erlangen (a.B. Ermordung von Kommunisten), die, immer notwendiger werden, um Angriffe auf unsere Demokratie abzuwehren“ (Genscher).

Nichts anderes beobachtet auch



würdig getrimmt werden sollen. Nicht anders ist man im Falle der Verletzung der Gensel beim Hamburger Bankraub verfahren. Nachdem man das Geschloß, mit dem die Gensel verletz wurde, „nicht mehr identifizieren konnte“, bestand für die Polizei kein Zweifel mehr, daß Gonzales auf die Gensel geschossen hatte. So einfach ist das – denn Tote können nicht mehr reden!

In dem von der Bourgeoisie systematisch geschaffenen Klima der Hetze gegen „Terroristen“, „Chaoten“, „Anarchisten“ etc. genügt bei Jendrian nur der Verdacht, er habe „Kontakte zu Anarchisten“ (was schwa-

Münchens Polizeipräsident Schreiber mit der Drohung, seine Mordkommandos „im praktischen Polizeieinsatz transparenz zu lassen“, auch wenn es zu harten Einsätzen kommt, „die kaum ohne Blutvergießen ablaufen werden“ („Spiegel“ 22/74).

Der beschleunigten Falschierung ist wieder ein Mensch geopfert worden. Angesichts dieser Angriffe sind alle fortschrittlichen Menschen aufgerufen, einem drohenden Faschismus gemeinsam und entschlossen entgegenzutreten.

Leitung der Bezirksorganisation, KB-Gruppe Hamburg

## Frankfurt: MEK IM EINSATZ

In der Nacht zum 16.5 brachen ca. 200 Polizisten in das seit zwei Jahren besetzte Haus in der Bockenheimer Landstraße 93 ein. Die Türen wurden eingetreten und mit einschalteten Maschinenpistolen die Räume gestürmt. Es folgte eine Hausdurchsuchung und Leibensrevision, bei der sich die betroffenen Personen nackt an die Wand stellen mußten, wobei ihnen die einschalteten Maschinenpistolen in den Rücken gebastet wurden. Neun Personen wurden festgenommen, wovon drei dem Hafttrichter wegen „Verdacht der Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“ vorgeführt werden sollten (wie der Hafttrichter entschieden hat, ist uns leider nicht bekannt). Die Polizei begründete diesen „Verdacht“ mit Kfz-Kennzeichen, Blanko-Zulassungsformularen und Stempelkollern für Kfz-Scheine, die angeblich in den durchsuchten Wohnungen gefunden wurden.

Dieses Vorgehen der Polizei, das an Aufwand, Vorbereitung und exakter Durchführung in keinem Verhältnis zur Sache selbst stand, läßt darauf schließen, daß es sich hier um eine generalisatorische Übung handelt, bei der sich dann auch die Zusammenarbeit von Schutzpolizei, Sonderkommando (Soko) und der berüchtigten Killer-Truppe des Mobiles Einsatzkommandos (MEK) nahtlos ineinander fügte. So wurde auch die Übung durch einen Fernschwenker der Schutzpolizei die ganze Zeit mitgeführt. Bereits Tage zuvor war das Haus von Spitzeln umgeben und drei Bulen vermaßen sich als „Trummer“ einzuschleichen – allerdings ohne Erfolg. Selbst die Telefone wurden noch vor dem Überfall gesperrt.

Neben dem Manöver der staatlichen Unterdrückungsmaschinerie zielt diese Terroraktion offensichtlich

lich darauf, die Bevölkerung an solche Maßnahmen zu gewöhnen – wie auf die zukünftige schärfere Verfolgung der linken Bewegung vorzubereiten.

Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, daß das Haus Bockenheimer Landstraße 93, welches dem Großepokulanten Selmi gehört, in naher Zukunft geräumt wird. Denn Einschüchterung und Kriminalisierung der Bewohner von besetzten Häusern zählt schon seit längerem zu den „vorbereitenden Maßnahmen“ der Polizei, wenn eine Räumung angestrebt wird. Erinnert sei hier nur an die Vorgänge um die Räumung der Häuser Schubmannstr./Bockenheimer Landstr. im Februar dieses Jahres (siehe AK Nr. 47).

Schülergruppe KB/Gruppe Frankfurt

## MUSUM: Wehrübung gegen Linksradikele

Am Morgen des 3.4.74 demonstrieren 40 Bundeswehrosoldaten in Zivil vor der Kaserne des „Leichten Kampfgeschwaders 41“ (Le KG 41) und versperren durch ein „sit in“ das Haupttor für den Verkehr. Durch diese „Demonstration“, die von dem Kommandeur des LeKG 41, Oberst Hein, geplant worden war und die unter den Parolen wie „Mörder“, und „Wir brauchen keine Soldaten“, und „Wir brauchen Demokraten“ abließ sollte zweierlei erreicht werden: 1. Aufhefung der Bundeswehrosoldaten gegen Linksradikele, 2. praktischer Einsatz der Bundeswehr (!) gegen Demonstrationen.

Aber diese Aktion lief nicht wie geplant ab. Ein Fanatiker, der die „Demonstration“ sah, benachrichtigte die Polizei und Presse, die vom Oberst Hein über diese „Wehrübung gegen Linksradikele“ nicht informiert wurden war. Wenige Minuten später rückte die Polizei mit einem mehrgliedrigen Aufgebot an und nahm den Wachsoldaten die eigentlich ihnen zugedachte Aufgabe ab, und warteten sogleich – auch handfest – ihres

Amtes. Wer nicht freiwillig ihrer Aufforderung, die Bahn freizumachen, Folge leistete und dazu noch lautstark protestierte (!), wurde kurzerhand gepackt (!) und durch die Pforten auf das Kasernengelände (!) gestoßen. Einer wurde zur „grünen Minna“ getragen“ („Hannover Nachrichten“ vom 4.4.74).

Solche „ärglichen Zwischenfälle“ werden sich in Zukunft sicher durch vorherige Absprache mit vorgeordneten Polizei Dienststellen vermeiden lassen.

Letztlich ist es nur dem Zufall zu verdanken, daß diese „Wehrübung“ gegen Demonstranten öffentlich bekannt geworden ist. Es ist durchaus zu vermuten, daß mehrere solcher „Übungen“ durchgeführt worden sind, um Bundeswehrosoldaten gegen alles, was links steht, aufzuheften und um den praktischen Einsatz gegen Linke zu üben – allerdings „ungeführt“, ohne daß die Bevölkerung von solchen Provokationen etwas erfährt.

Hannover Sympathisanten des KB

Hamburger Morgenpost (SPD)

## Mit „Menschlichkeit“ die Menschenfeindlichkeit des Systems zudeckt

Die „Morgenpost“ vom 9 und 10. Mai ansieht mit Schlagzeilen wie „Kleinkind hungerte fünf Tage, Mutter tot“, „Vater in Haft“ und „Todesdrama von Rahlstedt“ – wieder einmal „in Menschlichkeit“ in dramatischer Art und Weise wird von „schicksalhaften Archen, die sich hilflos dem Schicksal ergeben“, von „runden, braunen Kinderwagen“ usw. berichtet und ausführlich und ekelhaft sentimental die „Story“ aufgemacht.

Eine junge Frau, schwer herkrank, lebt am Rand des Existenzminimums. Ihr Mann sitzt im Gefängnis wegen Fahnenflucht, wo kurz vermerkt wird: Sie haben einen Berg von Schulden, die Rechnungen können nicht gezahlt werden, die Frau hat offensichtlich Angst vor den Sozialbehörden und allen amtlichen Stellen. Sie ist zu

schwach, um ihr Kind noch versorgen zu können und stirbt, der Junge ist noch zu klein, um sich helfen zu können und verhungert langsam. „Schuld“ ist – nach Darstellung der „Morgenpost“ die Mutter selber. „Sie war schwach und ohne Geld. Trotzdem sagte die Mutter: Ich brauche keine Hilfe“. Na, also soll sie sich doch an das Sozialamt wenden.

Nun weiß zunächst einmal jeder, der überhaupt nur mit diesen Behörden zu tun hatte, daß es wirklich Überwindung kostet, diesen „Bittgang“ zu tun, denn die meisten Menschen in einer solchen Situation kennen ihre Rechte gegenüber diesen Behörden überhaupt nicht, und die Werbepflichten, daß Sozialempfänger keine Almosenempfänger sind, schlägt die dort geübte Praxis ins Gesicht.

Zum zweiten könnte man auf den

Gedanken kommen, zu fragen, warum wohl der junge Mann „Fahnenflucht“ begangen hat. Offensichtlich wußte er, daß seine Frau allein mit den Belastungen nicht fertig werden würde.

Auch dies ist gängige Praxis. Junge Wehrpflichtige werden elaboren, egal unter welchen persönlichen und finanziellen Belastungen sie stehen. All dies ist der „Morgenpost“ nur ein paar lapidare Sätze wert, stattdessen eine widerwärtige Rührstory von einem kleinen Kind und einer starrsinnigen Mutter, die sich nicht helfen lassen will!

Für alle Leser, die beunruhigt sein könnten, hat die „Morgenpost“ denn auch noch einen „Trost“ parat: „Die Geschichte der Bitti M. kann sich morgen wiederholen“.

Eine Sympathisantin der Bezirksstelle St. Pauli, KB/Gruppe Hamburg

## Notstandsübung im Hamburger Hafen

Leserbrief

Am 29.5.74 wurde im Hamburger Hafen am Afrika-Terminal, Schuppen 28 + 33 der Einsatz von 60 Bundeswehrosoldaten geprobt. Die Soldaten wurden aus Lüneburg mit einem Bus rangeliefert. Um 7.00 Uhr früh begann der Einsatz. In Kampfsituationen wurden die Soldaten für verschiedene Kleinarbeiten eingesetzt, durch den Einsatz der Soldaten mußten Hafenarbeiter von HBV (eine Vermittlungsstelle für Hafenarbeiter), die meist immer zum Terminal vermittelt werden, längere Arbeitswege auf sich nehmen. Auf dem Terminal dachten viele Kollegen der Soldaten wollten sich ein paar Mark dazu verdienen, was aber nicht der Fall war. Es stellte sich nach einer Zeit heraus, daß die Soldaten auch freiwillig für den Einsatz gemel-

det hatten um den Schlachtohn von 61,85 DM dem Soldatenlohn zu spenden.

Für den Einsatz im Hafen soll es Vergütungen in Form von Sonderurlaub geben. Über den Einsatz der Bundeswehr diskutierten die Kollegen in der Mittagspause. Ein Kollege vertrat die Ansicht, daß der Einsatz als Übung einzuschätzen sei, war Hafenarbeiter sollen uns langsam an Einsatz der Bundeswehr gewöhnen. Ein anderer Kollege erzählte von Einsätzen der Bundeswehr am Burghardke-Bananenschuppen usw. Die Einsätze werden ab getarnt, als ob es einem humanitären Zweck diene, auf längere Sicht hat könnte die Bundeswehr auch „gut“ eingesetzt werden, wenn Hafenarbeiter streiken. Es muß die Aufgabe aller fortschrittlichen Kollegen sein, diese Maßnahmen bekannt werden zu lassen, um geschlossenen dagegen entgegenzutreten.

Ein Genosse



# GOLDGRUBE FÜR DIE KAPITALISTEN — SCHMUTZ UND GEFÄHRDUNG FÜR DIE BEVÖLKERUNG! 1. Teil



Um ihre Großmachtpläne innerhalb der Welt durchzusetzen, streben die europäischen Imperialisten auf ökonomischem Gebiet nach einer starken industriellen Expansion, die es ihnen ermöglichen soll, gegen andere imperialistische Großmächte, insbesondere die USA, auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren zu können.

Das bedeutet:

- verstärkte Rationalisierung, verstärkter Ausbau der sogenannten „Wachstumsindustrie“
- Erschließung neuer industrieller Reserven
- Konzentration des Kapitals Schaffung von multinationalen Konzernen auf EWG-Ebene.

All das wird natürlich auf dem Rücken der Bevölkerung und bei verstärkter Ausbeutung und politischer Unterdrückung der Arbeiter durchgeführt. Der BRD-Imperialismus, der innerhalb der EWG seine alten Vorherrschaftsbestrebungen verwirklichen will, versucht auf dem gleichen Wege seine ökonomische Spitzenstellung in der EWG aufrechterhalten und auszubauen. Ein verstärkter Abbau der Rechte der Arbeiter und ein zügiger Ausbau der Unterdrückungsapparate des Staates sollen jeden Widerstand gegen die negativen Auswirkungen dieser Politik im Keim ersticken. In diesem Rahmen ist der vom Staat systematisch geförderte Ausbau des Unterelberaums zum „Eldorado“ für die Großkonzerne zu sehen.

## Standortvorteile für die Kapitalisten

Die Lage am Meer bietet den Kapitalisten erhebliche Standortvorteile, d. h. Faktoren, die eine sehr profitable Ansiedlung von Industrie erlauben. Das ist zum einen das seeschiffliefe Fahrwasser, was den Antransport von Massengütern, wie Eisenerz und Kohle (Stahlindustrie), Erdöl (Raffinerien) oder Bauxit (Aluminium), durch große Schiffe, d. h. kostensparend, ermöglicht.

Außerdem kann man bei einer direkten Befahrung vom Meer im Falle eines Streiks o. ä. Rohmaterial ohne weiteres in anderen Ländern verarbeiten lassen. Damit könnten die Kapitalisten ihre übernationale Organisation gegen die manchmal noch nicht einmal national organisierte Arbeiterbewegung optimal ausnützen.

Zum anderen bietet das Meer und große Flüsse insbesondere der chemischen Industrie eine große und billige Abfallgrube direkt vor der Tür und für die Energieerzeugung das nötige Kühlwasser. Diese Standortvorteile sind in Europa bisher vor allen Dingen an der holländischen und belgischen Küste genutzt worden, zumal hier auch noch große Arbeitskräfte-reserven vorhanden waren. An der deutschen Küste war die industrielle Entwicklung demgegenüber zurückgeblieben.

## Der Staat greift ein!

Die Standortvorteile konnten an der deutschen Küste nicht so genutzt werden, weil andere Bedingungen einer Industriensiedlung fehlten. (Über schaffte der Staat den Konzernen großzügig (tatsächlich mit Steuermitteln) die „sogen.“ Voraussetzungen.)

Diese Pläne faßte der Hamburger Wirtschaftswissenschaftler Kern 1971 in seinem „Modell für die wirtschaftliche Entwicklung der Region Unterelbe“ zusammen. Danach sollen von Hamburg als Zentrum ausgehend, entlang mehrerer „Entwicklungachsen“, die industrielle Entwicklung der Region Unterelbe vorangebracht werden. Das bedeutet im einzelnen:

- „Investitionsbeihilfen“ von 10 bis 25 % der Gesamtinvestitionen im Rahmen von „regionalen Entwicklungsprogrammen“ (an Landeshöhen) zu leisten, garantieren des Bundes oder der Länder.

## Entwicklung der Industrialisierung

Bei solch günstigen Voraussetzungen ließen die Konzerne dann auch nicht lange auf sich warten. Im Hamburger Hafenerweiterungsgebiet bei Finkenwerder siedelten sich die Hamburger Stahlwerke (HSW) an. Für dieses Werk wurde eigens ein neues Hafenbecken geschaffen, in dem Erzfischer bis zu 75 000 t/dw anlegen können. Die brutale Arbeitsethik und die politische Unterdrückung der Kollegen in diesem Werk sind aus anderen AK-Artikeln bekannt. Außer dem nahmen hier die mit staatlicher Beteiligung errichteten Reynolds-Aluminiumwerke die Produktion auf. Dieser amerikanische Konzern will damit genau wie die DOW, innerhalb der Zollschranken der EWG produzieren, um auf dem europäischen Markt konkurrenzfähig zu bleiben.

Auf dem Bützflöther Sand in Stade nadelte sich, wie schon erwähnt, die VAW (Aluminiumhütte), die AOS (Aluminium-Oxid-Werk, das VAW und Reynolds mit Rohstoffen beliefert) und der als Napelproduzent bekannt gewordene Chemiekonzern DOW-Chemical an. Mit einer Investitionssumme von jeweils 1,1 Mrd. DM handelt es sich hier für westdeutsche Verhältnisse riesige Werke.

DOW wird ständig erweitert, bei VAW stehen von den geplanten 8 Offenhalten erst 2, AOS wird seine Produktion noch verdreifachen.

- Schaffung von billigen Energiequellen für die Industrie in Form von etwa 15 Atomkraftwerken links und rechts der Elbe
- Ausbau neuer Hafenanlagen, insbesondere eines Tiefseehafens in Newwerk, im Rahmen dessen auch 6000 ha Industriefläche an sehr tiefem Wasser (für Schiffe über 100 000 t/dw) aufgeschüttet werden soll.
- Verbesserung der Verkehrswege (Autobahnen mit 2 Elbübergängen, ein Mammüt-Rangierbahnhof in Maschen, ein Großflughafen in Kalkenkirchen, Elbeseitenkanal, Vertiefung der Elbe). Damit soll auch die günstige Verkehrslage (Brücke nach Skandinavien, Osthandel) nutzbar gemacht werden.

- Bereitstellung von billigen Industrieland in günstiger Lage

All diese Investitionen bringen nicht direkt Profit sind aber für die Industrie unbedingt erforderlich. Als es werden so kurzfristig aus dem Staatssäckel, sprich aus der Tasche der Werktätigen, finanziert.

Außerdem für die Ansiedlung des Chemiewerkes DOW-Chemical und der Alu-Hütte VAW auf dem Bützflöther Sand steht die Rechnung imponent aus:

- 270 Mill. wurden für die Infrastruktur ausgegeben. Allein für den Anlagen im Bützflöther Sand 130 Mill.
- 47 Mill. für Sperrwerke
- 31 Mill. für Aufspülung von Industrieland
- 10 Mill. für eine Industriebahn
- 7,5 Mill. für Straßenbahn
- 174 Mill. bekam die DOW an Investitionszulagen
- 164 Mill. die VAW

Insgesamt also allein bei der Industriensiedlung auf dem Bützflöther Sand die Industrie weit über 600 Mill. DM eingesteckt!

Man weht an diesem Beispiel mal wieder, wohin fließendes Geld, das für die „regionale Strukturverbesserung“ fließen, nämlich in die Taschen der Unternehmer! Diese können dann bequem ganze Industriezweige verlegen, ihre Produktion dabei rationalisieren, um dann noch mehr Profit aus den Arbeitern herauszupressen! Es zeigt sich wieder einmal in aller Deutlichkeit, daß von der Staat bei uns arbeitet und seinen Vorzügen bringt!

in trauriger Eintracht mit Public-Relations-Managern der Betriebe der bürgerlichen Presse und sogar der Gewerkschaftsführung (siehe AK 43), die Werbetruppe!

Ziel dieser Kampagne ist es, der Bevölkerung die Interessen der Industrie als die Interessen aller zu verkaufen, also nichts anderes als die verlogene „Wir sitzen ja alle in einem Boot“ Phrase, die die Kapitalisten schon immer vorgebracht haben.

## Neue Arbeitsplätze ??

Als wichtigstes Argument muß immer wieder die „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ herhalten.

„Die wirtschaftliche Struktur ist in Niedersachsen noch immer nicht vielfältig genug. Das macht die Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze krisenanfällig. Deshalb müssen neue Industrie und Dienstleistungsbereiche erschlossen werden.“

So hieß es im Landeswahlprogramm der regierenden SPD. Die Wirtschaft in Niedersachsen ist also nicht „vielfältig“ genug und deshalb (nicht etwa wegen der anarchischen kapitalistischen Produktion und die auf die Arbeiter keine Rücksicht nehmende Rationalisierung der Kapitalisten) verlieren Kollegen ihren Arbeitsplatz! Doch die SPD, wie immer um das Wohl der Arbeiter besorgt, schafft Abhilfe. „Sozialdemokratischer Initiative ist die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (also das wichtigste Mittel, den Kapitalisten

das der Industriemaschinenbauern wichtigste Mittel, den Kapitalisten bei der Industriensiedlung Steuer-geschenke zu machen) der Ver- zu verdanken, mit der Bundes- und Landesregierung in den vergangenen vier Jahren rund 120 000 Arbeitsplätze geschaffen und umstrukturiert (!) haben.“

Das ist also das „sozialdemokratische“ Patentrezept gegen Arbeitslosigkeit und die ständige Unsicherheit der Arbeitsplätze! Man braucht nur die Industrie großzügig mit Steuer-

geldern, die ja zum größten Teil den Arbeitern vom Lohn abgezogen wurden, zu beschenken und schon ist die Industrie so nett, und baut neue Werke an Standorten, die für sie sowieso günstig liegen!

Betrachtet man die „Schaffung neuer Arbeitsplätze“ mal unter der Lupe, dann stehen die Kapitalisten natürlich nicht so selbstlos da, wie sie uns die SPD (und auf der anderen Seite der Elbe die CDU genauso) darstellen möchten.

Für sie bietet die staatliche Förderung eine herrliche Möglichkeit, ihre Werke an günstige Standorte zu verlegen und sie dabei noch zu erweitern und zu rationalisieren.

- VAW legte z. B. das Alu-Walzwerk in Hannover still, während in Stade ein neues Walzwerk anläuft.
- Reynolds hat die Errichtung seines Hamburger Werkes sein erst 1964 errichtetes Werk in Nachrodt/Westfalen dichtmachen.
- Auch bei Bayer wird die Produktion nur von Leverkusen an die Elbe verlagert. Wie VAW nimmt Bayer einen Stamm von Arbeitern in höheren Positionen mit in das neue Werk.

Auch die Errichtung von zahlreichen Küstenstahlwerken wird wahrscheinlich zu Schließungen von Stahlwerken an den traditionellen Standorten führen. (So plant z. B. die Klockner-Werke die Stilllegung der Stahlwerke in Hagen und Osnabrück zugunsten ihres Werkes in Bremen.) Hoesch ist schon jetzt durch die Still-

legung seines Werkes in Bremen (Hoesch ist schon jetzt durch die Fusion mit Hoogovens nicht mehr an die Abnahme der teuren deutschen Ruhrkohle gebunden, könnte also fruch von der Leber weg mit ausländischer Kohle in einem Küstenstahlwerk produzieren. (Wie heute schon in Rotterdam.) Das würde die Tendenz zur Stilllegung der Kohleförderung im Ruhrgebiet noch verstärken und wieder tausenden von Kumpeln ihren Arbeitsplatz kosten.



Zwischen VAW und der geplanten Elbübergangung bei Pagomand sind noch große Flächen als Industriestandorte ausgewiesen.

Ein neues Chemiezentrum entsteht bei Brunsbüttelkoog. Schon heute baut hier Bayer, später soll ein Werk der VESA-Chemie dazukommen.

Einen weiteren wichtigen Standort wird der Tiefseehafen Newwerk.

Wegen der äußerst günstigen An-lagebedingungen für Eisenerz und Kohle ist hier insbesondere die Stahlindustrie interessiert. Schon die erste Ausbaustufe eines hier geplanten integrierten Kuppelstahlwerks wurde etwa 6 Mrd. DM kosten, etwa 20 000 Menschen beschäftigen (wo die herkommen sollen weiß der Teufel) und es 6 Mill. t Erz, 2,5 Mill. t Kohle und 3 Mill. t sonstige Stoffe verbrauchen.

„Die Industrie nützt allen!“ — oder etwa nicht?

Neben der wirtschaftlichen Begünstigung der Industrie ruht der Staat









# ST. PAULI-SÜD: Sanierungspolitik gegen die Bevölkerung

St. Pauli-Süd ist ein Hamburger Stadtteil, wo spontaner Protest aus der Bevölkerung gegen die Sanierungs- und Infrastrukturpolitik der Stadt sichtbar wurde. Im Folgenden soll aufgezeigt werden, wie die Behörden, die Wohnungsbaugesellschaften und der Senat in einer konzertierten Aktion gegen oppositionelle Strömungen vorgehen, um die kapitalistische Stadtplanung durchzusetzen. Bürgerinitiativen und andere Zusammenfassungen sollen dabei funktionslos werden, in dem Sinne, daß sie die Proteste kanalisieren, oder aber von der Bevölkerung isoliert und zerschlagen werden.

St. Pauli-Süd ist ein Arbeiterwohnviertel in Hamburg, in dem die meisten Häuser noch aus dem letzten Jahrhundert stammen. Die sanitären Einrichtungen sind äußerst schlecht, Folgeerscheinungen sind Kellertagesheime, Spielplätze, etc. fehlen weitgehend, von Seiten der Stadt finden keine Modernisierungen und kaum Renovierungen statt, obwohl ca. 70 % der Häuser der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA gehören, und das schon seit 20 Jahren.

Es ist kein Zufall, daß die Stadt nichts für das Stadtviertel tut – dahinter steht eine gezielte Politik, die diese Innensanierung, sehr verkehrsfördernde und durch die Lage an der Elbe sehr attraktive Gebiet für Bürohochhäuser und Luxusapartements vorzieht. Der wertvolle Grund und Boden ist durch Arbeiterwohnungen zu schlecht „ausgelastet“ – hier kann man ganz andere Profite herausziehen. (Die gleiche Politik wird in anderen Stadtteilen gemacht, z.B. in St. Georg oder Altona/Ottensen, siehe AK 35).

Die Einwohnerzahl von St. Pauli-Süd sinkt bereits seit zwei Jahrzehnten. Wohnen hier 1950 noch über 53 000 Einwohner, so sank die Zahl bis 1961 auf 42 000 und bis 1972 weiter auf ganze 30 000 herab. Hatte der Bevölkerungsrückgang in den 50er Jahren noch seine Ursache darin, daß Kellerwohnungen und Doppelbelegungen zunehmend abgebaut wurden, so zogen in den 60er Jahren viele aus dem Stadtteil, weil Wohnraum nicht renoviert und modernisiert wurde, sondern stattdessen viele Wohnungen abgerissen wurden. Keller wurden kurzerhand zugeschüttet, leerstehende Häuser nicht mehr vermietet – in der Hoffnung auf eine Veranschaulichung des Viertels.

Gleichzeitig wurde versucht, den Wohnwert dadurch zu mindern, daß vorwiegend männliche Kollegen hier hinzuzogen – und das nicht etwa nur deshalb, weil hier verkommenen Wohnraum war, der leerstand, weil kein Deutscher mehr dort wohnen wollte, sondern weil die SAGA hier gezielt an ausländische Kollegen vermietet und so versucht, eine Ghettoisierung zu schaffen, während die besseren Wohnungen in anderen Stadtteilen den deutschen Mietern vorbehalten bleiben.

In der letzten Zeit werden auch zunehmend Studenten in das Viertel einquartiert. Sie müssen die Wohnungen bei bevorstehendem Abriss wieder verlassen. Die Wohnungen bringen aber bis dahin immer noch Miete für die SAGA und sind gegen Hausbesetzungen geschützt.

Ein Teil der Bewohner von St. Pauli-Süd merkte immer deutlicher, daß hier ein Arbeiterstadtteil heruntergewirtschaftet wird. Auf Veranstaltungen der Behörden und Parteien kam sie sich dieser Protest Luft, die städtischen Vertreter wurden z.T. heftig angegriffen, ohne daß jedoch daraus etwas folgte.

Erst Ende 72 fanden sich einige interessierte Bewohner um einen fortschrittlichen Pastor der Kirchengemeinde zusammen und gründeten eine Bürgerinitiative, die sich mit Flugblättern und eigenen Veranstaltungen für die Verbesserung der sozialen und Wohnsituation, sowie für die Erhaltung des Stadtteils für die Arbeiterbevölkerung einsetzte. Obwohl die Pläne der Stadt schon lange festlagen, wurde anfänglich die Bürgerinitiative von der SAGA, den Behörden und den Parteien „begrüßt“. Der CDU-Stadtdarsteller Frank sagte Anfang 73 in der Hamburger Bürger-

schaft: „Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich sagen, daß die Initiative der St. Pauliener begrüßenswert ist und sich thematisch wohlgeordnet in die unsere Meinung (d.h. eines positiven) Beitrags der Bürger zur Stadtentwicklung) einbaut.“

Es geht hierbei der CDU, ebenso wie den anderen Parteien, nicht etwa um eine tatsächliche Beteiligung der Bewohner in den Fragen der Stadtplanung. Vielmehr soll die Initiative dazu dienen, Konfliktpunkte zu erkennen, um dann entsprechend darauf eingehen zu können, bevor die Bevölkerung auf breiter Ebene ihren Protest organisieren kann.

Anläufe dazu gab es genug. So verschickte die SAGA Ende 72 praktisch über Nacht 80 Kündigungen für einen ganzen Häuserblock, die erhebliche Verunsicherung und zum vorzeitigen Auszug bewogen werden. Die Bürgerinitiative führte Mieterveranstaltungen durch, zu denen später auch die Parteien eingeladen wurden.

An diesen Versammlungen nahmen bis zu 150 Einwohner teil, die die SAGA und die Parteienvertreter z.T. heftig angriffen. Zwar wurde die Rücknahme der Kündigungen erreicht, doch blieb die Bevölkerung nach diesen Versammlungen ziemlich auf sich gestellt. Anstatt die gemeinsame Diskussion voranzutreiben und sich zu überlegen, wie geschlossen gegen die Abrisspolitik der Stadt vorzugehen ist, forderte die Bürgerinitiative ein „Beratungsbüro“, in dem von der Stadt (!) die Betroffenen individuell beraten (und zum Auszug bewogen) werden.

Im Zusammenhang mit der Diskussion um diese Kündigungsbescheide der SAGA „monierte“ die SPD-Fraktion (damaliger Vorsitzender: Innenminister Hans-Ulrich Klose) die „Ungeklärtheiten“ der Briefe und des Vorgehens der SAGA (im SAGA-Vorstand: Hans-Ulrich Klose). Klose schreibt an Klose! Das ist ein typisches, wenn auch besonders offensichtliches Beispiel, wie die Bevölkerung getäuscht werden soll über die verschiedenen Institutionen mit umgeben verschiedenen Interessen. Tatsächlich findet hier ein und dasselbe Spiel statt, das auf dem Rücken der Bevölkerung summiert wird.

Alle Maßnahmen, die von der Stadt ergriffen werden, seien es Informations- und Anhörungsverfahren, Beratungsbüros, städtebauliche Voruntersuchungen etc. dienen dem Ziel, die Bevölkerung über die eigentlichen Ziele zu täuschen, die möglichst im Stillen tatkräftig durchgesetzt werden. So wurden bereits auch in jüngster Zeit städtische Häuser am Fischmarkt abgerissen, weitere Abrisse stehen am Hein-Köllisch-Platz bevor.

Durch unklare Informationen, halblöse Versprechungen („Kein St. Pauliener wird vertrieben.“), andererseits weitere Abrisse, schürt die Stadt die Unsicherheit bei der Bevölkerung. In einem SAGA-Flugblatt im November 73 kündigt sie dem Abriss der restlichen Wohnungen am Fischmarkt für Ende 74 an. Und, Stadt und SAGA empfehlen jedoch, jetzt schon nach geeignetem Ersatzwohnraum zu suchen. „Aus Angst vor einer möglichen Obdachlosigkeit ziehen viele heute schon aus – in andere Sanierungsgebiete oder in Stadtrandgebieten mit horrenden Mieten.“

Neben der Schürung der Unsicherheit betriegt die Stadt verstärkt gegen die Kräfte, die versuchen, sich für die Interessen der Bevölkerung einzusetzen.

Nach dem Konzept von „Zuckerbrot und Peitsche“ wurden zunächst noch Beteiligungsangebote gegeben. Die Bürgerinitiative wurde, obwohl sie immer isolierter von der Bevölkerung arbeitete, als „wichtiger Gesprächspartner“ hochgehoben, sie wurde zu Einzelungen und Empfängen (mit reichlicher Bewirtung) eingeladen, Änderungen in der Planung wurden auf ihre Aktivitäten zurückgeführt. Als die Bürgerinitiative einerseits diese Angebote der Stadt der Bevölkerung nicht als „großartige Erfolge“, die sie der Stadt abgerungen hat, verkaufte (wie es meist DKP-Initiativen tun) und andererseits an ihren weitergehenden Forderungen festhielt, ging die Stadt mit mehr Druck vor.

Der Senat hatte sich das mit der Materie bestens vertraute Springer-Delegationsmitglied Gatermann als Pressesprecher der SAGA gekauft. Noch als Abendblatt-Schreiberling machte er die Politiker bereits ein halbes Jahr vorher auf „kommunistische Gruppen, die die Unsicherheit nutzen“ aufmerksam. Jetzt „kümmerte“ er sich direkt um die Probleme in St. Pauli-Süd (und natürlich in anderen Stadtteilen, wo die SAGA genau so vorgeht).

Er brachte ein 10-seitiges Flugblatt für alle Haushalte heraus, in dem er der Bürgerinitiative „falsche Behauptungen“ und „Verängstigung der Bürger“ vorwarf. Eine solche „SAGA“-Information ist unserer Kenntnis nach der erste Versuch der SAGA in Hamburg öffentlich die Probleme der Bevölkerung „aufzugreifen“. Die Methode ist schlichtes Verdrehen der Tatsachen, sowie Unterstellungen nach dem Motto: „Irgendwo bleibt doch was hängen!“

So heißt es z.B. gleich zu Anfang: „In allen Hamburger Stadtteilen, in denen über Sanierungsmaßnahmen diskutiert (!) wird, entsteht bei der Bevölkerung Unsicherheit (!)“. Also nicht die „Sanierungsmaßnahmen“ der Stadt schaffen die Unsicherheit, – nein, es ist das nachbarliche Gespräch darüber, die Diskussion auf einer Veranstaltung usw.!!

Folglich wird dann auch der Bürgerinitiative gleich im Anschluß unterstellt, daß sie „durch falsche Behauptungen zu einer Verängstigung der Bürger beitragen“ würde.

Dieses Vorgehen erinnert an die Argumentation der Kapitalisten z.B. bei Rationalisierungsmaßnahmen, „die Kommunisten würden die Krise schüren“... Weiter heißt es in dem SAGA-Flugblatt:

„In dem Flugblatt der Bürgerinitiative (das kurz vorher erschien) heißt es weiter: In St. Pauli will die SAGA den Rückbau machen. Das Bauprojekt Heimblick dient der SAGA nur als Feigenblatt. 446 viel zu teuer und zu kleine Wohnungen.“

Das ist unwarhaft. Die SAGA ist ein gemeinnütziges Unternehmen, das hundertprozentig im Besitz der Stadt ist. Der SAGA geht es nicht um Profit, sondern um eine Stadterneuerung

der kleinen Schritte, um Wohnungen zu erschwinglichen Mieten. Dieses städtische Unternehmen steht im Dienst der Hamburger, die wegen ihres Einkommens auf dem freien Wohnungsmarkt keine Chance haben.“

Ein dicker Hammer! Jeder SAGA-Mieter kann bezagen, daß die Wohnungsbaugesellschaft sich meist einen Druck um die Wohnungen, besonders um die verkommenen Altbauwohnungen kümmert, obwohl die SAGA oft bereits seit zwanzig und mehr Jahren die Mieten monatlich kassiert. Und wenn Wohnungen renoviert werden, sind Mieterhöhungen um fast 100 % nicht selten (wie z.B. in Hamburg). Ihre Neubauwohnungen am Heimblick in der Nähe des Fischmarkts kosten heute schon 4,90 DM netto pro qm. Bei einem Durchschnittseinkommen von 1.000,- DM muß ein Familienvater für eine SAGA-Wohnung dort etwa 40 % seines Einkommens für die Miete ausgeben, die in den nächsten Jahren auch noch kräftig steigen wird.

Das sind die „Chancen“, die die SAGA anbietet; Chancen, die dem heute schon größten reinen Wohnungsunternehmen der BRD bei einer Bilanzsumme von 2 Mrd. DM eine weitere Expansion garantieren, bei weitem aber keine Verbesserung der Wohnsituation.

Es ist offensichtlich: Durch solche Flugblätter will die SAGA im Auftrag der Stadt die Vertreibung der Bevölkerung vorantreiben und trotzdem sich ein soziales Image geben; gleichzeitig sollen die Bürgerinitiative und alle Kritiker isoliert werden.

Obwohl die SAGA bei der Bevölkerung nicht gerade gut angesehen ist, was sich bei den spontanen Protesten gegen die Wohnungspolitik auf Versammlungen und in Gesprächen immer wieder äußert, wenden sich die meisten immer wieder an die SAGA, mit Bitten o.ä. So hat die SAGA Ende November 73 nicht nur für ihre Mieter, sondern für alle St. Pauliener eine zusätzliche Mieterberatungsstelle eingerichtet, wo man sich individuell über Wohnungsmöglichkeiten und stadtplanerische Absichten „informieren“ kann.

Doch damit nicht genug: Gatermann selbst kommt auch immer wieder „vor Ort“, zuletzt auch auf einer Straßensammlung der Bürgerinitiative. Gleich nach einem einleitenden Referat der Bürgerinitiative kündigte

Gatermann „Renovierungen“ für einige SAGA-Häuser in dieser Straße an, wohnungslos, nur Renovierungen, kein Einbau von Böden und Heizungen etc., was von der SAGA verhindert wird, selbst wenn die Bewohner bereit sind, die Kosten dafür zu übernehmen.

Er wollte der Bürgerinitiative den Wind aus den Segeln nehmen, um ihm sicher sein gelungen ist, zumal die Bürgerinitiative es nicht versucht, Gatermanns Funktion und das Vorgehen der Stadt aufzuzeigen. Darüberhinaus konnte er die Versammlung so für sich nutzen, daß er einige der Betroffenen kennengelernt hatte und sich um sie „kümmeren“ konnte, besonders wenn sie Kritik hatten. Wir kennen aus aus anderen Stadtteilen, daß oft bei Kritikern zuerst renoviert wird, daß ihnen sogar eine bessere Wohnung (allerdings meist in einem anderen Stadtteil) angeboten wird, etc. mit dem Ziel, sie zu schirmen und von den anderen Mietern zu isolieren.

Das gleiche geschah auch mit dem Pastor, der lange Zeit die Initiative trug. Er wurde als Silberwedel-Alkoholgeißel, wo er einerseits weg von der Bürgerinitiative und der Bevölkerung ist, andererseits seine Erfahrungen für die Planung des neuen Stadtteils und der „Bürgerbeteiligung“ einsetzen kann.

Es ist die Aufgabe von Leuten wie Gatermann, (wie auch von Hausverwaltern, nur finden die noch weniger Vertrauen) die Stimmung bei den Mietern zu erkunden und die „Gefährlichkeit“ von Bürgerinitiativen und anderen Aktivitäten einzuschätzen, um darauf entsprechend eingehen zu können.

Ein Ergebnis davon ist ein erneuter Fragebogen der Stadt, der z.Zt. mit großem personellen Einsatz verteilt wird. Dabei werden an die Bewohner Fragen gestellt wie: „Sind Sie aus dem Stadtteil zufrieden?“, „Würden Sie sich an Bürgerinitiativen beteiligen?“ oder „Würden Sie Veranstaltungen besuchen und dort Beiträge zu den Problemen im Viertel leisten?“ Hier wird eindeutig, verbündet als „vorbereitende Untersuchung“ für eine Sanierung, Gessinnungsschöpfung betrieben, die Bevölkerung wird auf ihre politischen Vorbehalte abgefragt, damit die SAGA das weitere Vorgehen gegenüber der Bevölkerung noch besser planen kann. ● Stadtkreis St. Pauli KB/Gruppe Hamburg

## Ein SPD-Bundestagsabgeordneter zum faschistischen Militärputsch in Chile

Am 1. Mai, dem internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, sendete das ZDF-Magazin ein Interview mit dem SPD-MdB Dr. Beermann. Diese Sendung war eine bewußte Provokation gegen alle, die in diesem Tag gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen die beschleunigte Faschisierung von Staat und Gesellschaft – für die Befreiung der Arbeiterklasse und aller unterdrückten Völker, für den Sozialismus demonstrieren.

Der Sozialdemokrat Beermann kam gerade aus Chile und hatte eine Audienz mit dem Massenmörder des chilenischen Volkes, dem Junta-Chef Pinochet. Beermann erklärte den Putsch für ein legitimes Mittel, die Herrschaft des Kapitals weiter aufrecht zu erhalten. Die Regierung Alende sei „illegal“ gewesen, weil sie die „Ausstellung von Haftbefehlen verweigerte, wenn sich diese Haftbefehle gegen Verbrecher richteten, die den herrschenden Parteien angehörten“. Von welchen „Verbrechern“ spricht Beermann hier? Von chilenischen Arbeitern und Bauern?

„Es wurde systematisch gegen das in der Verfassung verankerte Recht auf Eigentum verstoßen, indem man über 1 500 illegale Besetzungen von Ländereien duldete und unterstützte und die Besetzung von über 100 Industriebetrieben und Handelsformen anregte, um sie dann zu beschlagnahmen.“

Für den Sozialdemokraten Beermann ist der Sozialismus illegal, weil er gegen die bürgerliche Verfassung verstößt. Deshalb ist es legitim, wenn die kapitalistischen Kräfte ihren Militärtrupp gegen das Volk einsetzen: „Streikkräfte und Polizei müssen da einrücken, daß die Voraussetzungen für die Wiederherstellung von Verfassung und Gesetz und des demokratischen Zusammenlebens geschaffen werden.“

Die Frage, ob der Militärputsch ein rechtmäßiger Vorgang ist, läßt sich selbst Beermann, der Militär befand sich in einem inneren Konflikt: Auf der einen Seite war der Appell des Parlaments zu handeln, auf der anderen Seite war die Treuepflicht gegenüber dem Präsidenten Alende. Doch der Präsident selbst war in die Illegalität gefallen. Das Militär löste dieses Problem durch die Amtsenthebung des Präsidenten. Dieser Akt war gewalttätig, weil es nicht anders ging. Weil der Präsident die ihm angebotene Möglichkeit zur Übersiedlung in ein anderes Land nicht wahrnehmen wollte.“

Für Sozialdemokraten wie Beermann ist der blutige faschistische Militärputsch und das Massenmorden von zehntausenden Arbeitern, Demokraten und Kommunisten eine „Amtsenthebung“. Zynisch-menschenverachtend setzt er dem Ganzen die Krone auf: „Hinzugefügt sei, daß das Eingreifen des Militärs von dem ganz überwiegenden Teil der Bevölkerung mit Begeisterung, mit Enthusiasmus oder zumindest mit großer Befriedigung begrüßt worden ist. Das muß auch einmal mit aller Klarheit gesagt werden.“

Was Beermann hier in „aller Klarheit“ sagt, heißt, daß der Massenmord von dem überwiegenden Teil der Bourgeoisie (nicht nur in Chile) nicht nur begeistert begrüßt worden ist, sondern daß der internationale Imperialismus alles getan hat, damit der Putsch zustande kommt. (siehe CIA, ITT usw.) Für Beermann und andere Faschisten besteht der „überwiegende Teil der Bevölkerung“ aus faschistisch aufgezogenen Kleinbürgern. Die Masse des Volkes, Arbeiter, Kleinbauern usw. sind für diese Leute Druck,

der, wenn er sich erhebt, zusammengebrochen werden muß.

Beermann ist kein Einzelfall in der SPD. Der Brigadegeneral der Bundeswehr Dr. Beermann gehört in der SPD zu denen, die das Bündnis zwischen Parteiführung und Offiziersgewerkschaftsverbänden Georg Leber, dem heutigen Kriegsminister, und dem Hauptmann der Reserve, Bundeskanzler Helmut Schmidt, ist führend dabei, die Militarisierung und Faschisierung von Staat und Gesellschaft auch in der SPD voranzutreiben.

Die Äußerungen Beermanns zeigen noch einmal, was von dem Geschwätz anderer SPD-Politiker zu halten ist, die BRD sei „nicht Chile“, die Bundeswehr sei „demokratisch“ und „verfassungstreu“, einen Putsch wie in Chile könne es in der BRD nicht geben. Wenn schon der „Sozialdemokrat“ Beermann so offen seine Genugtuung über den faschistischen Putsch äußert, dann kann man sich denken, wie es in der Bundeswehrführung aussieht!

Bezirkstelle St. Georg KB/Gruppe Hamburg

## IMPRESSUM

## Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage 13.800 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 80 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 481 8378 J. Reents, und Postcheckkonto Hamburg Nr. 240 986, J. Reents



# Kapitalistischer Sport: Mit Müller und Beckenbauer gegen die Arbeiterklasse

Rund 20 Millionen Menschen nahmen an der BRD Sport: Etwa 12 Mio. sind in Sportvereinen organisiert, der Rest betätigt sich als „Trimmer“ und Freizeitsportler.

Unter dem Vorwand des Dienstes an der „Volksgesundheit“ werden die Sporttreibenden zu Arbeitsfreude und Leistungstreiben im Sinne der Bourgeoisie trainiert. Elite- und Leistungsvorstellungen, Phrasen vom Gemeinwohl und der Volkskraft kennzeichnen die Ideologie des kapitalistischen Sports.

1893 führte die Hamburger Gustav-Kamm-Kompanie den zwangsweisen Turnunterricht für junge Arbeiter ein. Die „Deutsche Turn-Zeitung für Frauen“ berichtete 1900 darüber: „Die Leute waren im vergangenen Jahr aufmerksamer beim Arbeiten, gewandter beim Handieren und zuvorkommender im Verkehr. Wir betrachten daher als Erfolg des Turnens: Abnahme an Erkrankungen, Abnahme an Verletzungen und Unfällen, Besserung der Moral und Sitten.“ ... und die Gustav-Kapitalisten betrachteten ihre Kontobücher und sahen vor allem ihren finanziellen Erfolg.

1925 sprach der Kapitalist Meurer von der Aufgabe des Sports, „die wirtschaftliche Wiederaufbau mit neuer Quell- und Stoffkraft auszustatten.“ Sport sei die „Entwicklung geistiger und körperlicher Kräfte zur Höchstleistung und deren fachgerechte Einordnung in das weitestmögliche Spiel einer auf höchsten Wirkungsniveau eingestellten Lebensgemeinschaft.“

In einer Petition an den Deutschen Reichstag hatte der Großkapitalist und 2. Vorsitzende des Deutschen Ruderverbands Oscar Ruperti schon 1914 vermerkt: „Wer jemals die Olympischen Spiele mitgemacht hat, weiß, daß es – von Kriegen abgesehen – kein besseres Mittel gibt, vaterländische Begeisterung zu entfachen, als diesen Wettkampf der Nationen, bei dem Sieg und Niederlage ganz anders in die Augen springen als beispielsweise im Wettkampf

auf Kongressen usw. Dazu kommt, daß die Olympischen Spiele bereits solche Bedeutung gewonnen haben, daß der Erfolg für das internationale Ansehen mitpricht. Wie ein tüchtiges deutsches Kriegsschiff Deutschlands Ansehen mehrt, so auch ein ehrenvolles Abschneiden bei den Olympischen Spielen.“ Und weiter: „Die Fortschritte im deutschen Sport sind Deutschlands Segen. Deutschland braucht wehrfähige Männer, es braucht auch im Frieden gesunde Arbeitsmenschen und gerade kräftige Charaktere.“

Diese scharfen kapitalistischen Schnacks sind belleibige keine alten Kamellen. Sport wird heute von den Kapitalisten für die gleichen Ziele eingesetzt: Für „gesunde Arbeitsmenschen“, für „wehrfähige Männer“, für „vaterländische Begeisterung“, für „wirtschaftliche Wiederaufbau“ und für vieles mehr. In der Verschleiierung dieser Ziele sind die Kapitalisten allerdings geschickter geworden.

Die Farbenfabriken BAYER geben jährlich etwa 1,5 Mio. DM für die sportliche Betätigung der Arbeiter und Angestellten aus – aber nicht aus Menschlichkeit und „sozialer Verantwortung“, sondern getreu dem Motto: „Ein gesunder Arbeiter ist ein besserer Arbeiter.“ Das Geld, das die Kapitalisten hier auf den Tisch legen, kommt dicke wieder rein, denn dieser Sport macht die Arbeiter fit für den Profit! Außerdem fördert der Betriebssport die Ideologie von der Betriebsgemeinschaft: „In der Gemeinschaft des Sports können sich Betriebsangehörige kennenlernen, neue Arbeitskollegen finden, Kontakte aufbauen. Wird dieser Teamgeist auf die Arbeit im Betrieb übertragen, so kann eine Betriebsgemeinschaft entstehen, der Menschen angehören, die sich im Sportgeschehen Entschlußfähigkeit erworben haben ... Menschen, die wissen, daß sie ernst genommen werden, daß sie zählen, werden ihre Arbeit gern verrichten, ihre Leistungs-

bereitschaft wird steigen. Fehlzeiten werden seltener, die Einstellung zur Firma wird positiver und die Produktivität höher sein als in vergleichbaren Betrieben, in denen kein Betriebssport durchgeführt wird.“ (aus: Die Leibeseziehung, 2/70)

In diesem Sinne äußerte sich auch der Verbandshauskapitalist Neckermann. Der mehrfache Goldmedallengewinner im Dressurreiten und Vorsitzender der Sporthilfe, dressiert als Sportmann nicht nur Pferde, sondern will den Sport auch zur geistigen und körperlichen Dressur der arbeitenden und lernenden Menschen einsetzen:

„Im Sport müssen wir alle sozialen Unterschiede verwischen. Deshalb habe ich den Vorsitz der Sporthilfe übernommen.“ Mit anderen Worten: Der Sport soll die Sozialpartnerschaft vorpiegeln, er soll zum „Abbau der Klassenschranken“ eingesetzt werden. Zumindest im Sport soll dann den arbeitenden Menschen einleuchten, daß „alle in einem Boot“ sitzen.

## Fit fürs Vaterland

Sport soll nicht nur für den Klassenfrieden im Betrieb, sondern auch für den „nationalen Klassenfrieden“ sorgen. Käthe Strobel, ehemalige SPD-Gesundheitsministerin meinte dazu: „Wir betrachten den Sport als einen stabilisierenden Faktor in unserer Gesellschaft.“

Pierre de Coubertin, der 1896 die Olympischen Spiele wieder ins Leben rief, hatte das schon im letzten Jahrhundert erkannt: „Nun muß das Leben der proletarischen Jugend von der Freude am Sport durchdrungen werden. Es muß dies geschehen, weil sie das billige Vergnügen, das dem Prinzip der Gleichheit am besten entsprechende, das wirksamste gegen Alkohol und das produktivste an beherrschten und kontrollierten Energien ist.“

Der ehemalige Bundesinnenminister der CDU, Schröder, forderte den Deutschen Sportbund 1954 in diesem Sinne auf: „Führen Sie die Jugend in Ihren Reihen – in der Ihnen eigenen unauffälligen Weise behutend, aber mit prägnanter Kraft zum Staat hin.“ Sport als politische Waffe der Kapitalisten aus dem Hinterhalt („in der Ihnen eigenen unauffälligen Weise“) soll die Jugend, vor allem die Arbeiterjugend „zum Staat“, also in die Arme der Bourgeoisie treiben – diese Möglichkeit haben die Kapitalisten schon im letzten Jahrhundert erkannt, und sie haben diese politische Waffe gegen die Arbeiterklasse seither noch gewetzt und geschärft.

Man denke nur an die „Einheit der Nation“, wenn z.B. die BRD-Fußballnationalmannschaft gegen die Elf eines anderen Landes antritt. In einem Tummelfeld nationalisierte Überheblichkeit wird die Bevölkerung durch die einschlägigen Blätter der reaktionären Presse politisch vorbereitet. Vom: „Deutschland vor – noch ein Tor!“ bis: „Deutschland, Deutschland über alles!“ ist es nur noch ein winziger Schritt. Als 1954 die „Nationalen“ als Weltmeister aus Bern zurückkam, bescheinigte der damalige Vorsitzende des Deutschen Fußballbundes der Mannschaft, sie habe die „Repräsentanz besten Deutschlands im Ausland“ dargestellt.

Dieses Jahr werden in der BRD die 10. Fußballweltmeisterschaften stattfinden. Schon seit geraumer Zeit werden in der bürgerlichen Presse die propagandistischen Vorbereitungen dafür getroffen: Das Spekulieren um die Spieler und die Mannschaft, um die Gegner, das Ausrechnen der Chancen usw. soll die arbeitende und lernende Bevölkerung schon jetzt in den Bann ziehen. Die Sorge um Müllers Kale und Netzers Form soll die Sorgen um den Abbau der „Lebensqualität“ verbannen. „Nationalhelden“ wie Müller & Co. sollen vormachen, daß mit Leistung, emsigem Streben und Enthaltensamkeit der Schritt vom kleinen Mann zum Millionär zu schaffen ist. Und damit das schon die Kinder in der Schule merken, packt man Müller und Seeler-Bilder in Brausefütten und Fotos von erfolgreichen Fußballmannschaften in Schokoladenpackungen, verkauft Sammelaufgaben für diese Bildererzien, um schon von Kindesbeinen den Menschen klar zu machen, daß sich Fleiß lohnt.

Und wenn der „Bomber Müller“

sich in trauriger Eintracht mit CSU-Strauß fotografieren läßt, um für diese Partei Reklame zu machen, und Beckenbauer (außer für die CSU) für Unosuppen Werbung macht („Kraft in den Teller“), sollen die Menschen „ihren“ Heiden auch hier nacheifern.

## Sport im imperialistischen Konkurrenzkampf

Der organisierte kapitalistische Sport leistet für die Kapitalisten noch mehr „gute“ Dienste: „Der Leistungssport hat eine Bedeutung für die Gesellschaft schlechthin. Der sportliche Erfolg gilt heute als ein Gradmesser für die Leistungskraft des Volkes“, spricht Josef Neckermann in einem Brief an seine bürgerlichen Freunde, als er die um Spenden für die Sporthilfe anhält. In der Satzung der Sporthilfe steht demzufolge auch, daß es ihr Zweck ist, „Sportler und Sportlerinnen zum Ausgleich für ihre Inanspruchnahme durch die Gesellschaft und der nationalen Repräsentation ideell und materiell zu fördern.“ Mit „nationaler Repräsentation“ und „Leistungskraft des Volkes“ ist die Repräsentation der BRD-Industrie vor der ganzen Welt gemeint. Diese „Repräsentation“ ist so wichtig, daß es sich die Kapitalisten leisten können, die für 2 Mrd. DM gebauten Sportanlagen für die Olympiade 72 in München brachliegen zu lassen. Hier konnten die Kapitalisten die BRD der Weltöffentlichkeit als glückliches, sportliches und zufriedenes Land präsentieren. (Ähnliches hatten die Nazis mit der Olympiade 1936 in Berlin im Sinn: Hier wurde der Welt vorgemacht, wie „friedfertig“ der Faschismus war, wie glücklich die Menschen in Nazi-Deutschland lebten und wie leistungsfähig die kapitalistische deutsche Wirtschaft war.)

„Nationale Repräsentation“, das ist bei internationalen Sportereignissen vor allem die Repräsentation der Leistung. Der Medallenspiegel der Olympischen soll nicht nur über sportliche Leistungen Auskunft geben, er wird auch als Gradmesser wirtschaftlicher Leistungskraft gesehen.

Als z.B. im Laufe der Jahre die USA bei den Olympischen Spielen immer schlechter abschnitten, jammerte der ehemalige US-Präsident Kennedy: „Das Ergebnis ist aller Welt sichtbar und wird als Beweis für ein Nachlassen unserer einst bewunderten nationalen Stärke registriert.“ Als im Sommer 1971 die

# Sozialwahlen – ein großer Bluff!

In den letzten Wochen waren in der bürgerlichen Presse, als Litfabäulen und vor allem in Publikationen der Gewerkschaftsführung Aufrufe zu den sogenannten „Sozialwahlen“ zu lesen. So heißt es beispielsweise in einem Wahlauftrag des DGB: „Vom 5. April bis zum 26. Mai 1974 sind Sozialwahlen. Die können Sie entscheiden, wer in den nächsten 6 Jahren die Sache der Angestellten in der Sozialversicherung vertritt. Nutzen Sie Ihr Wahlrecht. Sorgen Sie dafür, daß tatkräftige und verantwortungsbewußte Frauen und Männer in die Sozialparlamente kommen. Es ist zu Ihrem Vorteil.“

Worum geht es? So ziemlich jeder Mensch in der BRD ist versichert. Die Kapitalisten und die höfervendenden (Selbständige, höhere Beamte usw.) haben sich meist privat versichert, weil sie so sich eben leisten können. Der große Teil der Arbeiter und Angestellten ist jedoch „sozialversicherungslos“, d.h. Mitglied in einer gesetzlichen Krankenkasse. Durch die Sozialversicherungsspflicht genießt der Arbeiter einen gewissen Schutz bei Krankheit, Unfall, Arbeitsunfähigkeit, als Rentner und als Arbeitsloser. Dafür führt der Arbeiter monatlich einen bestimmten Beitrag an die Sozialversicherungsbeiträge ab. Die Sozialversicherung gliedert sich in

- Unfall,
  - Renten,
  - Arbeitslosen- und
  - Krankenversicherung.
- Der Jahresbeitrag der gesetzlichen Sozialversicherungen beläuft sich auf über 30 Milliarden DM, die die Arbeiterklasse von ihrem Lohn bezahlen muß.

Der Anteil für die Zahlung von Beiträgen für die gesetzlichen Versicherungen beläuft sich auf etwa 30,2% und schließt sich wie folgt auf:

Bruttolohn:	100,0%
Krankenversicherung:	10,4%
Rentenversicherung:	17,0%
Arbeitslosenversicherung:	1,3%
Unfallversicherung:	1,5%

(Angaben aus: Bundesminister für Sozialordnung: Übersicht über die soziale Ordnung, 1970). Diese Zahlen erscheinen zunächst ziemlich hoch, da auf den Lohn- und Gehaltstreifen meist niedrigere Angaben zu finden sind. Das liegt daran, daß die Kapitalisten die Hälfte der gesetzlichen Versicherungsbeiträge scheinbar bezahlen. Das ist jedoch eindeutig Betrug seitens der Kapitalistenklasse, um sich zum einen als „Wohlthäter“ aufzuspielen und zum anderen sich als „Sozialpartner“ hinzustellen. Sie verschweigen dabei bewußt, daß die Sozialversicherungsbeiträge seitens der Arbeiterklasse Reproduktionskosten darstellen, um die Ware Arbeitskraft zu erhalten. Damit sind diese Beiträge Bestandteil des Lohnes bzw. Gehalts! Umgekehrt ausgedrückt, behält sich der Kapitalist einen Teil des Lohnes ein, um damit zum einen ideologische Ziele zu verwirklichen (Sozialpartnerschaft), zum anderen aber auch, um damit die Hälfte der Sitze und Stimmen in den „Selbstverwaltungsgremien“ der Versicherungen zu legitimieren.

## Der Schwindel der sogenannten „Selbstverwaltung“

Die Kontrolle und der Einsatz der Gelder in den gesetzlichen Sozialver-

sicherungen obliegt eindeutig den Kapitalisten, die über sie verfügen und auch ihren Profit machen (Pharmazeutische Industrie, Apotheken, Ärzte usw.). Vor der Arbeiterklasse aber wird behauptet, daß ihre Gelder von „Selbstverwaltungsorganen“, „verwaltet“ werden. Diese „Selbstverwaltungsorgane“ bestehen aus „paritätisch“ besetzten Gremien, zur Hälfte Kapitalisten, zur anderen Hälfte „Arbeitnehmervertreter“.

Um diesen ganzen Schwindel vor der Arbeiterklasse auch schön zu wahren, finden dann alle 6 Jahre die „Sozialwahlen“ statt, die bisher nur wenig Beachtung gefunden haben. Das lag daran, daß diese „Wahlen“ zum großen Teil gar nicht erst durchgeführt wurden. In der Satzung dieser „Selbstverwaltung“ heißt es nämlich u.a., daß eine Wahl dann überflüssig ist, wenn sich Kapitalisten und „Arbeitnehmervertreter“ bereits über die Zusammensetzung des „paritätisch“ besetzten Gremiums einig sind (!). Diese „Friedenswahlen“ sind so „demokratisch“, daß bei über 2000 Wahlkreisen nur in rund 50 davon gewählt wird. Fanden aber trotzdem ab und zu „Sozialwahlen“ statt, so zeichneten sich diese Wahlen durch eine sehr geringe Wahlbeteiligung aus. So betrug die Wahlbeteiligung 1968 nur etwa 20%.

## Sozialwahlen orientieren auf „Sozialstaatlichkeit“

In ÖTV-Zeitschriften wurde lobenswert hervorgehoben, daß in unserer Gesellschaft die „Sozialstaatlichkeit“

zum „Verfassungsprinzip“ erhoben worden sei. Es „darf nicht verschwiegen werden, daß viele unserer Forderungen nur deshalb verwirklicht werden konnten, weil die Gewerkschaften mit der sozialliberalen Koalition einen verständnisvollen und aufgeschlossenen (!) Partner fanden.“

Wer bezahlt jedoch die enormen Kosten des Gesundheitswesens in diesem „Sozialstaat“ wirklich? 1968 wurden 48,5 Mrd. DM insgesamt ausgegeben. Den Löwenanteil bezahlten die „Sozialversicherungen“ (29 Mrd. DM), der Staat 8,7 Mrd. DM aus Steuergeldern. Die Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung bezahlten 40% (20 Mrd. DM). Davon wurden 14,5 Mrd. DM für die Behandlung in Krankenhäusern und durch die niedergelassenen Ärzte, sowie für Arznei- und Hilfsmittel ausgegeben. Die Kapitalisten brachten nur 3,2 Mrd. DM auf, 3 Mrd. davon für Lohnfortzahlungen, die vorher von den Kapitalisten als Unkosten eingepreist sind und genauso wie der „Arbeitgeberanteil“ vorher vom Lohn einbehalten wurden. Durch den „Arbeitgeberanteil“ sollen die Kapitalisten als soziale Wohlthäter erscheinen, die auch ein Interesse an einer guten gesundheitlichen Versorgung der Arbeiterklasse haben. Wie „groß“ dieses Interesse in Wirklichkeit ist, sieht man daran, daß sie zwar formal die Definition der Weltgesundheitsorganisation angenommen haben, die besagt, Gesundheit sei ein „Zustand vollständigen, physischen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht bloß die Abwesenheit von Krankheit.“ Durch Paragraphen der Reichsversicherungsordnung (RVO) haben

sie sich jedoch Gesetze geschaffen, die diesen Zielen widersprechen: „Der Versicherte hat Anspruch auf die ärztliche Versorgung, die zur Heilung oder Linderung nach den Regeln der ärztlichen Kunst (!) zweckmäßig und ausreichend ist. Leistungen, die für die Erzielung des Heilerfolgs nicht notwendig oder unwirtschaftlich (!) sind, kann der Versicherte nicht beanspruchen.“ ... der jedoch das Maß des Notwendigen (!) nicht überschreiten.“ (§182,2 + 368 RVO). Von der CDU wurde auf ihrem Wirtschaftstag sogar festgestellt: „Soziale Leistungen werden nicht vom Staat oder irgendeinem Dritten gewährt; sie müssen vorher in Form von Steuern, Beiträgen, einbehaltenen Löhnen und über den Preis von den Erwerbstätigen und Sozialleistungsempfängern selbst aufgebracht werden.“ Die Ideologie des Sozialstaates wird in diesem Zitat von ihren Vertretern selbst widerlegt.

Durch die „Selbstverwaltung“ bei den Sozialversicherungen sollen Mitbestimmungsideologien verbreitet werden.

## Zu den Sozialwahlen 1974

Vom April bis Ende Mai dieses Jahres fanden aus die Sozialwahlen für die Angestellten statt. Arbeiter und Angestellte wählen getrennt, da sie zum einen organisatorisch der „Bundesversicherungsanstalt für Angestellte“ (BfA) unterstehen und in besonderen Angestelltenkrankenkassen pflichtversichert sind (Bismarck-Listenkasse, Deutsche Angestelltenkrankenkasse, Kaufmännische Krankenkasse Halle, nur um einige zu nennen).

Relativ „neu“ an den „Sozialwahlen“ dieses Jahres war, daß ziemlich viel Wirbel darum gemacht wurde, vor allem mittels der Gewerkschaftsführung. Bekannte Schlag-



Leichtathletik-Nationalmannschaft zu den Europameisterschaften nach Helsinki abflieg, erhöhte Neckermann den Sportlern noch an der Gangway des Flugzeugs, wofür sie eigentlich Sport treiben. „Denk daran, daß ihr auch die deutsche Wirtschaft repräsentiert!“

Beim Eindringen in neue Märkte und Absatzgebiete gehen die Imperialisten ebenfalls „sportlich“ vor. Im Sportbericht der Bundesregierung von 1973 heißt es: „Erfahrungsgemäß muß die Sportförderung in den Entwicklungsländern (durch die BRD, die Red.) zu den Maßnahmen gerechnet werden, die am meisten „good will“ für die Bundesrepublik schaffen. In vielen Entwicklungsländern ist die Hilfe der Bundesregierung zur Sportförderung hervorragend geeignet, die kulturpolitischen und nicht selten auch die außenpolitischen Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland zu stärken.“

Der Kapitalismus zerstört die physischen und psychischen Kräfte der Menschen durch schlechte Arbeitsbedingungen, schlechte Wohnverhältnisse, Luftverschmutzung, Lärm, schlechte Krankenversorgung, durch Hitze und Stress. Zwei Drittel der arbeitenden Bevölkerung scheiden aus gesundheitlichen Gründen durchschnittlich zehn Jahre vor Beginn des Rentenalters aus dem Produktionsprozess aus.

Bei einer Jugendgesundheitsuntersuchung in Baden-Württemberg stellten Ärzte 1970 fest, daß jedem dritten Jugendlichen, der in der Berufsausbildung stand, eine Einschränkung seiner beruflichen Tätigkeit aus gesundheitlichen Gründen empfohlen werden mußte.

Bewegung und Sport sind für die meisten arbeitenden Menschen die letzte Rettung vor bleibenden körperlichen Schäden, die die Folge der unmenschlichen kapitalistischen Produktionsbedingungen sind.

Die Arbeiterklasse vor allem braucht also körperlichen Ausgleich – sie braucht allerdings nicht den kapitalistischen Sport, den die Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse einsetzt, um die Menschen fit für den Profit zu machen und um sie zum friedlichen Nebeneinander mit ihren Ausbeutern zu zwingen.

„Unter dem Kapitalismus ist Sport und Turnen für die Bourgeoisie ein Mittel der Erweiterung ihres politischen Einflusses, ein Instrument zur Ausbildung des Kadres für die imperialistische Armee und ein profitbringendes Geschäft. Die

breiten Massen der werktätigen Jugend sind unter dem Kapitalismus der Mittel und Möglichkeiten beraubt, eine wirkliche physische Erziehung und Sporttätigkeit zu betreiben“, hieß es im Programm der Kommunistischen Jugendinternationale von 1928. Und an anderer Stelle: „Turn- und Sportorganisationen sind und können keine politisch neutralen Organisationen sein. Sie sind sowohl für die Bourgeoisie als für die Arbeiterklasse Mittel der Verstärkung ihres politischen Einflusses und Hilfsmittel zur Durchführung bestimmter Aufgaben im Klassenkampf.“

Aus diesen Erkenntnissen heraus wurde schon 1893 mit der Gründung des „Arbeiterturnbundes“ ein erster Ansatz für eine selbständige proletarische Körperkultur geschaffen. 1919 hatte der ATB 742.000 Mitglieder. In den Vereinen des ATB wurde nicht nur geturnt und Sport betrieben, sondern es gehörte ebenso zu ihren Zielen, auf der theoretischen Grundlage des Marxismus die Proletariat für die Aufgaben im Klassenkampf vorzubereiten. Als der ATB durch maßgeblichen Einfluß reformistischer Kräfte der SPD immer mehr verblüffte und zu einer unpolitischen Organisation gemacht werden sollte, formierten sich die klassenbewußten Arbeiter im ATB zu einer geschlossenen Fraktion innerhalb der Arbeitersportverbände, bis 1930 auf Initiative Ernst Thälmanns die „Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit (KG)“ gegründet wurde. Die proletarischen Sportler wurden uneingeschränkt mit in die Strategie des Klassenkampfes einbezogen. „Heute, wo der Hungerkurs der kapitalistischen Systems und die Auswirkungen der Rationalisierung, der Massenverwerflichkeit und aller übrigen Krisenformen maßlos elend in alle Arbeiterwohnungen trägt, heute, wo immer breitere Millionenmassen durch die systematische Verelendung geschwächt und ermüdet werden, wächst erst recht die Bedeutung der Arbeitersportbewegung als eines Faktors zur Erhaltung und Erweiterung der Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen das Kapital!“ (Ernst Thälmann, Für ein freies sozialistisches Deutschland, Reden Auswahl 1919-1930, Bd. II, S. 439).

1933 besaß die KG in 3.400 Vereinen rund 250.000 Mitglieder. Im März 33 wurde die KG von den Nazis aufgelöst.

schnell wieder zur Verfügung zu haben.

### Das Wahlergebnis der „Sozialwahlen“ 1974

Durch den Wahlrummel und durch die Einführung der Briefwahl stieg die Wahlbeteiligung von knapp 20% im Jahr 1968 auf ungefähr 40% bis 45% in diesem Jahr bei den Angestellten. Das angebliche Ziel der Gewerkschaftsführung, „die Arbeitnehmerschaft im Selbstverwaltungsgesetz zu stärken“, wurde aber nicht erreicht – im Gegenteil.

Neben dem DGB und der DAG beteiligten sich bei den vorhergehenden und bei den diesjährigen Wahlen auch Kapitalisten oder deren Vertreter bei den Wahlen auf „Arbeitnehmerseite“ (!). So z.B. die:

- Union Leitender Angestellter (ULA), in der hauptsächlich Manager und leitende Angestellte organisiert sind.
- der „Deutsche Handels- und Industrieangestelltenverband“.
- der „Verband Weiblicher Angestellter“.
- die „Gemeinschaft der Versicherten und Rentner der BfA“, ein Häuflein oberer Verwaltungsbeamten in den Krankenkassen.

Diese kleinen ständischen Vereine waren auch schon bei früheren Wahlen auf der „Arbeitnehmerseite“ vertreten – d.h. von einer „Arbeitnehmer-/Arbeitgeber-Partei“. Konnte selbst formal nie die Rede sein. Das macht den ganzen Scheinbild dieser Sache nur noch offenkundiger.

Das Wahlergebnis bei den Sozialwahlen in diesem Jahr im Bereich der Angestellten ist sehr interessant:

Bei einer Wahlbeteiligung von ca. 45% für die Vertreterversammlung zur Selbstverwaltung konnten 30 „Arbeitnehmervertreter“ gewählt werden. Betrug die Anzahl der ge-

## Menschenbehandlung „3. Klasse“

Am 3. Mai fand in Eutin eine Veranstaltung der „Jungen Nationaldemokraten“ statt, die mit ihren braunen Reden Jugendliche verhetzen wollten.

Eine große Gruppe von Antifaschisten und Genossen versuchte jedoch, die faschistischen Verbrecher aus dem Saal zu vertreiben und eine eigene Veranstaltung durchzuführen. Sofort waren die eilig bestellten Bullen am Platz und knüppelten uns auseinander, wobei sie Mädchen an den Haaren durch den Saal schleiften, einen Genossen halb erwürgten und ihre Knüppel auf unseren Köpfen tanzen ließen.

Da wir mir einen harten Schlag versetzt hatten, mußte ich wenig später mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus.

Wie die „Gleichheit“ der Menschen vor dem Gesetz in Wirklichkeit aussieht, hatten die Bullen ja schon demonstriert, denn gerade diejenigen, die sich aktiv für den antifaschistischen Kampf einsetzen, „verdienen“ es in „unserem“ Staat nicht, besser behandelt zu werden. Und was eben die „Gleichberechtigung“ der gesundheitlichen Behandlung betrifft, so wurde mir ihr Sinn im Krankenhaus deutlich gemacht:

Als Patient „3. Klasse“ können die Ärzte mit einem machen was sie wollen, und so pöbelte mich der Aufnahmearzt auch gleich an:

„Mensch, was haben sie denn für Drogen genommen, Opiate oder Valium?“

### HITLER - „NOSTALGIE“ IN DER SPD

Die sogenannte „Nostalgie-Wellen“ hat viel von dem braunen Schutz emporgelassen.

Erst kürzlich erschien ein „Großer Bildband über die Waffen-SS“ vom Munin-Verlag, Osnabrück, der auch Herausgeber einer faschistischen Zeitung, „Der Freiwillige“ ist. Zu dieser Neuerscheinung erhielt der Verlag eine Zuschrift über „die Beurteilung der Waffen-SS“, die der Schreiber „uneingeschränkt“ mit dem Faschisten-Verlag teilt.

Er empfindet es „als besondere Tragik, daß die politische Beurteilung dieser Frage in den ersten Jahren der Bundesrepublik von den Siegermächten in einer so ungerechten,

Daß ich ihm nichts von dem politischen Hintergrund dieses „Unfalls“ erzählte, tat ich aus der wohl berechtigten Annahme heraus, daß „solche“ Kranken in der Regel wohl noch schlechter behandelt werden. Dennoch hinderte ihn dies nicht daran, mich meines Geldbeutels und meiner gesellschaftlichen Stellung als Lehrling gemäß zu behandeln.

Ich versicherte ihm, weder Drogen noch sonst etwas genommen zu haben, sondern mit dem Kopf auf dem Tisch aufgeschlagen zu sein, woraufhin er mich anschrie: „Das glauben Sie doch wohl selber nicht, dann sind Sie eben betrunken!“ Ich wies ihn schwach darauf hin, daß wenn ich solche merkwürdigen Symptome durch einen Aufprall mit dem Kopf aufweisen würde, ich wohl eine Gehirnerschütterung haben müßte, aber er meinte nur: „Na ja, heute schlafen Sie sich mal aus!“ Dann nahm er noch meine Personalien auf, wobei er sowohl meinen Namen als auch meine Adresse anzweifelte.

Mir war aber zu schlecht und zu schwindelig, als daß ich mich in der Lage gefühlt hätte, seine Unverschämtheiten zurückzuweisen. So wurde ich auf die Station gebracht. Die Kollegin, die mich begleitet hatte, fragte mich in ihrer Eigenschaft als MTA nach meinem Zustand und dem Befund der Röntgenuntersuchung und wurde von dem Arzt herausgeschmissen mit dem Geschrei: „Wer ist hier eigentlich der Arzt, ich oder Sie?“

emotionsbehafteten, einseitigen Weise beeinflusst bzw. festgelegt wurde und daß bis in jüngster Zeit ein Abrücken von den Fehleinsichten (hier sind die politischen „Fehlurteile“ gemeint!) durch offizielle Aussagen der Parteien unterblieben ist.“

Der Briefschreiber bittet abschließend um „eine Darstellung der heute noch bestehenden Benachteiligung für Angehörige der Waffen-SS in der Gesetzgebung der BRD (!)“ (nach ED, S. 6.74).

Diese Beberolle Aufwertung des Images der faschistischen Mörderbanden stammt vom Vizepräsident des Hessischen Landtages und SPD-Abgeordneten Hans Otto Weber.

So lag ich dann drei Tage auf der Station und war einmal kam der Chirurgen und meinte: „Na, wohl einen über den Durs getrunken, wie?“

Ich mußte mich oft übergeben und hatte starkes Nasenbluten und Kopfschmerzen, aber das interessierte die Ärzte gar nicht, nur der Aufnahmearzt kam noch einmal vorbei und meinte zynisch: „Na, Sie sind ja immer noch da?“

Erst am dritten Tag, nachdem ich vom Stationsarzt Aufklärung über diese Unverschämtheiten gefordert hatte, wurde ich noch einmal untersucht und auf Gehirnerschütterung hin behandelt!

Doch nicht nur ich bekam zu spüren, wie man als Mensch „3. Klasse“ behandelt wird. Wir lagen mit neun Frauen wegen Überfüllung auf dem Flur. Fünf waren frisch operiert und hatten besonders unter dem ständigen Geklingel und dem Klappern von der Küche zu leiden. Es war so eng, daß die Besucher im Vorbeigehen den Frauen fast die Tröpfe aus den Venen rissen.

Die Krankenschwestern versuchten zwar immer freundlich und hilfsbereit zu sein, aber für die 50 Patientinnen waren nur zwei (!) gelernte Schwestern, drei Schülerninnen und zwei Angelernte da. Täglich mehrere Überstunden zu machen bei dem ohnehin anstrengenden und aufreibenden Dienst, waren durchaus normal. Die verantwortlichen Ärzte kamen nur auf Stippsvisite, alles andere mußten die Schwestern und die Assistenten machen. Kam jedoch der Chirurgen, so buckelten die Ärzte in einem langen Schwanz hinter ihm her.

Auf dieser Seite also Lärm, Unruhe, mangelnde Betreuung, Überbelastung der Schwestern und grobe Behandlung durch die Ärzte – auf der anderen Seite die Privatpatienten, die allein im ruhigen Zimmer mit Telefon und Fernseher liegen.

Dieser Fall steht beispielhaft für die Realität in „unserem Sozialstaat“.

Die Arbeiter kriegen nur das Nötigste, um ihre Knochen wieder für die Produktion zusammenzuflicken, für die Bourgeoisie ist keine Pflege, kein Medikament gut genug!

So wird auf unserem Rücken, auf dem Rücken der total überlasteten Schwestern und Assistenzärzten die Misere des Gesundheitswesens ausgetragen, und der kapitalistische Klassenstaat hat nicht das mindeste Interesse daran, dies zu verbessern.

• Eine Kieler Metallgenossin

### Geschichtliche Entwicklung der Krankenversicherung

Das heutige Gesundheitswesen ist das Ergebnis über 100-jähriger Klassenkämpfe.

- Die ersten Einrichtungen für gegenseitige solidarische Hilfe gegen materielle Folgen von Arbeitsunfall und Krankheit entstanden in Deutschland im 16. Jahrhundert (Knappschaften).

- In den Jahren 1800 bis 1847 entstanden die Krankenkassen, sie waren Keimformen der Gewerkschaften und somit eine Sache der Arbeiterklasse.

- Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung 1883 bis 1889 brachte der Arbeiterklasse die entscheidende Errungenschaft einer Versicherung gegen Krankheit, Unfall und Alter. Dieses war das Zuckerbrot zur Peitsche (Sozialistengesetze). Mit dieser sozialpolitischen Maßnahme versuchte die Bourgeoisie, die Arbeiterklasse vom Klassenkampf abzulenken.

- Die Weimarer Republik brachte der Arbeiterklasse in den Jahren 1918 bis 1925 weitere Leistungsverbesserungen. Diese Fortschritte waren vor allem ein Ergebnis des Kampfes der Arbeiterklasse in der Novemberrevolution 1918. Entscheidende Forderungen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften, nach Ausdehnung der gesetzlichen Pflichtversicherung auf alle Arbeiter und Angestellten, nach Beseitigung der Zersplitterung der Sozialversicherung in tausend verschiedene Kassen, nach Befreiung der Sozialversicherung von der Vormundschaft der Unternehmer und der beherrschenden Bürokratie, nach Schaffung einer

echten Selbstverwaltung durch die Versicherten blieben unerfüllt.

- Unter der Herrschaft des Faschismus verlor die Sozialversicherung gänzlich ihren sozialen Charakter. Sie wurde zu einem Teil des faschistischen Unterdrückungsapparates und diente als Kapitalismittelstelle für die Finanzierung des faschistischen Raubkrieges. Über 20 Mrd. RM Vermögen der Sozialversicherung wanderten in die faschistische Kriegskasse.

- Nach 1945 wurden die unerfüllten Forderungen von der Arbeiterklasse wieder aufgenommen. Im Zuge der Restauration des westdeutschen Imperialismus hat die Sozialversicherung sich zu einem kapitalistischen Unternehmen entwickelt. Im Zuge der Mißbestimmungspropaganda wird vom DGB die Mitbestimmung auch in der Sozialversicherung gefordert. Die Schaffung einer einheitlichen Sozialversicherung wird jedoch vom DGB nicht gefordert! So gab es 1951: 1992 Krankenkassen mit ca. 20 Mbl. Versicherten (1907 gab es 23.400 Krankenkassen) und 1968 waren es 1.878 Kassen mit ca. 29 Mbl. Versicherten. Der Rückgang der Zahl der Krankenkassen bei steigenden Versichertenzahlen ist eine Folge des Konzentrationsprozesses im Imperialismus.

Einen wesentlichen Einfluß auf die ökonomische und politische Entwicklung der Krankenkasse hat die Arbeiterklasse noch nicht.

werkschaftlichen Vertreter 1968 noch 24 (DAG und DGB zusammengekommen) so sank dieser Anteil in diesem Jahr auf 13 Sitze. Dabei büßte der DGB 4 Sitze und die DAG sogar 7 Sitze ein, d.h. der Anteil von DGB und DAG sank auf weniger als 50%. Andererseits haben die ständischen Organisationen gewonnen: von den 30 zu vergebenen Sitzen erreichten sie insgesamt 17. Das Wahlergebnis im einzelnen:

DAG	8 Sitze
DGB	5 Sitze
Union Leitender Angestellter	2 Sitze
Deutscher Handels- und Industrieangestelltenverband	2 Sitze
Verband Weiblicher Angest.	2 Sitze
Deutsche Angestellten-Krankenkasse (DAK)	4 Sitze
Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)	7 Sitze

Was besagt das Wahlergebnis? Von den ohnehin nur 45%, die sich an der Wahl beteiligten, dürfte ein großer Teil aus dem Bereich der Leitenden Angestellten sich kaum an der Wahl beteiligten. Das zeigt auch die Niederlage der DAG und des DGB bei diesen Wahlen. Ein weiterer Grund ist darin zu sehen, daß bei den meisten Kollegen Unkenntnis und Unklarheit über die „Sozialwahlen“ vorherrscht, daß sie nicht wissen, um was es dabei überhaupt geht. (Das ist durchaus im Interesse der Kapitalisten). Von daher erklärte sich auch, daß einige Angestellte die ständischen Gruppen, die nicht als „Arbeitnehmer“ ausgaben, gewählt haben. In diesem Sinne äußerten sich auch Vertreter der Krankenkassenverbände zufrieden über den Ausgang der Wahl: „es „haben das erreichbare Optimum der Wahlbeteiligung mit den erzielten Ergebnissen für nahezu ausgeschöpft.“ (Nach „Handelsblatt“ vom 28.5.74).

• Gesundheitskommission der Bezirksorganisation in Zusammenarbeit mit einem Chemie Genossen KB/Gruppe Hamburg

worte aus dem Repertoire der Sozialdemokraten wie „sozialer Fortschritt“, „Mitbestimmung“ und „Mitentscheiden“ usw. und die Aufforderung an die Kollegen, die „Arbeitnehmervertretung“ mit „klugen Köpfen“ (gemeint sind die hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre) zu besetzen, sollten dazu beitragen, den „gewerkschaftlichen Einfluß“ in den „Selbstverwaltungsorganen“ zu stärken. So stellten sich auch „bewährte“ sozialdemokratische Gewerkschaftsführer als Kandidaten auf, wie z.B.:

- Ferdinand Eichhorn, stellvertretender Vorsitzender der IG-Chemie,
- Maria Weber, stellvertretende Vorsitzende des DGB,
- Siegfried Buschjäger, Pressesprecher der OTV.

Bei den letzten Wahlen Heinrich Jakobi, stellvertretender OTV-Vorsitzender.

Dort sitzen sie dann mit den Kapitalisten „in einem Boot“ und lassen auch Jahre lang nichts mehr von sich hören. (Das ist für solche Herren auch besser, denn wenn sie vor den Kollegen Rechenschaft über ihre „Arbeit“ ablegen würden, käme manches zum Vorschein, was ihnen gar nicht so lieb wäre, untersucht man einmal etwas genauer die kapitalistische Gesundheitspolitik).

Es ist interessant, daß in den gewerkschaftlichen Zeitschriften zwar großer Wirbel um „Mitbestimmung“ und „sozialen Fortschritt“ gemacht wurde, dafür aber eine Rechenschaft z.B. über die Ausgaben der Beiträge, die die Arbeiterklasse gezahlt hat, völlig fehlt. Kein Wunder, denn ein großer Teil der Ausgaben kommt den Kapitalisten selbst zugute bzw. anderen Leuten, die daran verdienen (Chemische Industrie, Ärzte und Apotheker), während die „Fürsorge“ gegenüber der Arbeiterklasse hinten an steht und darauf ausgerichtet ist, die Ware Arbeitskraft möglichst



Human-Genetik-Professor Lejuncolm  
Deutschen Ärzteblatt (Heft 22)

„Ich glaube, wir sollten das anamnestisch nicht töten, kurz und klar. Ich habe viele tolle Auseinandersetzungen mit betroffenen Eltern erlebt. In einem Fall fragte mich eine Mutter: Ich habe schon ein Kind mit Trisomie 21 (Mongoloide) und möchte noch ein Kind, aber ein gesundes. Würden Sie bei mir die Amnionpunktion machen?“ Ich sagte ihr: „Ich werde es nicht tun.“ (Amnionpunktion = Entnahme von Fruchtwasser während der Frühschwangerschaft zur Untersuchung auf Erbschäden des Embryos). Ich werde die Amnionpunktion nicht vornehmen, weil ich nicht den Tod, die Abtreibung des Kindes will, wenn es anormal sein sollte.“

Ein Kommentar ordnet sich.

In der Vorlesung  
**PROFESSOR LIESS  
PATIENTIN STERBEN**

Den nachfolgenden Text über einen skandalösen Fall entnehmen wir der „Reisen Führer“ (dss „KPD“) vom 29.5.74 (nr. 22).  
Letzte Woche starb in Aachen eine schwerkranke Patientin, die Frau einer marokkanischen Arbeiterin, unter den Augen eines Medizinprofessors, während er den Studenten über die Theorie des Falles dozierte. Welche Menschenverachtung steckt in solchen Ärzten, für die Patienten nicht zum Heilen, sondern als Material für ihre Professorenarbeit zu sein. Welche Heuchelei ist die ärztliche Ethik, auf die sich die reaktionären Vertreter dieses Standes immer berufen, wenn ihr Gesicht mit der Krankheit angegriffen wird!

**„ÄRZTLICHES ETHOS“: BESSER EIN  
MONGOLOIDES KIND ALS EINE ABTREIBUNG**

**Schwerkranke Patientin  
diente der Professorenchau  
Sie starb!**

Dieser Fall ist ein empörendes Lehrbeispiel dafür, „Kollegialität“ dient dazu, den Fall zu verurteilen, die „Schweigepflicht“ dazu, die Angelegenheit unter den Tisch zu wischen.



Zynisch und feiert glänzend die Schlichter und Menschenverachtung im „weißen Kittel“, der Herr Professor Doktor Reifferscheid. Das ist dem Schuldigen, Professor Reifferscheid, mißlungen, weil die Fachschaft Medizin diesen Vorfall mitleidig verurteilt. Die Studentenvertreter erklärten: „Auf der einen Seite stand die ärztliche Kollegialität, wie sie in solchen Fällen immer wieder gefordert wird, auf der anderen Seite die Solidarität mit in solchen Situationen verfahrenen Patienten. Ge-

rade als Medizinstudenten haben wir die Pflicht, diese Solidarität an die erste Stelle zu setzen.“  
Nachher drucken wir die Korrespondenz eines Medizinstudenten aus Aachen.  
Am Dienstag, dem 21.5., wurde morgens in unserer Chirurgie-Vorlesung eine ausländische Patientin mit einem Magen-Polypus (Magenerkrankung) vorgestellt, wir hatten sie schon vorher aus dem Vorbereitungsgang schreiben hören. Fast eine halbe Stunde (!) lang mußte das im Hörsaal als „Fallstudie“ dienen. Sie wälzte sich unter der Bettdecke, rang mit ihren Armen, erbrach sich, während Professor Reifferscheid seine Vorlesung über die Theorie dieses Falles untermauert von Röntgenbildern entwickelte. Die Frau wurde während dieser Zeit nicht ärztlich betreut und erhielt keine Kreislaufstützung, obwohl sie anschließend zur Operation sollte und sich – wie Professor Reifferscheid später selbst sagte – im Schockzustand befand. Erst als nach 55 Minuten ein Pfleger den Fall der Patientin überprüfte und den wohl klemmenden Zustand Professor Reifferscheid die Mittel stellte, wurde die Frau schnell aus dem Hörsaal geschoben.

Die Studenten, die Professor Reifferscheids Verhalten in dieser Situation kritisierten und feststellten, daß zur Erklärung der Krankheit der Totenkampf der Patientin, die bis zum Hals zugedrückt war, nicht beitragen könne, wurde von ihm so abgefragt: Krebsknoten gehören mit zu den Krankheitsbildern, die habe das in der Hand. Im übrigen hätten wir nicht das nötige Wissen, um den Fall beurteilen zu können. Noch während im Hörsaal diskutiert wurde, starb die Patientin auf dem Weg zum Operationsaal. Am nächsten Morgen mußte sich Professor Reifferscheid die Frage der empörten Studenten gefallen lassen:

- Warum kein Notkesez zur Überwachung der Patientin dazugeordnet ist.
- Ob es wär, daß der nächste Notkesez über 50 Meter (sogar 80 Meter, wie sich später herausstellte) entfernt sei.
- Ob die Frau eines Arztes oder eines Rechtsanwaltes auch in einem solchen Zustand vorgeführt

worden wäre?  
Wieder versuche er, den Vorfall kurz abzutun. Währenddessen hatten schon das Personal auf der Station Anweisungen erhalten Stillzulegen über die Sache zu wahren. Und als am Freitag eine Dokumentation der Fachschaft über die empörenden Ereignisse herauskam und sich wie ein Lauf-



Sein Opfer Jamina Abdeljalil mit Eismann: ihr öffentlich zur Schau gestellter Totenkampf diente dem Herrn Professor zur Veranschaulichung seines Vortrages

feuer vorbereitete, griffen die Herren zum Mittel der Zensur und ließen die dokumentierten im Klinikgebäude und in der Hauptmensa, überall, wo sie nach aufzuspüren war, einströmen.

Schon am gleichen Tag wurde vom Staatsanwalt eine Obduktion angeordnet und erste Kommissionen als Zeugen über die Vorfälle verhandelt. Wir werden uns aber in unseren weiteren Arbeit nicht mit den Schritten des Staatsanwaltes zufrieden geben, sondern an diesem Fall die Menschenfeindlichkeit der kapitalistischen Gesundheitspolitik und die Mundpolitik gegen alle, die sich für die Interessen der „Menschen zweiter Klasse“ im Krankenhaus ein-

setzen, weiter anspringen.  
Dieser Fall hat bei vielen Kommissionen die Illusionen ins Wanken gebracht und das Elt geordnet, für die gerechte Sache des Volkes einzutreten und sich nicht mit der Zukunft einer gutturalen Art auf Kosten der Patienten zu verdrängen.  
„Rote Fahne“ vom 4.6. bringt dazu folgende Meldung: „Lange, eine Name, Ötze und die inneren Genitalien der nach einer Vorstellung im Hörsaal der TH verstorbenen Marokkanerin Jamina Abdel Jalil (27) haben Ärzte der Pathologie der Hochschule nach einer von den Angehörigen nicht erlaubten Sektion entfernt und verbrennt. Diese ungleicherliche Tatsache machte die Staatsanwaltschaft Aachen und der Anwalt des Ehemanns der Verstorbenen am Pfingstmontag in einer gemeinsamen Pressekommunikation bekannt.“  
Zwei (!) Stunden nach dem Tod hatte die Sektion in der von Prof. Schoenmakers geleiteten Pathologie stattgefunden. Dabei wurden die genannten Organe entfernt und verbrannt. Ob dadurch die Feststellung der Todesursache erschwert oder unmöglich gemacht wird, könne noch nicht gesagt werden.  
Unterdessen herrscht an der TH Aachen und ihren klinischen Anstalten große Unruhe. Vorstellungen von Patienten im Hörsaal wurden verweigert von den Professoren gestoppt, weil die Studenten sich nicht an die auch ihnen auferlegte ärztliche Schweigepflicht hielten.“  
Dazu ist zu bemerken: 1. Unter den gegebenen Umständen hätte die Sektion vom Gerichtsmedizinischen Institut ausgeführt werden müssen, die zur Klinik gehörende Pathologie war dazu nicht berechtigt. 2. Der Abstand von nur zwei Stunden zwischen Tod und Sektion ist absolut unüblich. Und 3. das Verschwinden der inneren Organe macht es zur Gewissheit: Hier sollte die Schuld von Prof. Reifferscheid am Tod der Patientin mit Hilfe seines Komplizen, des Pathologen, vertuscht werden.  
Der Vorwurf der Professoren, die Studenten hätten die ärztliche Schweigepflicht verletzt, ist die Spitze der Unvernünftigkeit. Sagen doch damit diese Herren ganz klar, wozu die „ärztliche Schweigepflicht“ dienen soll: nicht dem Schutz des Patienten, sondern dem Schutz der Ärzte.

Genossen aus der Gruppe Gesundheitswesen in der Bezirksorganisation, KB/Gruppe Hamburg

Genossen aus der Gruppe Gesundheitswesen in der Bezirksorganisation, KB/Gruppe Hamburg

**„VOLKSKAPITALISMUS“ –  
„Der Arbeitnehmer muß kapitalistische  
Lustgefühle bekommen.“**

**Veranstaltung der CDU in Köln**

Im Bundestagswahlkampf 1972 schickte die CDU ihren Bundestagsabgeordneten Elmar Pjeroth als „Arbeitnehmer-Experten“ und Fachmann für „Vermögensbildung“ auf Rundreise durch verschiedene Städte der

Danach kann jeder entscheiden, ob er „stiller Teilhaber“ werden will, oder sein „Darlehen verzinst“ zurück erhält.  
Auch Pjeroth scheint Anhänger der „Parität“ zu sein, denn immer-

Feil beurteilen zu können. Noch während im Hörsaal diskutiert wurde, starb die Patientin auf dem Weg zum Operationsaal. Am nächsten Morgen mußte sich Professor Reifferscheid die Frage der empörten Studenten gefallen lassen:

- Warum kein Notkesez zur Überwachung der Patientin dazugeordnet ist.
- Ob es wär, daß der nächste Notkesez über 50 Meter (sogar 80 Meter, wie sich später herausstellte) entfernt sei.
- Ob die Frau eines Arztes oder eines Rechtsanwaltes auch in einem solchen Zustand vorgeführt

zum Mittel der Zensur und ließen die dokumentierten im Klinikgebäude und in der Hauptmensa, überall, wo sie nach aufzuspüren war, einströmen.

Schon am gleichen Tag wurde vom Staatsanwalt eine Obduktion angeordnet und erste Kommissionen als Zeugen über die Vorfälle verhandelt. Wir werden uns aber in unseren weiteren Arbeit nicht mit den Schritten des Staatsanwaltes zufrieden geben, sondern an diesem Fall die Menschenfeindlichkeit der kapitalistischen Gesundheitspolitik und die Mundpolitik gegen alle, die sich für die Interessen der „Menschen zweiter Klasse“ im Krankenhaus ein-

den inneren Organe mocht es im Gewissheit: Hier sollte die Schuld von Prof. Reifferscheid am Tod der Patientin mit Hilfe seines Komplizen, des Pathologen, vertuscht werden.

Der Vorwurf der Professoren, die Studenten hätten die ärztliche Schweigepflicht verletzt, ist die Spitze der Unvernünftigkeit. Sagen doch damit diese Herren ganz klar, wozu die „ärztliche Schweigepflicht“ dienen soll: nicht dem Schutz des Patienten, sondern dem Schutz der Ärzte.

Genossen aus der Gruppe Gesundheitswesen in der Bezirksorganisation, KB/Gruppe Hamburg

**„VOLKSKAPITALISMUS“ –  
„Der Arbeitnehmer muß kapitalistische  
Lustgefühle bekommen.“**

**Veranstaltung der CDU in Köln**

Im Bundestagswahlkampf 1972 schickte die CDU ihren Bundestagsabgeordneten Elmar Pjeroth als „Arbeitnehmer-Experten“ und Fachmann für „Vermögensbildung“ auf Rundreise durch verschiedene Städte der BRD.  
Pjeroth selber ist Unternehmer eines Betriebes mit 1700 Arbeitern und Angestellten und gehört zur Garde der „jung und dynamischen“ Unternehmer, die nach immer neuen und raffinierteren Methoden zur Absicherung der Ausbeuterherrschaft im Betrieb suchen.

Was er im Wahlkampf sozial vorbringt an den Wähler brachte, das erfüllte er wesentlich offener Mitte Mai auf einer Veranstaltung der „Mittestandvereinsung“ der Kölner CDU.

Im Mittelpunkt seines Referats standen Vorstellungen zur sogenannten „Vermögensbildung“ und „Gewinnbeteiligung“. Ziel hierbei müsse die Schaffung eines „Volkskapitalismus“ sein, als Alternative zum „Klima des modernen Klassenkampfes“ (alle Zitate nach „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 17.5.74).

Das ideologische Ziel ist die partnerschaftliche Bindung der „Arbeitnehmer“ an den Betrieb und an das „marktwirtschaftliche System“. Dazu empfiehlt Pjeroth, „eine offensivere Sozialpolitik im Betrieb“ deren Abziel es sein müßte „Ziel und Selbstverwirklichung des Arbeitsplatzes für möglichst viele zu schaffen.“

Durch „gleitende Arbeitszeit“ und die Zusammenfassung mehrerer Arbeitsgänge soll die „Monotonie am Arbeitsplatz aufgelockert“ werden.

Pjeroth weiß, daß dies noch nicht reicht, und empfiehlt die Schaffung „ökonomischer Anreize“. Dadurch soll auf der einen Seite beim „Arbeitnehmer“ das Gefühl, „Vermögen“ zu bilden geschaffen werden, andererseits soll das Geld möglichst im Betrieb bleiben. Pjeroth empfiehlt ein Vorgehen, daß er seit 1967 offensichtlich mit Erfolg praktiziert: die Hälfte seines Gewinns nach seinen Angaben die Hälfte) zahlt er an die 1700 Beschäftigten aus. Das macht für jeden jährlich 2000 DM. Dieses Geld fließt zunächst 5 Jahre für weitere Investitionen im Betrieb fest.

Danach kann jeder entscheiden, ob er „stiller Teilhaber“ werden will, oder sein „Darlehen verzinst“ zurück erhält.

Auch Pjeroth scheint Anhänger der „Parität“ zu sein, denn immerhin „leidt“ er seinen Gewinn mit seinen 1700 „Mitarbeitern“. Wir wollen hier nur kurz folgende Rechnung aufmachen, die den sozialen Schwindel wohl kaum deutlicher machen kann: erhalten 1700 Arbeiter pro Jahr jeder 2000 DM „Gewinn“, so erhält Pjeroth im selben Zeitraum 3,4 Mio DM. Will aus ein Arbeiter auf dieselbe Summe kommen, die Pjeroth in einem Jahr erhält, so muß er dafür 1700 Jahre arbeiten und darf sich dann – allerdings reichlich gesteuert – dreifacher Milliarde nennen. Nun ja... Pjeroth möchte mit solchen „ökonomischen Anreizen“ ein „Volk von Kapitalisten“ schaffen. „Es ist wichtig, daß der Arbeitnehmer in den ersten Jahren kapitalistische Lustgefühle bekommt, dann spürt er schon weiter.“

Er selbst praktiziert dies mit Erfolg: 86 % der Beschäftigten lassen das Geld im Betrieb.

So erreicht Pjeroth einerseits, daß er unter dem Deckmantel „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ möglichst nahezu alles zur Steigerung des Arbeitstempes, zur Steigerung von Umsatz, Produktivität und damit Gewinn tun kann, (wodurch er allemal die Summe von den 14 %, die sich ausbezahlen lassen, überfrüht) ohne daß sich hiergegen größerer Widerstand in der Belegschaft regt, denn schließlich arbeitet ja jeder auch ein bißchen in die eigene Tasche.

Andererseits benutzt er das an den Betrieb gebundene „Vermögen der Arbeitnehmer“, um damit zu investieren, auszubauen etc. und hält sich so seine eigene „keine Gewinnhölle“ (total für den Eigengebrauch frei).

Es geht ihm nichts Nötiges, sondern es kommt noch mehr rein. Das ist der Antrieb aller Pläne zur Vermögensbildung, die die Kapitalisten in vielerlei Variationen auf der Suche nach dem besten Plan zur Zeit durchspielen.

Mittel-Komitee  
KB/Gruppe Hamburg

<b>Inhalt</b>	<b>Griechenland: Schiffstatter Wallfahrt in Athen</b>	14
<b>Betrieb und Gewerkschaft</b>	„Ich klinge an“	15
Bremer Gewerkschaftsführer wollen „Klar 4 Schilf“ machen	Südafrika: Weitere Verschärfung des Apartheid	16
Gewinnlose Erklärung der vier vom Gewerkschafts-Ausschuß beabsichtigten Arbeiter der Bremer Vulkan-Werft	schon Kurs	16
Hamburg: Gewerkschafts-Ausschußverbot gegen Vertrauensmann von Hansgroß-Hessel	<b>Kampf dem Faschismus</b>	18
Krone-Weberlein: Unerschnittener Vorstand der Gewerkschaftsführer	Faschistischer Angriff in Hamburg-Blickens	18
Betriebsversammlung bei Fingertisch (Hamburg): Ein Schicksal kapitalistischer Betriebspolitik	Demonstration und Kundgebung gegen Thälmann in Oldenburg	18
Klöpper-Haus: Bremer Arbeiterstreik fordert auch Menschenleben	Polizei-Jagd gegen Antifaschisten	18
Hochschule Hamburg: Ein solches Bedenken ist schon wieder „Linke Kollege aus (Trotzkismus) geleitet“	Antifaschistische Großveranstaltung in Hamburg	18
Texaco/Hamburg-Großmarkt: Kodetwahl freies „weder keine Vertrauensmann“	Faschistischer Anschlag auf politische Buchhandlung in Hamburg	17
Druck-Hamburg: Gewerkschaftsführer gegen Massenwahlen	Hamburg: Türkischer Antifaschist ermordet	18
Ausschließung aus der Gewerkschaft HVB (München)	<b>Klassenkampf in der BRD</b>	17
<b>Kampf der kapitalistischen Rationalisierung</b>	Köln: Türkische Antifaschisten verhaftet	17
Automobilkonzern bereiten Massenabbau vor	Massenstreik gegen kommunalistische Dienstleistungen	17
„Die Lage bei VW“	<b>Faschisierung bei Polizei und Militär in der BRD</b>	18
VW erhöht schon wieder die Preise	Frankfurt: MEX im Einsatz	18
Opel plant Massenentlassungen	Die Kämpfer des MEX haben wieder ergriffen	18
Groß-Löschendorf: Über Nacht haben 350 Arbeiter auf der Straße	Hann. „Wehrdienst gegen Linkenradikal“	18
Dornier: Tschu so phant	Notstandsbefehl im Hamburger Hafen	18
Vonag-Computer: 160 Arbeiter entlassen	<b>Wendurische Linke</b>	17
Frankfurt: Pjeroth Roth KKD macht dicht	Hiesige weltweite Vorstellungen von Aktionisten	17
<b>Politik der bürgerlichen Parteien</b>	Bei: Ein Lehrbuch auf Westfalen	17
Das Gewerkschaftskomitee	Hamburg: Ludwig Abend mit der DKP	17
Ein SPD-Abgeordneter zum faschistischen „Kampfbüro“ in Bonn	Im Lesekreis	17
„Volkshaus“ in Bonn	<b>Jugendpolitik</b>	17
Volkshaus in Bonn	Brüderverein: Kinderschule Gröden	17
„Volkshaus“ in Bonn	<b>Arbeiterjugend</b>	17
„Volkshaus“ in Bonn	Hamburger Berufsschule: Praktikum Einweisung	17
„Volkshaus“ in Bonn	Long an der Schule Schilfens	17
„Volkshaus“ in Bonn	<b>Praxis im Kapitalismus</b>	17
„Volkshaus“ in Bonn	Kapitalistischer Spott: Mit Müll und Becken	22
„Volkshaus“ in Bonn	bevor gegen die Arbeiterklasse	22
„Volkshaus“ in Bonn	<b>Gesellschaftstheorien im Kapitalismus</b>	22
„Volkshaus“ in Bonn	Schulwissen: Ein großer Bluff	22
„Volkshaus“ in Bonn	Gesellschaftliche Entwicklung der Klassen	22
„Volkshaus“ in Bonn	„Ärztliche Ethik“: Besser ein mongoloides Kind als eine Abtreibung	26
„Volkshaus“ in Bonn	Menschenbeziehung „Klasse“ – Ein Leser	23
„Volkshaus“ in Bonn	<b>Kommunist und Strukturismus</b>	18
„Volkshaus“ in Bonn	Industriestruktur in der Unreife Gold	18
„Volkshaus“ in Bonn	grüßte (B) die Kapitalisten – Schmutz und Gefährdung für die Bevölkerung (1. Teil)	18
„Volkshaus“ in Bonn	St. Pauli-Hilf: Barmherzigkeit gegen die Be	24